ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 22. Oktober 2009 | 60. Jahrgang | Nummer 20

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunale 2009 in Nürnberg:

Ungebrochene Strahlkraft

Zum zehnjährigen Jubiläum hat die Kommunale 2009 im Messezentrum Nürnberg ihre Strahlkraft als bundesweit größte Fachmesse für Kommunalbedarf mit einem Zuwachs von fünf Prozent auf über 5.100 Besucher einmal mehr unter Beweis gestellt. Bereits die Zahl der Aussteller hatte deutlich zugelegt, von 231 bei der letzten Kommunale im Jahr 2007 auf 260 bei der diesjährigen Veranstaltung.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zeigte sich mit der diesjährigen Bilanz äußerst zufrieden: „Die Kommunale 2009 hat gezeigt, dass die kommunale Familie zusammensteht, um die Herausforderungen der Zukunft anzupacken.“ Von der Kommunale 2009 seien wichtige Botschaften an die Politik gegangen - und zwar sowohl an die Landes- als auch die Bundespolitik. Brandl nannte hier als vordringliche Aufgaben die Bildungspolitik, die Anbindung an die Breitbandverkabelung, das Thema Energie und die Gewerbesteuer. Brandl: „Stadt und Land müssen vergleichbare Ausgangsbedingungen haben und gleiche Chancen besitzen, um sich weiterentwickeln zu können. Diese Botschaft haben wir deutlich rübergebracht.“

Hohe Attraktivität

„Gerade angesichts der schwierigen finanziellen Lage, in denen sich viele Kommunen heute befinden, ist es ein Zeichen für die hohe Attraktivität der Messe und des Kongresses, wenn sich über 5.000 Bürgermeister und kommunale Führungskräfte auf den Weg nach Nürnberg machen, um sich auf der Kommunale über die neuesten Entwicklungen im Bereich Gemeindebedarf zu informieren, sich fachlich weiterzubilden, mit Kollegen auszutauschen - um dann von hier aus die Aufgaben der Zukunft anzupacken“, ergänzte Friedhelm Lenz, Leiter des CCN CongressCenter Nürnberg. Ausstellungsschwerpunkte und Kongressprogramm hätten dabei „genau die Themen aufgegriffen, die den Besuchern unter den Nägeln brennen“.

Fachmesse begleitet von zahlreichen Vorträgen

Breit gefächert war das Fachangebot der Messe, das von Ausstattungen für Rathaus-Verwaltungen bis hin zu Ausrüstungsgütern für Bauhöfe und Feuerwehren reichte. Ergänzt wurde die Fachmesse durch einen Kongress mit 90 Fachvorträgen zu den Bereichen Energie, Finanzen, Informationstechnik und Bildung. Der Gemeinschaftsstand „Erneuerbare Energien“ stieß bei den Unternehmen auf so große Resonanz, dass er zeitweise überbucht war.

Feuerwehrleute löschen nicht nur Brände - sie helfen auch bei der Personenrettung. Etwa dann, wenn deren Fahrzeug einen Unfall hatte und die Türen verklemmt sind. Beim 3. Feuerwehr-Informationstag drehte sich alles um die „technische Rettung aus Fahrzeugen“. In Vorträgen und Übungen wurden die über dreihundert teilnehmenden Feuerwehr-Führungskräfte geschult. Im Vordergrund stand dabei die Praxistauglichkeit. So wurden etliche Unfälle simuliert, damit sich die Einsatzkräfte im Anschluss daran erproben können. Felix Schanzmann, Aus- und Fortbildungsleiter bei der Nürnberger Feuerwehr: „Das Ziel ist immer die Personenrettung, und das möglichst schnell.“

Wichtiger Bestandteil der Kommunale ist seit jeher die parallel zur Fachmesse stattfindende Jahresversammlung des Bayerischen Gemeindetags. Besondere Aufmerksamkeit fanden nach Grußworten von Gemeindetagspräsident Brandl, Innenminister Joachim Herrmann, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und der frisch gekürten „Managerin des Jahres“ Angelika Gifford, Leiterin des Geschäftsbereichs Public Sector bei Microsoft Deutsch-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, „Managerin des Jahres“Angelika Gifford und Innenminister Joachim Herrmann (v. l.) bei der Eröffnung der Kommunale in Nürnberg. ❐

Landrätetagung im Landkreis Ostallgäu:

„Nicht über uns, mit uns reden!“

Bei ihrer Herbsttagung in Schwangau (Landkreis Ostallgäu) befassten sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte schwerpunktmäßig mit den Themen „Weiterentwicklung des bayerischen Schulsystems“ und „Tourismus in den Landkreisen“. Dazu nahmen Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber und Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel Stellung. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, führte jeweils in die Themen ein.

Unter Hinweis auf die zurückliegenden Schulreformen R6 und G8 wies Zellner darauf hin, dass die bayerische Schullandschaft im Grunde genommen eine Konsolidierungszeit benötigen würde. Kritisch stellte er fest: „Der Reformeifer des Freistaats Bayern ist gegenwärtig kaum noch zu bremsen und ich erwarte, dass die Betroffenen, also auch die Landrätinnen und Landräte, mitgenommen werden. Es geht nicht an, dass wir zuerst über die Medien von Neuerungen erfahren.“ Das sei beispielsweise beim Thema Mittelschule so gewesen.

Ausbau von Ganztagsschulen

Als zukunftsweisend begrüßte Zellner den geplanten flächendeckenden Ausbau von Ganztagsklassen und stellte fest: „Durch den Beitrag von 5.000 Euro pro Ganztagsklasse und Schuljahr leisten wir Landkreise neben der Bereitstellung der Räume einen ansehnlichen Beitrag.“ Bedauerlich sei allerdings der zögerliche Ausbau an den weiterführenden Schulen. Zellner weiter: „Ein Schwerpunkt des Bildungsgipfels war die Angleichung der Finanzierung und der Organisation von offener und gebundener Ganztagsschule. Es entspricht daher ganz dem Geist des Bildungsgipfels, wenn der Freistaat sich auch bei der offenen Ganztagsschule an den Schülerbeförderungskosten beteiligt. Ich verstehe nicht, dass darüber im Kultusministerium derzeit noch kontrovers diskutiert wird.“ Diese Diskussion sei im Sinne der Landkreise rasch zu beenden. Sozial schwächere Schülerinnen und Schüler dürften nicht aufgrund der fehlenden Schulwegkostenfreiheit auf den Besuch von Ganztagsschulen verzichten müssen.

Mit Blick auf die Zukunft der Hauptschule forderte der Präsident die rechtzeitige Einbindung und Information der Landrätinnen und Landräte. „Bei den Dia-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Theo Zellner. ❐

Neues von Sabrina

Wir haben verlernt, mit Regelverstößen richtig umzugehen, meint die Vorzimmerperle. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland gebe es merkwürdige Diskussionen. Man denke nur an den Aufschrei, wenn Arbeitsgerichte Kündigungen wegen Diebstahls bestätigen. Seite 15

FW-Landesdelegiertentagung in Neumarkt:

Vorsitzender Aiwanger im Amt bestätigt

Resolution zum Erhalt der bayerischen Hauptschulstandorte

Auf der Landesversammlung der bayerischen Freien Wähler im oberpfälzischen Neumarkt ist ihr Vorsitzender Hubert Aiwanger im Amt bestätigt worden. Mit 93 Prozent der Stimmen wurde er wie erwartet wieder gewählt. Zu seinen Stellvertretern bestimmten die Delegierten Marion Hälsig (Bruck), Landrat Armin Kroder (Neunkirchen am Sand), Prof. Michael Piazolo, MdL (München) und Bürgermeister Thomas Zöller (Mönchberg).

Der 38-Jährige Aiwanger hatte die Freien vor einem Jahr mit 10,2 Prozent ins Maximilianeum geführt. Nun hat der Chef der Landtagsfraktion ein neues Ziel: Die Freien Wähler sollen zweitstärkste Kraft werden und die SPD in der Wählergunst überholen. „Das ist eine Vision, keine Illusion“, sagte Aiwanger, denn die Erfolgsgeschichte der Freien Wähler resultiere aus einer Politik mit „vernünftigem Menschenverstand“.

Zuverlässig und konsequent sei das Erfolgsmotto, mit dem die FW die Wähler überzeugt hätten. Dabei habe man die ehemalige bayerische Staatspartei nicht nur aufgrund der hausgemachten Fehler der CSU bei Themen wie dem Transrapid, dem G8, der grünen Gentechnik oder der Schulmisere in die Knie gezwungen, sondern auch durch die eigene Stärke. Oft schwenke die CSU mit Verzögerung auf die Haltung der Freien Wähler ein. Aiwanger resümierte nach einem Jahr Opposition im Bayerischen Landtag: „Unsere Position als Ideengeber hat sich gewandelt. Wir haben jetzt die Rolle des Schrittmachers.“

Mit großer Mehrheit nahmen die Delegierten eine Resolution zum Erhalt der bayerischen Hauptschulstandorte an. Nach dem Willen des Bayerischen Kultusministeriums sollen künftig Hauptschulen individuell entscheiden, ob sie in Bayerische Mittelschulen umgewandelt werden. Kleinere Hauptschulen müssen sich nach diesem CSU-/FDP-Konzept in einem Schulverbund zusammenschließen – oder dürfen (zumindest theoretisch) als Hauptschule bestehen bleiben.

Gegen weiteres Schulsterben

„Die Freien Wähler Bayern halten die Weiterentwicklung der Hauptschule in eine Mittelschule zwar prinzipiell für richtig, wehren sich aber entschieden gegen eine weitere Aufteilung dieser Schulart, die unweigerlich zum weiteren Schulsterben besonders im ländlichen Raum und zu einem teuren Bustourismus führt“, besagt die Resolution. Die FW hätten deshalb ein eigenes Konzept zur Beruflichen Mittelschu-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
CSU und SPD gehen neue Wege	2
Ruf nach weniger Bürokratie	3
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Ein Buch mit sieben Siegeln	3
Leistungsprinzip wichtigstes Element	5
GZ-Fachthemen:	
Wasser · Abwasser	6/7
Kommunalfinanzen	8 - 11
Kommunikationstechnologie	12
Fachliteratur · Kommunale Rechtsfragen	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Misstöne beim Digitalfunk

Streit um Betriebskosten in der Einführungsphase bis November vertagt
Innenstaatssekretär Dr. Weiß gibt auf - Nachfolger wird Gerhard Eck

Die Frage, wer die Betriebskosten für das jetzt einzuführende einheitliche Digitalfunknetz bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten zahlt - Staat oder Kommunen und Hilfsorganisationen - hat zum Rücktritt von Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß und zu lebhaften Diskussionen im Landtag geführt. Nicht nur die Opposition verlangt, hier müsse der Staat helfen, auch in den Regierungsfraktionen CSU und FDP wird diese Ansicht vertreten, gestützt auf die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände. Ministerpräsident Horst Seehofer und Innenminister Joachim Herrmann haben sich nach einem Veto von Finanzminister Georg Fahrenschon dafür ausgesprochen, den Streit im November in den Verhandlungen über den Finanzausgleich 2010 einer Lösung zuzuführen.

Seehofer strebt über das konkrete bayerische Problem hinaus ein Spitzengespräch von Bund, Ländern und Kommunen über den Finanzausgleich angesichts der drastischen Steuereinbrüche vor allem bei der Gewerbesteuer an. Vor der Presse und in der CSU-Fraktion ließ der Ministerpräsident keinen Zweifel daran, dass hier der bzw. die Finanzminister ein gewichtiges Wort haben werden.

Kompromiss bei den Kosten

Beim Digitalfunk, der stufenweise bis 2021 in ganz Bayern zum Zug kommen soll, hatten sich Innenministerium und die vier kommunalen Spitzenverbände im Sommer nach fast zweijährigen Verhandlungen auf einen Kompromiss geeinigt: Grundsätzlich soll es dabei bleiben, dass die Betriebskosten Sache der Gemeinden, Städte, Landkreise, Bezirke bzw. der Hilfsorganisationen sind. Der Staat soll das Netz installieren, die Kommunen bzw. Hilfsorganisationen sollen die Digitalgeräte (an Stelle der überholten Analogapparate) kaufen, bei geschätzten Kosten von 450 Euro das Stück. Zusätzlich zur Installation sollte der Staat die Betriebskosten bis ins Jahr 2012 übernehmen.

Mit diesem Vorschlag ging Weiß, der mit den Kommunen verhandelt hatte, nach den Sommerferien ins Kabinett. Er vertraute auf positive Erklärungen des Ministerpräsidenten. In einer „Krisenrunde“ Ende September, an der Innenminister Herrmann und Finanzminister Fahrenschon beteiligt waren, blieb letzterer bei seinem Veto gegen eine Durchbrechung des Grundsatzes, dass Betriebskosten Sache des Aufgabenträgers seien. Herrmann stimmte dann Seehofers Vorschlag zu, die Entscheidung bis November zu vertagen. Weiß hielt das für nicht sinnvoll und war enttäuscht vom Ministerpräsidenten. Das brachte er dann in einem Brief an alle CSU Fraktionsmitglieder zum Ausdruck, der zunächst auch auf seiner Homepage zu lesen war. Der Staatssekretär kritisierte Seehofers Führungsstil und warf ihm unkollegiales Verhalten vor.

Diesen, „Brandbrief“ zog Weiß dann zurück und entschied sich nach kurzer Überlegung, seinen Rücktritt anzubieten. In einem neuen, nun voll veröffentlichten Brief an den Ministerpräsidenten stand, die öffentliche Diskussion bekomme eine völlig falsche Richtung, „die auch meinem Anliegen, der Sorge um das Milliardenprojekt Digitalfunk und unserem Verhältnis zu den Kommunen schadet“. Seehofers Angebot, im Kabinett zu bleiben lehnte Weiß mit der Begründung ab, er wäre dann „künftig die Sollbruchstelle“ des Kabinetts Seehofer in allen Fragen. Beide beschworen dann vor der Presse und in der CSU Fraktion ihr gutes persönliches Verhältnis. Minister Herrmann lobte Weiß, der sich auch im Staatssekretärsausschuss „Ländlicher Raum“ einen Namen gemacht und wichtige Impulse gegeben habe.

Der Ministerpräsident ersparte Weiß eine offizielle Rücktrittserklärung und verkündete in der Landtagssitzung am 14.Oktober die Entlassung des Staatssekretärs. Zum Nachfolger wählte er den bisherigen Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses Gerhard Eck. Der 49-jahrige ist seit 1990 ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Donnersdorf und Kreisrat im Landkreis Schweinfurt und wie Weiß Unterfranke. Im Plenum begründete der Ministerpräsident die Berufung Ecks mit dessen langjähriger Leistung und Erfahrung in der Kommunalpolitik.

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget wertete die Entlassung von Weiß als Zeichen der deutlichen Schwächung Seehofers. Weiß attestierte er, beim Digitalfunk im Konsens mit den Kommunen einen guten Kompromiss gefunden zu haben. Mit dem neuen Staatssekretär komme es wieder zu einer Notbesetzung, die nicht fachlich geprägt sei. Im gleichen Sinne äußerte sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause. Seehofer habe Unberechenbarkeit, Beliebigkeit und den rasenden Positionswechsel zum Prinzip gemacht.

CSU-Fraktionschef Georg Schmid dankte Weiß für exzellente Arbeit. Er habe den Digitalfunk ein gutes Stück vorangebracht. Innenminister Herrmann wies darauf hin, dass der Freistaat in der Erprobungsphase des Digitalfunks sämtliche Kosten trage. Erst ab 2013 werde die Frage der Betriebskosten relevant. Bis Ende 2021 würden für Aufbau und Betrieb insgesamt 772,6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Bei der Polizei sei der Fiskus voll für die Betriebskosten zuständig. Davon seien heuer 65 Mio. Euro und nächstes Jahr 75 Mio. Euro verfügbar. Der Innenminister gab sich sicher, im Herbst im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Im federführenden Kommunalausschuss des Landtags war es in der Woche zuvor zu Auseinandersetzungen zwischen Opposition und CSU gekommen. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) befand es als den eigentlichen Skandal, dass der Ministerpräsident die mit den Kommunen vereinbarte Lösung fallen gelassen habe. Das zeige, dass die Kommunen nicht als politisch gleichwertige Partner ernst genommen würden. Bernhard Pohl (Freie Wähler) sprach von einer Ohrfeige der kommunalen Spitzenverbände. Letzten Endes aber habe der Landtag das Budgetrecht und könnte das Veto des Finanzministers überstimmen. Auch Christine Kamm (Grüne) sprach von Beschädigung des Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Kommunen.

Bruch mit Prinzip

Manfred Ländner (CSU) bestätigte, man habe damit gerechnet, dass es so läuft, wie Weiß es vereinbart hatte. Allerdings habe auch er auf die Verhandlungen mit dem Finanzminister verwiesen. Thomas Kreutzer (CSU) verwies auf den Systembruch, wenn Betriebskosten übernommen würden. Dr. Andreas Fischer (FDP) war der Ansicht, die Staatsregierung hatte zu dem Kompromiss stehen sollen. Gemeinsam forderte der Ausschuss die Staatsregierung gemäß Anträgen von SPD und Grünen auf, „umgehend“ über die Finanzierung des Digitalfunks zu berichten. Den konkreten Antrag der Freien Wähler, den verhandelten Kompromiss zum Digitalfunk zu vollziehen, lehnten die Regierungsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition ab. **rm**

CSU und SPD gehen neue Wege

Landtagsfraktionen ziehen taktische und personelle Konsequenzen aus Wahlverlusten

Die Landtagsfraktionen der beiden Volksparteien haben aus ihren starken Stimmenverlusten bei Landtags- und Bundestagswahl taktische und personelle Konsequenzen gezogen. Die Regierungsfraktion CSU will die politischen Ziele für das kommende Jahrzehnt neu formulieren und mit der kommunalen Basis diskutieren. Die Oppositionsfraktion SPD beschloss, den Weg zum Wiederaufstieg zunächst mit neuen Persönlichkeiten zu markieren.

„Ich spüre, dass wir unseren Politikstil verändern müssen und mehr Bürgernähe brauchen“, sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid, nachdem man im erweiterten Vorstand und in der Gesamtfraktion die Perspektiven ausgelotet hatte. Bis zur Januar-Fraktionsklausur in Kreuth soll der Entwurf eines CSU-Zukunftsplanes stehen und dann das ganze Jahr lang mit der Basis diskutiert werden. Das endgültige Zukunftskonzept mit den unveränderten Schwerpunkten, voran Bildung, Landesentwicklung und soziale Sicherheit, werde möglicherweise erst in Kreuth 2011 beschlossen.

Schmid betonte, es habe keine Personaldiskussion gegeben. Ministerpräsident und Parteichef Horst Seehofer habe seine eigenen Entwürfe für das Zukunftsprogramm zur Verfügung gestellt. Seehofer bestätigte das und wandte sich vor der Landtagspresse gegen parteiinterne Kritiker: Da sage Alois Glück (Fraktionsvorsitzender a. D. und Leiter der CSU-Grundsatzkommission) etwas, ebenso Theo Waigel (Ex-Parteivorsitzender und Bundesfinanzminister) und einige andere, aber er setze sich der Kritik nicht aus und werde „nicht hinschmeißen“. Vielleicht bleibe er noch länger im Amt als mancher der Kritiker.

In der SPD-Fraktion beginnt der neue Start mit dem Wechsel an der Spitze. Franz Maget, neun Jahre Vorsitzender, hat seinen Rücktritt verkündet und sich im Landtagsplenum bei der Kabinettsumbildung angesichts des Streits um die Finanzierung des Dialogfunks bei Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen mit einer kritischen Rede zur Politik des „deutlich geschwächten“ Ministerpräsidenten verabschiedet. Maget wird Erster Landtagsvizepräsident. Der bisherige Amtsinhaber Prof. Peter Paul Gantzer hat aus freien Stücken, wie er bestätigte, angeboten, zugunsten Magets auf die repräsentative Aufgabe zu verzichten.

Neuer Fraktionsvorsitzender ist der (wie Maget) Münchner Abgeordnete Markus Rinderspacher. Der 40-jährige Fernsehjournalist ist erst seit der Landtagswahl 2008 Abgeordneter. Die als Maget Nachfolger zunächst genannten Abgeordneten - Vize-Fraktionschef Dr. Thomas Beyer, Fraktionsgeschäftsführer Harald Güller and Münchens SPD-Vorsitzender Hans-Ulrich Pfaffmann - verzichteten auf eine Kandidatur. Die Fraktion stimmte Rinderspacher mit großer Mehrheit zu. **rm**

Seehofer steht zum Mittelschulkonzept

Verkümmerung der örtlichen Schulen soll verhindert werden

Angesichts der Kritik an der Aufwertung der Hauptschule haben sich Ministerpräsident Horst Seehofer und die bayerischen Koalitionsfraktionen CSU und FDP im Landtag zu dem von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle entwickelten Modell bekannt. Es sieht die Zusammenfassung von kleinen Hauptschulen zu Mittelschulen und Schulverbünden vor. Die von kommunaler Seite erhobenen Bedenken, diese Reform könne einerseits den Schülertourismus per Bus wie andererseits das Verkümmern der örtlichen Schule zur Folge haben, sollen im zeitlichen Vollzug der Reform vermindert bis verhindert werden.

Kurz vor dem Schwangauer Landkreistag, der bei grundsätzlicher Zustimmung zu Reformen vor überstürzter Einführung auch der sechsstufigen Realschule und des achtklassigen Gymnasiums gewarnt hat, hatten die Freien Wähler das Thema Aufwertung der Hauptschule im Landtag in einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung gesetzt. Die Möglichkeit, Verbundschulen einzurichten, werde das Schulsterben im ländlichen Raum nicht aufhalten, warnte die FW-Bildungssprecherin Eva Gottstein. Zudem werde es ein Nebeneinander von Mittel- und Hauptschulen geben, ohne dass deren Abschlüsse bei der Berufswahl gegenüber dem Realschul- bzw. Gymnasialabschluss aufgewertet werden. Gottstein empfahl, ein Jahr längere Hauptschule mit wöchentlichem Praxistag zur Berufsvorbereitung.

Auch Thomas Gehring (Grüne) plädierte für eine längere gemeinsame Schulzeit aller Kinder, wobei man sich vom Modell des dreigliedrigen Schulsystems lösen müsse. Martin Güll (SPD) warnte vor „Schultourismus“ und hatte andererseits größte Bedenken, dass die Eltern das neue Mittelschulangebot annehmen werden.

Für die CSU verteidigten Walter Taubeneder und Manfred Ländner das Spaenle-Konzept als „differenziertes und begabungsorientiertes Angebot. Vieles, was die Opposition fordere, sei im dreigliedrigen System zu realisieren. In diesem Sinne nahm auch Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber Stellung. Die geplante „Modularisierung” des Schulsystems werde nur in wenigen Fällen zu mehr Busfahrten der Schüler führen. Man dürfe nicht von einem „Wanderzirkus“ sprechen.

Differenziertes Angebot

Mit diesem Stichwort parierte der Staatssekretär eine Äußerung des CSU-Abgeordneten Staatsminister a. D. Erwin Huber, der sich öffentlich zum Sprecher der kommunalen Bedenken in der eigenen Landtagsfraktion gemacht hatte. Es werde möglich sein, versicherte der Staatssekretär, jedem Schüler wohnortnah ein differenziertes Angebot zu machen. Der Ministerpräsident blieb dabei, das von Staatsregierung und CSU-Fraktion im Einvernehmen mit der FDP erarbeitete Konzept sei für Schüler, Eltern und Gemeinden der richtige Weg. In der Aktuellen Stunde hatte dies die FDP-Abgeordnete Renate Will bestätigt. Die Unterrichtsreform müsse durch Zulassung einer regionalen Schulentwicklung flankiert werden.

Ein zur nächsten Landtagssitzung eingereichter Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler, die Weiterentwicklung der Hauptschule in eine bayerische Mittelschule kritisch zu überarbeiten, weil das Konzept pädagogisch unzulänglich sei und zwangsläufig zum Aus für kleinere Schulen besonders im ländlichen Raum führen werde, wurde von CSU und FDP gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Die Grünen stießen in einer neuen Aktuellen Stunde mit Fragen des Unterrichts und der zusätzlichen Belastung von Lehrern, Schülern und Eltern nach. Die so genannte Reform sei eine „Verschlimmbesserung des Übertrittverfahrens“, befand der schulpolitische Sprecher Thomas Gehring. Notwendig sei eine Bildungspolitik, die das Kind in den Mittelpunkt stelle, also „pädagogische Förderung statt Grundschulabitur“.

SPD-Bildungsexperte Hans-Ulrich Pfaffmann schlug in die gleiche Kerbe. Mit dieser Reform würden nicht nur Kinder und Eltern demotiviert sondern auch Bürgermeister und Landräte. Der dazu vorgelegte Dringlichkeitsantrag, den Umbau der Haupt- in Mittelschulen sofort zu stoppen und ein Konzept zu entwickeln, um das Schulsterben im ländlichen Raum zu verhindern, wurde gleichfalls von den Regierungsfraktionen abgelehnt.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU) warnte, die Eltern durch das Wort „Grundschulabitur“ zu verunsichern. Die neue Übertrittsphase in der 3. bis 5. Jahrgangsstufe erleichtere die Wahl des weiteren Schulweges. Renate Will (FDP) war bei grundsätzlichem Ja zu einer Reform der Meinung, die 4. Klasse sei nicht der ideale Zeitpunkt des Übertritts. Eine Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre wäre pädagogisch sinnvoll.

Staatssekretär Huber versicherte, die Einfahrung des neuen Schulsystems werde ab dem Schuljahr 2010/11 schrittweise und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten beginnen. Der Staat werde seinen Beitrag durch zusätzliches Personal leisten. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gregor Bayrhof
87659 Hopferau
am 7.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Stengel
96135 Stegaurach
am 2.11.

Bürgermeister Dieter Huber
85296 Rohrbach
am 7.11.

Bürgermeister Franz Büttner
97729 Ramsthal
am 29.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Michael Rapp
82418 Murnau a. Staffelsee
am 1.11.

Bürgermeister Albert Hingerl
85586 Poing
am 3.11.

Bürgermeister Ludwig Waas
94559 Niederwinkling
am 6.11.

Bürgermeister
Ludwig Mayinger
85132 Schernfeld
am 29.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Gäbl
92693 Eslarn
am 6.11.

Bürgermeister Dr. Uwe Brandl
Präsident des
Bayerischen Gemeindetags
93326 Abensberg
am 27.10.

Bürgermeisterin
Gertrud Menigat
94227 Lindberg
am 27.10.

Bürgermeister
Bernd Steinhäuser
95359 Kasendorf
am 31.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fritz Mathes
93309 Kelheim
am 3.11.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Georg Schmid:

Franz Maget fairer Fraktionsvorsitzender

„Franz Maget war ein fairer und kollegialer Vertreter seiner Fraktion.“ Mit diesen Worten lobte Georg Schmid, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die Zusammenarbeit mit seinem scheidenden SPD-Kollegen. Schmid attestierte ihm, nicht Schuld am Niedergang der bayerischen SPD zu sein.

„Ich habe ihn manchmal bedauert, denn er hatte an seinen Genossen oft mehr zu leiden als wir“, fuhr Georg Schmid fort.

„Maget stand immer für harten, aber seriösen Parlamentarismus. Daran werden sich seine Nachfolger messen lassen müssen“, sagte Schmid abschließend. ❐

Talfahrt der bayerischen Wirtschaft gestoppt

Vor allem Exporteure wieder optimistischer

Der rasante Absturz der bayerischen Wirtschaft ist zu Ende. Die weltweiten Konjunkturprogramme greifen und die Unternehmen atmen auf. Vor allem die Exporteure hoffen auf bessere Geschäfte. Von Entwarnung kann jedoch noch nicht die Rede sein, denn auf mittlere Sicht stehen unruhige Zeiten bevor. Die Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Monaten steigen und damit die Entwicklung auf dem Binnenmarkt, speziell den Privaten Verbrauch, bremsen. Nach wie vor liegen Kapazitätsauslastung und Erträge am Boden. Dies ergab die Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter mehr als 3.100 Unternehmen. „Die derzeitige weltweite konjunkturelle Stabilisierung wird im Wesentlichen von Konjunkturprogrammen und einer sehr expansiven Geldpolitik gestützt", sagte BIHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen. Es könne deshalb niemand mit Sicherheit sagen, wann sich ein selbsttragender Aufschwung herausbilde.

Der BIHK-Index, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, ist von 80 Punkten im Frühjahr, dem zweitniedrigsten Wert seit Einführung des Index, um 17 Zähler auf 97 Punkte deutlich angestiegen. Er liegt damit jedoch weiterhin unter dem Niveau vom Herbst 2008.

Auf breiter Front bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Situation etwas besser als noch im Frühsommer. Insgesamt hat sich der Saldo der Geschäftslage von -20 Punkte auf -12 Punkte verbessert. Ursache für den klaren Anstieg des Index sind jedoch die deutlich besseren Aussichten für die kommenden sechs Monate. Der Saldo der Geschäftserwartungen drehte von -20 Punkte auf +6 Punkte ins Plus. Damit überwiegen erstmals seit Sommer 2008 wieder die Optimisten.

Trotz anhaltender Auftragsflaute und niedriger Kapazitätsauslastung ist vor allem in der Industrie die Stimmung gestiegen. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist von -22 Punkte auf +15 Punkte nach oben geklettert. Die Unternehmen gehen davon aus, dass sich ihre Auftragsbücher wieder füllen. Mit einer größeren Binnennachfrage rechnen 30 % der Befragten, 36 % bauen darauf, dass der Export anzieht.

Positive Aussicht

Die positiven Zeichen aus der Industrie lassen auch die Großhändler aufatmen. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist von -27 Punkte auf +2 Punkte gestiegen. Ebenso positiv sind die Aussichten in Teilen der Dienstleistungsbranche, wo der Saldo von -12 Punkte auf +16 Punkte klar ins Plus gedreht hat. Dagegen fürchten die Einzelhändler, dass die steigende Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten zu Umsatzeinbußen führt. Sie bleiben überwiegend pessimistisch, auch wenn der Saldo von -25 Punkte auf -7 Punkte nach oben gegangen ist.

Die insgesamt positiveren Aussichten dürfen nach Ansicht des BIHK-Chefs nicht darüber hinwegtäuschen, „dass es noch ein weiter und beschwerlicher Weg ist, bis wir wieder das alte Produktionsniveau erreicht haben." Die bayerischen Unternehmer werden in den kommenden Monaten Personal abbauen, mit Hilfe der Kurzarbeit aber nicht in dem Ausmaß, wie noch im Frühsommer befürchtet. Zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Mitarbeiter halten. Nur noch ein Viertel, nach 35 Prozent im Sommer, plant Entlassungen. Allerdings: Nur sieben Prozent haben vor, ihr Personal auszubauen. Am schlechtesten sind die Beschäftigungsperspektiven in der Industrie. Auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hat sich von ihrem niedrigen Niveau nur leicht verbessert. Noch immer wollen 34 % der Befragten ihre Investitionsausgaben kürzen und 12 % wollen sie komplett zusammenstreichen.

Wellenförmige Erholung

Damit ist die wirtschaftliche Schwächephase noch lange nicht vorbei. „Wir rechnen mit einer wellenförmigen Erholung", so Driessen. Gefahren für die weitere Entwicklung sieht der BIHK-Chef insbesondere in der Kreditversorgung der Wirtschaft, der steigenden Zahl von Unternehmensinsolvenzen und der zunehmenden Arbeitslosigkeit, die nicht nur den privaten Konsum belasten, sondern auch die Lohnnebenkosten erhöhen wird. Auch das Auslaufen der Konjunkturmaßnahmen berge Risiken: „Werden sie zu früh und insbesondere zu schnell zurückgefahren, steigt die Gefahr für weitere, scharfe Konjunktureinbrüche erheblich", befürchtet er. ❐

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Constanze von Hassel
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
eMail: info@gemeindezeitung.de

GZ Kolumne Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

Mit dem kommunalen Finanzausgleichsgesetz werden wir nicht nur über das jährliche Verhandlungsritual der Spitzenverbände mit dem Finanzministerium konfrontiert, es regelt in 23 Artikeln und in einer Durchführungsverordnung mit 19 Paragraphen alles, was zur Verteilung der „Verbund- bzw. Anteilsmasse" notwendig ist. Über den so genannten Ausgleich soll versucht werden, für eine angemessene Finanzausstattung der drei kommunalen Ebenen auf der Basis einer Finanzbedarfs-Finanzkraft-Relation zu sorgen und bestehende Über- oder Unterdeckungen zu entschärfen. Die damit verbundene Umverteilung soll sukzessive zu annähernd gleichen Lebensverhältnissen in Bayern führen. Soweit zur Intention des gesetzlichen Regelwerkes.

Finanzausgleichsgesetz:

Ein Buch mit sieben Siegeln

Die seit Jahrzehnten geübte Praxis, auf Unterschiede in der Leistungskraft der Kommunen immer wieder detailliert zu reagieren, hat zu einem vielfältigen, komplizierten und auch für den Fachmann kaum mehr durchschaubaren Gefüge von Ausgleichsmechanismen geführt, die zunehmend Anlass zu Kritik und Streit geben. Seit der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28.11.2007 über ein Popularklageverfahren der Bezirke, Landkreise und Kommunen von Schwaben und Oberbayern steht zudem fest, dass die derzeitige Praxis, die Gesamtsumme des Finanzausgleichs frei auszuhandeln, mit der Bayerischen Verfassung nicht vereinbar ist. Dem Gesetzgeber wurde aufgegeben, bis zum 31.12.2009 wieder eine verfassungskonforme Verfahrensstruktur einzuführen.

Was erhitzt eigentlich schon seit Jahren die Gemüter in den Rathäusern? Ist es der „veredelte" Einwohner bei der Berechnung der Schlüsselzuweisung? Sind es die auf der Grundlage fiktiver und nivellierter Ansätze unzureichend nachgewiesenen oder ganz fehlenden Steuereinnahmen (z.B. Realsteuern, Grunderwerbssteueranteil, Aufkommen aus der Zweitwohnsitzsteuer), zu geringe Ausgleichsleistungen beim übertragenen Aufgabenbereich oder bei der Schülerbeförderung? Wie kann es sein, dass die Nebenwohnsitze nach dem Stand der letzten Volkszählung (1987) in die Berechnung einfließen und für diese zusätzlich auch noch über die Zweitwohnsitzsteuer abkassiert werden kann? Die Liste der strittigen Punkte könnte noch verlängert werden. Wer aber kann andererseits bei der heterogenen Struktur unserer Kommunen schon für alle nachvollziehbar sagen oder gar pauschal berechnen, wie viel Geld Gemeinden benötigen, um ihre Aufgaben zu erfüllen? Gibt es zum einwohnerbezogenen Haupt- und Ergänzungsansatz Alternativen und wie könnten diese aussehen? Auch insofern sind wir etwas ratlos, und die bereits in Auftrag gegebenen Gutachten geben keine konsensfähige Antwort.

Dennoch besteht hier Handlungsbedarf. Insbesondere die strukturschwachen Landgemeinden beklagen schon seit Jahren, dass sie den kommunalen Aufgabenkatalog nicht mehr eigenverantwortlich abwickeln können, weil die finanzielle Mindestausstattung fehlt. Viele befinden sich bereits in einer Art „Zwangsverschuldung", können ohne Bedarfszuweisungen oder Konsolidierungshilfen des Freistaates keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr vorlegen. Gleichzeitig weist aber der aktuelle Jahresbericht des statistischen Landesamtes rd. 150 Gemeinden in Bayern ohne Schuldendienst aus und erreichen Rücklagemittel in Einzelfällen Größenordnungen, von denen viele nur träumen können.

Diese Feststellung hat nichts mit Neid zu tun, sie sollte uns lediglich nachdenklich stimmen und dazu veranlassen, aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit die eine oder andere Korrektur bei den Einzelbestimmungen des Gesetzes vorzunehmen. Dies müsste m. E. ein Schwerpunkt der diesjährigen Ausgleichsverhandlungen sein, und nicht die Forderung nach mehr Geld und gleichzeitig weniger Schulden. Einem Nackten kann man bekanntlich nichts mehr aus der Tasche ziehen.

Ihr Heinrich Lenz

Tagung der bayerischen Lebensmittelkontrolleure:

Ruf nach weniger Bürokratie

Die 360 Lebensmittelüberwacher in den bayerischen Städten und Landkreisen klagen, von der Bürokratie „zugemüllt" zu werden. Auf der Landestagung in Gunzenhausen erklärte Landesvorsitzender Michael Förtsch: „Wir verbringen mehr Zeit vor dem Bildschirm als unterwegs, die Lebensmittelüberwachung aber findet vor Ort statt und nicht vor dem Computer."

Der Chef des Verbands der Lebensmittelkontrolleure (VLK) äußerte sich zu den aktuellen Problemen vor einer Reihe namhafter Repräsentanten. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium, Melanie Huml, war zugegen, die Landtagsabgeordneten Christa Naaß (SPD), Florian Streibl (FW) und Claudia Stamm (Grüne) bekräftigten die Forderungen der Kontrolleure.

Personelle Aufstockung

Eines haben die Lebensmittelskandale der letzten Jahre nach Ansicht von Michael Förtsch bewirkt: „Über die Privatisierung der Lebensmittelkontrolle redet niemand mehr." Er sieht den Platz seiner Leute an der „Front", aber sie müssen sich immer zeitaufwendiger mit bürokratischen Dingen herumschlagen. Deshalb verlangt Förtsch eine personelle Aufstockung der Lebensmittelkontrolleure und eine bessere Besoldung. Probleme wird es seiner Meinung nach in personeller Hinsicht geben, denn 34 Prozent aller Kontrolleure gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Ausgebildet wird aber nach der gegenwärtigen Praxis nur dann ein neuer Kontrolleur, wenn einer ausscheidet.

Dass die Lebensmittelsicherheit seit dem Gammelfleischskandal und der BSE-Krise die Verbraucher sensibilisiert hat, betonte Staatssekretärin Melanie Huml (CSU). Es gebe hohe Erwartungen an die staatliche Lebensmittelüberwachung. Der Verbraucher dürfe nicht getäuscht werden. Die Politikerin versprach: „Wir haben keine Tolerenz gegenüber unlauteren Machenschaften oder gar kriminellen Handlungen. Den schwarzen Schafen bleiben wir auf der Spur und wir lassen es nicht zu, dass einige wenige die Qualität bayerischer Lebensmittel in Vorruf bringen." Sie forderte die Wirtschaft auf, ein eigenes Qualitätsmanagementsystem aufzubauen. Für sie steht nämlich fest: „Für die Lebensmittelsicherheit ist der Lebensmittelunternehmer verantwortlich und nicht die Überwachung." Der Schutz der Verbraucher vor Täuschung und Irreführung verlange nach einer klaren Kennzeichnung der Lebensmittel. Huml nannte ein Beispiel für falsche Bezeichnungen: die ESL-Milch. Sie werde oftmals als „länger frisch" gekennzeichnet und somit gewinne der Verbraucher den Eindruck, dass es dabei wirklich um Frischmilch gehe. In Wirklichkeit sei es ein Produkt zwischen Frischmilch und H-Milch. Humls Forderung: „Die Kennzeichnung muss aufklären, sie darf nicht verwirren und sie muss verständlich sein."

Ihrer Meinung nach hat es in Deutschland noch nie so hochwertige und sichere Lebensmittel gegeben wie heute. Bayern sei wiederum Spitze bei den Qualitätsprodukten. So wurden heuer 70000 Proben untersucht und nur knapp 400 wegen gesundheitlicher Risiken beanstandet, das entspreche einer Quote von nur 0,6 Prozent.

Überwachung mit „Tizian"

Die Lebensmittelkontrolleure sind für die Staatssekretärin „Manager für Lebensmittelsicherheit", auch „Krisenmanager" und das Berufsbild mit der Bezeichnung „Lebensmittelpolizei" wohl am treffendsten umschrieben. Seit der Einführung des Qualitätsmanagementssystems und des flächendeckend eingeführten EDV-Programms „Tizian" entspreche die Lebensmittelüberwachung in Bayern den modernen Anforderungen und Erwartungen der Zeit. Gerade die Einbindung der Kontrolleure habe die Knackpunkte des Systems offenbart. Lobend äußerte sich Huml zur interdisziplinären Zusammenarbeit der Veterinäre und Kontrolleure.

Nicht die Vorgaben der bayerischen Gesetze, sondern die „Brüsseler Bürokratie" machten den Kontrolleuren zu schaffen, äußerte die Vertreterin des Freistaats. Sie nannte die Lebensmittel-Basisverordnung, das Hygienepaket und die Health Claims. Huml verlangt mehr Spielraum für die Länder und eine Entflechtung der Bürokratie auf europäischer Ebene. ❐

Treffen der Optionskommunen in Berlin:

Positives Signal

Bei einem Treffen in Berlin haben die Landräte und Oberbürgermeister der 69 Optionskommunen bekräftigt, dass sie auch weiterhin Langzeitarbeitslose und ihre Familien in alleiniger Verantwortung betreuen möchten. Im Rahmen des auf sechs Jahre befristeten Optionsmodells war den teilnehmenden Kommunen zum 1. Januar 2005 die alleinige Verantwortung für die Betreuung von Arbeitslosengeld II-Empfängern übertragen worden.

Wie der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré, betonte, wollten Landräte und Oberbürgermeister am Rande der Koalitionsverhandlungen ein positives Zeichen setzen. Die Optionskommunen hätten fünf Jahre lang unter Beweis gestellt, „dass sie erfolgreich im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit sind und sie auch weiterhin diese Aufgabe im Interesse ihrer Bürger erfüllen wollen". Die Koalitionspartner seien daher aufgefordert, die Option zu erweitern, damit auch andere Kommunen sich dafür entscheiden können.

Laut Duppré bekannten sich die Vertreter der 63 Landkreise und sechs kreisfreien Städte einmütig zu ihrer Verantwortung für die Integration Langzeitarbeitsloser. Einig seien sich alle Beteiligten darüber gewesen, dass die dauerhafte Entfristung der kommunalen Option sowie die unbegrenzte Erweiterung der Option durch eine Wahlmöglichkeit für alle interessierten Landkreise und kreisfreien Städte notwendig und ohne echte Alternative sind. „Dafür ist keine Verfassungsänderung nötig", so der Präsident. Etwa ein Drittel der Optionskommunen habe bereits die Arbeitsverträge mit ihrem Personal über die eigentliche Laufzeit der Option bis Ende 2010 hinaus verlängert, um ein positives Signal auch an die Mitarbeiter zu senden. „Generell müssen im Interesse der Betroffenen kommunale Gestaltungsspielräume erhalten bleiben und dürfen nicht eingeschränkt werden", meinte Duppré abschließend. **DK**

Bayerische Landesausstellung in Würzburg:

Neuer Besucherrekord

Mit diesen Zahlen hatte nicht einmal der Organisator, das Haus der Bayerischen Geschichte in Augsburg, gerechnet: Mehr als 365.000 Besucher verzeichnete die jetzt zu Ende gegangene Bayerische Landesausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder" in der Würzburger Residenz. Damit hat sie alle Rekordmarken übertroffen. Die beiden bisherigen Rekordschauen in Bamberg und Forchheim hatten „nur" knapp über 200.000 Besucher angelockt.

Ganz wesentlich für den Erfolg sei gewesen, dass viele Menschen den dargestellten Zeitraum noch miterlebt hätten, betonten die Organisatoren. Es sei eine Ausstellung gewesen, in der die Großeltern den Enkeln gezeigt hätten, wie sie aufgewachsen sind.

Ein Teil der Ausstellung wird ab Mitte nächsten Jahres auf Bayerntour gehen, wie Kiermeier mitteilte. Geplant ist ein Auftakt im Bayerischen Landtag. Danach sollen Exponate in vielen Städten im ganzen Freistaat gezeigt werden. **DK**

Nicht über uns, mit uns reden!

(Fortsetzung von Seite 1)
logforen und der neuen Mittelschule sind die Landräte zunächst nur als rechtliche Leiter der Schulämter gefragt“, so Zellner. Die Stärkung der Hauptschule ist für ihn gerade im ländlichen Raum von zentraler Bedeutung: „Wenn es der neuen Mittelschule gelingt, wohnortnah einen differenzierten Unterricht, Ganztagsbetreuung, eine berufliche Orientierung und einen ‚mittleren Bildungsabschluss’ zu bieten, liegt das in unser aller Interesse.“ Allerdings gelte es noch die verschiedensten Fragen zu erörtern - wie zum Beispiel, ob pro Landkreis mindestens eine Mittelschule eingerichtet werden kann, ob die Sprengelpflicht fortgesetzt und wie die Schülerbeförderung finanziert wird.

Dialogforen zur besseren Mitgestaltung

„Die ebenso platte wie parteipolitisch durchsichtige Forderung der Sozialdemokraten und Freien Wähler nach einem Aussetzen der Hauptschulreform gefährdet die Zukunft unserer Hauptschülerinnen und Hauptschüler gerade im ländlichen Raum“, entgegnete Bayerns Kultusstaatssekretär Marcel Huber. Wer den Beginn der für Bayern erstmaligen Dialogphase in der Bildungspolitik torpediert, stehle den Hauptschulfamilien damit Zeit und Entwicklungschancen. Die Dialogforen eröffneten - zum ersten Mal und auf Dauer angelegt - für alle an Bildung in Bayern Beteiligten die Gelegenheit zum unmittelbaren Mitgestalten am Kerngeschäft von Bildung und Erziehung.

„Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und wird nicht umsonst in einem Atemzug mit der Biotechnologie, dem IT-Sektor und der Gesundheitsvorsorge als Wachstumslokomotive bezeichnet“, unterstrich Präsident Zellner anschließend die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für die Landkreise und insbesondere für den ländlichen Raum. Der Fremdenverkehr biete nicht nur standortgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern stärke auch den Bekanntheitsgrad der Region und sei so ihre Visitenkarte in der Welt. Dies zeige zum Beispiel das Schloss Neuschwanstein, das nicht nur das Wahrzeichen des Landkreises Ostallgäu, sondern Bayerns, wenn nicht sogar ganz Deutschlands sei.

Vielerorts gewinne der Tourismus an wirtschaftlicher Bedeutung. Gleichzeitig gerate die freiwillige Aufgabe der Tourismusförderung aufgrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, die bei den Landkreisen im kommenden Jahr mit wegbrechenden kommunalen Steuereinnahmen und sinkenden Finanzzuweisungen auf die Kreishaushalte durchschlagen werde, immer mehr unter Druck. Darüber hinaus befinde sich die Tourismusbranche in einem hochdynamischen nationalen und internationalen Wettbewerb: „Will man darin bestehen, muss die touristische Angebotspalette ständig überprüft, den neuen Anforderungen angepasst und mit Blick auf die Zukunft weiterentwickelt werden“, mahnte Zellner.

Die bayerischen Landräte sahen deshalb die Notwendigkeit besserer Wettbewerbsbedingungen für die Tourismuswirtschaft. Hierzu gehörten die Lösung des Umsatzsteuerproblems für Hotellerie und Gaststätten, eine anbieterfreundlichere Ausgestaltung der Rundfunkgebührenpflicht und die Verlängerung des Sommerferienkorridors. Bedenkenswert seien aber auch die Optimierung der amtlichen Statistik sowie die Verbesserungen im touristischen Aus- und Weiterbildungsangebot.

Nachdem Prof. Dr. Mathias Feige vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr aus seiner Sicht praxisnahe Beispiele und Erfolg versprechende Strukturen im regionalen Tourismusmanagement und -marketing vorgestellt hatte, nannte Landkreischef Zellner die zentralen Forderungen der bayerischen Landkreise an die neue Bundesregierung.

Als Hauptanliegen bezeichnete Zellner ein für die Landkreise akzeptables Ergebnis beim Finanzausgleich 2010: „Zweifellos stehen die Verhandlungen am 18. November 2009 aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise unter schwierigen Vorzeichen. Zugleich darf man aber nicht vergessen, dass der Anteil der kommunalen Investitionen etwa zwei Drittel der gesamten öffentlichen Investitionen beträgt. Die notwendigen Impulse durch antizyklisches Verhalten zugunsten der konjunkturellen Entwicklung gehen also von den Kommunen aus. Und nur eine günstige wirtschaftliche Entwicklung stärkt auch die Finanzkraft der Kommunen.“

Im Einzelnen forderte der Präsident, dass beim allgemeinen Steuerverbund der Kommunalanteil weiter schrittweise angehoben und die Schlüsselzuweisungen stabil gehalten werden. Auf die Landkreise würden aufgrund des Alters der kreiseigenen Gebäude, insbesondere der Schulgebäude, und der gestiegenen energetischen Anforderungen im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzbündnisses relativ hohe Sanierungskosten zukommen. Außerdem bringe der schrittweise Ausbau der Ganztagsschulen einen erheblichen Investitionsbedarf mit sich. Eine deutliche Anhebung der Fördermittel nach Art. 10 FAG und eine Erhöhung der Fördersätze für energetische Sanierungen als Sonderprogramm im Rahmen der Generalsanierungen sei daher unumgänglich.

Zukunftsorientierung

In vielen ländlichen Gebieten stelle das Straßennetz die einzige Erschließung dar, so dass sich der Individual- und Massenverkehr, der Personen- und Güterverkehr ausschließlich auf der Straße abspiele und die Zunahme des Verkehrs zu einer höheren Belastung der Fahrbahnen führe. Zellner zufolge gilt es im Bereich des kommunalen Straßenbaus und -unterhalts, die kommunale Infrastruktur zu erhalten und Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen zu schaffen. Die Einnahmen beim Kraftfahrzeugsteuerverbund seien daher vor allem für den Unterhalt, die Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Straßen zu verwenden.

Sorge bereitet dem Landkreischef das zunehmende Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben der Kommunen, vor allem im sozialen Bereich. Diese seien nur begrenzt steuerbar und erforderten dringend staatliche Hilfe. Vor allem der Bund neige zu Aufgabenzuweisungen, ohne eine hinreichende finanzielle Grundlage dafür zu schaffen: „Damit muss Schluss sein. Wünschenswertes darf Notwendiges nicht belasten oder gar verhindern.“

Allzu oft sei es vorgekommen, dass Bundesregierung und Bundestag die Kommunen mit Gesetzesvorhaben geradezu überfallen hätten, ohne dass sich die kommunale Seite rechtzeitig und vertieft hätte einbringen können. Schwierigkeiten bei der Umsetzung bis hin zur Vollzugsuntauglichkeit seien die Folge gewesen. „Was wir dringend brauchen, ist auf Bundesebene die Einrichtung eines Gremiums, eines ‚Kommunalpolitischen Ausschusses’, zur Begleitung aller Gesetzgebungsverfahren, die kommunale Belange berühren“, erklärte Zellner. Dies sei auch von der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände unter seiner Mitwirkung jüngst so beschlossen worden.

Neuordnung nötig

Notwendig sei auch eine Neuordnung der Zuständigkeiten in der Sozialhilfe: „Der Bayerische Landkreistag hat sich in einem großen internen Kraftakt im Jahr 2006 entschieden, eine Übertragung der ambulanten Eingliederungshilfe auf die Bezirke hinzunehmen, wenn im Gegenzug die Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege von den Bezirken auf die Landkreise (und die kreisfreien Städte) verlagert wird“, so Zellner. Seit 1. Januar 2008 gebe es eine Neuregelung zur Eingliederungshilfe, bei der Hilfe zur Pflege höre man seither nichts. „Zugegeben, die vier kommunalen Spitzenverbände waren sich nicht einig. Aber entscheiden müssen Staatsregierung und Gesetzgeber, und das sollten sie unverzüglich tun“, forderte der Präsident.

Zu Hartz IV mahnte Zellner an, die Bundesregierung müsse schleunigst handeln, um eine verfassungskonforme Ausreichung des Arbeitslosengeldes für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose zu sichern. Vorstellbar sei eine Grundgesetzänderung, die sowohl eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von kommunalen Trägern und Bundesagentur für Arbeit ermögliche, zugleich aber auch eine Erfüllung aller Aufgaben durch optierende Kommunen. Deren Anzahl dürfe aber nicht beschränkt bleiben. Käme es also nicht zu einer Änderung des Grundgesetzes, sei zumindest einfachgesetzlich anzustreben, dauerhaft allen Kommunen eine Optionsmöglichkeit zu eröffnen.

Noch ein Problem bei Hartz IV dürfe auf keinen Fall unter den Tisch fallen: Die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung müsse sich künftig an den tatsächlichen Kosten orientieren und dürfe nicht weiter nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bemessen werden. „Dieser Strukturfehler muss endlich bereinigt werden, denn selbst dann, wenn die Bedarfsgemeinschaften zurückgegangen sind, sind die laufenden Kosten in der Summe gestiegen und die Zeche bezahlen die Kommunen. Das darf nicht so bleiben“, empörte sich der Landkreischef. Zwingend gefordert sei nunmehr eine unmittelbare Steuerbeteiligung der Landkreise, da ansonsten die Kreisumlagesätze zu Lasten der Gemeinden stark angehoben werden müssten.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags forderte schließlich erneut, gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu garantieren, insbesondere auch bei der Gesundheitsversorgung. „Dem ländlichen Raum droht der medizinische Notstand, wenn es nicht gelingt, die niedergelassenen Ärzte zu schützen und die Krankenhauslandschaft als Grundversorgung zu erhalten. Der Ärzte- und Fachkräftemangel ist nicht nur in den Krankenhäusern zu bekämpfen, ambulante und stationäre Hilfen sind noch besser zu verknüpfen“, so Zellner.

Zustimmung fand dieser auch beim Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Henneke, der seinerseits den Forderungskatalog der deutschen Landkreise an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag vorstellte. Zellner gehört diesem Gremium als Vizepräsident an. **DK**

Vorsitzender Aiwanger...

(Fortsetzung von Seite 1)
le entwickelt, das vorsieht, alle bestehenden Hauptschulen, auch die kleineren, weiterzuentwickeln. Damit sei ein „wohnortnahes, differenziertes und gerechtes und dennoch zeitgemäßes Bildungsangebot“ sichergestellt.

Die Forderungen der FW

Die Freien Wähler fordern deshalb von der Bayerischen Staatsregierung:

- Wohnortnahe Mittelschulen durch Weiterentwicklung aller Hauptschulen in Berufliche Mittelschulen.
- Individuelle Förderung von der 5. bis zur 10. Klasse unter Beibehaltung des Klasslehrerprinzips.
- Konzentration auf die Vermittlung von Kernkompetenzen, nicht auf die Spezialisierung in weitere Lerngruppen.
- Konzentration auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und grundlegenden Werte.
- Praxisnähe durch einen wöchentlichen Praxistag in enger Zusammenarbeit mit Kräften aus der heimischen Wirtschaft und den Berufsschulen.
- Chancen für alle Schüler zum qualifizierenden oder mittleren Bildungsabschluss.

Eine überschaubare Schulstruktur ist nach Auffassung der Freien Wähler die beste Vorbeugung gegen Mobbing und Gewalt an Schulen. Die Schüler müssten sich nicht in neuen Klassenverbänden ständig neu sozialisieren, sondern könnten sich auf das Lernen konzentrieren. „Der Lehrer kennt seine Schüler, der Schüler kennt seine Lehrer – Voraussetzung für ein angenehmes und erfolgreiches Miteinander in der Schulfamilie“, so die Resolution. **DK**

Im Gespräch am Stand der BayernLabo auf der diesjährigen Kommunale in Nürnberg (v. l.): Peter Springer, Leiter der Abteilung Kommunalkredit Bayern, Maximilian Straßer, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Heinrich Rinderle, Mitglied der Geschäftsleitung (alle BayernLabo) und Innenminister Joachim Herrmann. ❐

Ungebrochene...

(Fortsetzung von Seite 1)
land, Podiumsdiskussionen zum Thema „Wie sieht die bayerische Schullandschaft der Zukunft aus?“ mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle und Klaus Wenzel, Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes sowie „Weltweite Finanzkrise mit ihren Aswirkungen auf die bayerischen Kommunen“ mit u. a. Bayerns Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer und Helmut Dedy, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Im Anschluss daran beschäftigten sich Dr. Robert Schreiber (Bayerisches Wirtschaftsministerium), Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl und Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, mit der Frage „Gibt es in der Landesentwicklung neue Vorgaben für Einzelhandelsgroßprojekte?“

Klare Rahmenbedingungen

Kultusminister Ludwig Spaenle wies darauf hin, dass die Entwicklung der Hauptschule zur Mittelschule unter klaren Rahmenbedingungen geschieht: Es gebe keine zwingende Einführung der Mittelschule zu Beginn des Schuljahres 2010/11. Vielmehr beginne mit dem kommenden Schuljahr für jede Hauptschule die individuelle Möglichkeit sich zur Mittelschule zu entwickeln. Die Schulaufwandsträger und Schulen könnten daher ohne Zeitdruck ihren Weg vor Ort planen. Ziel sei es, möglichst viele Hauptschulstandorte möglichst lange zu erhalten, so Spaenle. Dies sei angesichts des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Rückgang der Schülerzahl die größte Herausforderung für die Hauptschule.

Der weiterentwickelte „eigenverantwortete Schulverbund“ mit erweiterten Entscheidungsbefugnissen stelle ein wirksames Instrument dar, um kleine Hauptschulen als Standorte zu erhalten. Der Kultusminister stellte unmissverständlich klar: „Eine Mindestzahl von 300 Schülern als Genehmigungsvoraussetzung für einen Schulverbund gibt es nicht.“ Gerade kleine, etwa einzügige Hauptschulen könnten als dauerhaft selbständige Schulen in einem Schulverbund bestehen und sich zur Mittelschule weiterentwickeln. Die Mitwirkung kleinerer Schulen in einem Schulverbund eröffne deutlich mehr Bildungsgerechtigkeit. Mehr Schüler gerade im ländlichen Raum könnten auf diese Weise in den Genuss weiterführender Bildungsangebote, z. B. Möglichkeit zum Mittleren Abschluss oder Ganztagesbetreuung, kommen.

Franz-Josef Pschierer zufolge haben viele Unternehmen in Deutschland und in Bayern die besten Voraussetzungen zur Krisenbewältigung. Sie verfügten über wettbewerbsfähige Produkte, flexible und schlanke Strukturen sowie Spitzentechnologie. Deshalb sollte mental alles auf Innovationskraft und den Blick nach vorne konzentriert werden. Unternehmergeist und Risikobereitschaft seien jetzt gefordert. Die Krise habe auch gezeigt, dass die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft stärker zum Weltstandard gemacht werden müssten. Auf die Koalitionsverhandlungen zu sprechen kommend, verwies Pschierer darauf, „dass mit uns ein kommunaler Hebesatz auf Lohn- und Einkommensteuer nicht darstellbar ist“. Benötigt werde eine wirtschaftsbezogene Komponente. Die Gewerbesteuer dürfe nicht abgeschafft werden.

Mit „Kommunen im öffentlichen Meinungsbild“ befasste sich Rahmen der Festveranstaltung des Bayerischen Gemeindetags Prof. Manfred Güllner, Geschäftsführer der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen. Im Anschluss daran referierte Prof. Dr. Udo Steiner, Bundesverfassungsrichter a. D. zum Thema „60 Jahre Grundgesetz - 60 Jahre kommunale Selbstverwaltung in Bayern“. Aktuelle Fragen zur Landespolitik aus kommunaler Sicht erörterten schließlich die Vorsitzenden der im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen Georg Schmid (CSU), Franz Maget (SPD), Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Sepp Daxenberger (Grüne) und Thomas Hacker (FDP).

„Bayerns Gemeinden stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise wird über kurz oder lang zu einer Handlungsunfähigkeit vieler Gemeinden führen mit einer schmerzhaften Reduzierung unserer Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger“, erläuterte Gemeindetagspräsident Brandl in seiner Grundsatzrede. „Der Handlungsspielraum für die kommunale Selbstverwaltung droht damit zu verschwinden.“

Die Wirtschaftskrise wird die bayerischen Kommunen nach Verbandseinschätzung wahrscheinlich erst 2010 in vollem Umfang treffen. „Spätestens im zweiten Quartal 2010 wird dann die Krise auch in den Gemeinden spürbar“, prognostizierte Brandl.

Er forderte Bund und Freistaat auf, die Kommunen nachhaltig zu stützen, sie von Aufgaben zu entlasten und die Gewerbesteuer unangetastet zu lassen. Das Konjunkturpaket II des Bundes und seine Umsetzung in Bayern habe einen noch tieferen Absturz der Konjunktur verhindert. „Allerdings hätte man bei der Mittelvergabe im Freistaat den Fokus stärker auf die Finanzschwäche der Gemeinden legen sollen.“ Bei der Gewerbesteuer erinnerte Brandl an die Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Deutschen Gemeindekongress im Mai 2009, diese unangetastet zu lassen.

Gleiche Bedingungen

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Aufgabe oder Fortbestand des Landesentwicklungsprogramms erklärte Brandl: „Das Landesentwicklungsprogramm muss drastisch verschlankt werden. Jedoch ist als Zielaussage bayerischer Politik das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse unverzichtbar. Stadt und Land müssen vergleichbare Ausgangsbedingungen haben.“

Die Versorgung des ländlichen Raums mit schnellen Internetverbindungen geht in Bayern schleppend voran. Der Präsident forderte Land und Bund auf, sich für ein nationales Ausbauprogramm mittels einer Änderung des Telekommunikationsrechts einzusetzen.

„Eine optimale Bildungspolitik ist Voraussetzung für ein Herauskommen aus der Wirtschaftskrise, für mehr Chancengerechtigkeit und damit für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“, hob Brandl hervor. „Deshalb ist der flächendeckende und bedarfsgerechte Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagsschule ein richtiger Schritt.“

Skeptisch zeigte sich der Präsident schließlich beim Thema Mittelschule. „Wir werden sehen, ob es gelingt, in Schulverbünden der kommunalen Schulaufwandsträger flächendeckend qualitativ hochwertige Unterrichtsangebote gemeinsam anzubieten.“ Kritisch äußerte er sich zu Überlegungen, dass Landkreise künftig Träger der Hauptschulen werden sollen. „Wer allen Ernstes glaubt, dass mit einer Verlagerung der Schulaufwandsträgerschaft die Probleme gelöst seien, der irrt gewaltig.“ **DK**

Innenminister Herrmann zur Dienstrechtsreform:

Leistungsprinzip wichtigstes Element

Ziel für Umsetzung ist der 1. Januar 2011

„Wir werden in Bayern im Rahmen der Dienstrechtsreform ein modernes, zukunftsfähiges Dienstrecht mit attraktiven Rahmenbedingungen für alle bayerischen Beamtinnen und Beamten schaffen. Dabei soll vor allem das Leistungsprinzip gestärkt werden. Wie überall im Leben gilt: Leistung muss sich lohnen. Wir müssen daher unseren Nachwuchskräften gute Aufstiegschancen und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Die anstehende Dienstrechtsreform hat gerade dies besonders zum Ziel", sagte Innenminister Joachim Herrmann beim Verbandstag Bayerischer Staatsverwaltungsbeamter in Ingolstadt.

Über Jahrzehnte hinweg sei das Beamtenrecht vom Bund dominiert gewesen. Die Folge seien oft zu starre und komplizierte Regelungen gewesen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Länder und Kommunen nicht ausreichend Rechnung getragen hätten.

Größere Flexibilität

Herrmann: „Wir nutzen den Spielraum, den wir uns bei den Gesetzgebungskompetenzen mit der Föderalismusreform erkämpft haben. Neben dem Leistungsprinzip werden wir die Flexibilität unserer Beamtinnen und Beamten fördern und hohe Motivation belohnen. Die von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Eckpunkte zur Dienstrechtsreform werden Grundlage für unser modernes bayerisches Dienstrecht sein. Wir wollen, dass es zum 1. Januar 2011 in Kraft tritt."

Der Innenminister unterstrich, dass er bei der Erarbeitung der Dienstrechtsreform auf den kompetenten Rat und die Unterstützung des Verbandes Bayerischer Staatsverwaltungsbeamter hoffe: „Der Verband ist für seine ebenso engagierte wie sachkundige Arbeit bekannt. Für uns war und ist er ein sehr wichtiger und kompetenter Partner. Ich hoffe sehr, dass wir unsere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit gerade auch bei der Erarbeitung der Dienstrechtsreform fortsetzen werden."

Dank an die Mitarbeiter

Zugleich dankte der Innenminister allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für ihre Leistungen. Die hervorragende Arbeit genieße zu Recht hohes Ansehen weit über die Grenzen des Freistaates hinaus. ❐

Wirtschaftsminister Zeil zum Herbstgutachten:

„Neuanfang wagen in der Wirtschaftspolitik"

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil kommentiert das aktuelle Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute: „Der konjunkturelle Absturz liegt hinter uns. Die Wirtschaft stabilisiert sich zusehends. Auch im Freistaat verdichten sich die Anzeichen einer allmählichen konjunkturellen Erholung spürbar. Ähnlich wie im Bund rechne ich bei allen Unsicherheiten für 2009 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Bayern zwischen minus 4,5 und 5 Prozent."

Gleichzeitig warnt der Minister aber vor verfrühter Euphorie. Die Wirtschaft in Deutschland bekäme zwar nach und nach wieder Boden unter den Füßen. Sie käme aber nur in Trippelschritten aus dem konjunkturellen Tief heraus.

Jetzt sei die Zeit, die Grundlagen für eine dauerhaft höhere Wachstums- und Beschäftigungsdynamik zu schaffen. Zeil: „Der Regierungswechsel in Berlin ist eine große Chance, trotz angespannter Haushaltslage einen wirtschaftspolitischen Neuanfang zu starten. Die schwierige Finanzsituation darf nicht als Vorwand für eine Politik des ‚Weiter so' verwendet werden. Das Herbstgutachten unterstreicht, dass eine Politik mit den Zielen ‚Ausgaben stoppen', ‚Subventionen abbauen und Effizienzreserven heben', ‚Bürger und Wirtschaft entlasten', möglich und notwendig ist. Dabei müssen alle Themen auf den Tisch. Es darf keine Tabus geben."

Forschung und Entwicklung fördern

Konkret fordert Bayerns Wirtschaftsminister die Verhandlungsführer in Berlin auf, jetzt festzulegen, dass die krisenverschärfenden Elemente der letzten Unternehmensteuerreform beseitigt, ein international wettbewerbsfähiger Rahmen für privates Beteiligungskapital geschaffen und Forschung und Entwicklung in Unternehmen steuerlich gefördert werden können.

Nach dem Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute wird die Wirtschaftsleistung in Deutschland 2009 um minus 5,0 Prozent zurückgehen. 2010 soll sie wieder um etwa 1,2 Prozent wachsen. ❐

Agenda-Wettbewerb:

Gemeinsam für den Klimaschutz

Bayerns Bürger zeigen Einsatz für den Klimaschutz. Das beweisen die große Zahl und das hohe Niveau der Projekte im Agenda-Wettbewerb ‚Gemeinsam für den Klimaschutz'. Das betonte Dr. Markus Söder, Umweltminister, bei der Auszeichnung der Preisträger in Bad Windsheim. „Klimaschutz ist Gemeinschaftsaufgabe. Kommunen, Vereine, Verbände und kirchliche Einrichtungen vor Ort haben dabei eine Schlüsselfunktion: Hier gibt es zahlreiche Ansatzpunkte, den Klimaschutz gemeinsam voranzubringen." Der Agenda-Wettbewerb des Bayerischen Umweltministeriums würdigt das vielfältige örtliche Engagement für den Klimaschutz. Aus 108 Einsendungen hat eine unabhängige Jury 15 Preisträger aus ganz Bayern ausgewählt. Insgesamt 36.000 Euro stellt das Umweltministerium an Prämien zur Verfügung.

Die unterschiedlichen Projekte zeigen laut Söder die Kreativität der Gemeinden und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz. So wird in der Gemeinde Wildpoldsried, Landkreis Oberallgäu (1. Preis Kategorie 1), bereits rund 85 Prozent des Stroms regenerativ erzeugt. Alle kommunalen Gebäude und viele private Anwesen werden mit Biomasse beheizt. Der Abwasser- und Umweltverband Chiemsee (1. Preis Kategorie 2) zeigt Schülerinnen und Schülern, wie sich im Alltag leicht Geld und Energie sparen lässt. Die Gemeinde Ascha, Landkreis Straubing-Bogen (1. Preis Kategorie 3), hat ein ‚Ökopaket' für ein neues Baugebiet aufgelegt. Finanzielle Anreize statt Reglementierung sollen hier für Ressourcen schonende und naturverträgliche Bebauung sorgen.

Informationen zu den einzelnen Projekten sind im Internet abrufbar unter: http://www.stmug.bayern.de/umwelt/agenda/wettbewerb/index.htm ❐

Ein Stück Bayern

Als bayerisches Traditionsunternehmen engagieren wir uns für Jugend, Sport, Soziales und Kultur – aus Verantwortung für die Region.

www.eon-bayern.com

e·on | Bayern

150 Jahre DVGW:

Sicherheit in der Wasserversorgung

Jubiläumskongress in Leipzig – Wasserpreise auf dem Prüfstand

„Elemente die bewegen“: Unter diesem Motto feierte die Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW) im Rahmen eines richtungweisenden Kongresses in Leipzig ihren 150. Geburtstag. Aus diesem Anlass fanden neben der Mitgliederversammlung erstmals gat (Gasfachliche Aussprachetagung) und wat (Wasserfachliche Aussprachetagung), die traditionell gemeinsam mit dem BDEW organisiert werden, parallel statt.

4.800 Vertreter beider Branchen nahmen an der Veranstaltung teil. Prof. Dr. Hans Mehlhorn, Technischer Geschäftsführer des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung, blickte auf die Geschichte des DVGW und dessen 150-jähriges Engagement für Sicherheit in der Gas- und Wasserversorgung zurück.

Umfangreiches Regelwerk

Seit der Gründung leistet der DVGW, so Mehlhorn, die entscheidenden Beiträge zur systematischen Weiterentwicklung der Gas- und Wasserversorgung in Deutschland. Das Technische Regelwerk des DVGW entlaste durch die Schaffung einheitlicher Standards sowohl die öffentliche Hand als auch die Versorgungswirtschaft, Handwerk und Industrie in erheblicher Weise. Der Staat gebe die Schutzziele vor, die Branche fülle sie mit der Erstellung und verantwortlichen Anwendung des technischen Regelwerks aus. Das Regelwerk umfasse dabei derzeit rund 400 gültige Arbeitsblätter und Hinweise. Diese technische Selbstverwaltung stelle alle Anwender so, als ob sie formalen Gesetzen oder Rechtsverordnungen entsprechen.

Hinter dem DVGW stehen heute mehr als 12.000 Mitglieder – darunter die meisten deutschen Gas- und Wasserversorgungsunternehmen, führende Hersteller technischer Geräte sowie Vertreter aus Wissenschaft und Verwaltung. Neben der „Regelsetzung und Normung“ konzentriert sich der DVGW bei seinen Aktivitäten auf die Bereiche „Prüfung und Zertifizierung“, „Forschung und Entwicklung“ sowie „Berufliche Bildung und Qualifikation“.

Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen verwies Mehlhorn auf die Klimaschutzziele. Hier gelte es, das technische Regelwerk mit Blick auf die Energie-Effizienz weiter zu entwickeln. Gleichzeitig forderte er einen verlässlichen ordnungspolitischen Handlungsrahmen für die Branche und eine Regulierung mit Augenmaß. Bei der Wasserversorgung müssten der demographische Wandel wie auch das veränderte Verbraucherverhalten auf der technischen Seite begleitet werden.

Insgesamt würden 250 aktive Gremien ihren Beitrag zur Ausgestaltung des Regelwerkes leisten. Der DVGW sei ein Innovationsmotor für beide Branchen, beschrieb Mehlhorn die Rolle des technischen Vereins. Das Vorantreiben innovativer Lösungen stand folglich auch im Mittelpunkt der fachlichen Diskussionsforen des Kongresses.

„Wissen Sie, wieviel Sie für Ihr Wasser bezahlen?“ lautete die provokante Frage von Gunda Röstel von der Stadtentwässerung Dresden. Nur wenige Verbraucher könnten auf diese Frage konkrete Zahlen nennen. Ihr gefühlter Preishorizont sei immer zu hoch, meinte Röstel. Tatsächlich bezahle jeder Bundesbürger durchschnittlich lediglich 23 Cent für Trinkwasser und 35 Cent für Abwasser am Tag: „Das ist weniger, als er für die ärztlich empfohlene Hand voll Obst ausgeben muss.“

Angeheizt werde die Preisdiskussion derzeit durch die Medienberichterstattung anlässlich mehrerer Kartellverfahren. Aufgrund methodisch kritischer Preisvergleiche stünden Wasserver- und -entsorger am Pranger, da sie angeblich als natürliches Monopol die Preise nach Belieben gestalten würden. Die Unternehmen wehrten sich zu Recht gegen diese Vorwürfe, „da diese nicht nur individuelle Randbedingungen außer Acht lassen, sondern vor allem auch die dahinter stehende Leistung“, meinte Röstel.

Leistungen und Preisbildung

Kritik übte sie daran, dass Leistungen und Preisbildung in den vergangenen Jahren vielfach zu wenig kommuniziert und diskutiert worden seien, obgleich über die öffentlichen Gremien die Fragen der Wasser- und Abwasserpreise häufig thematisiert wurden. Die Kunden hätten bisher nicht nachvollzogen, warum sie welchen Preis bezahlen müssen und warum die Preise in den einzelnen Regionen des Landes unterschiedlich sind. Dieses Problem sei längst erkannt. Neben dem Branchenbild und den zahlreichen Benchmark-Prozessen arbeiteten Verbraucherzentrale, Politik und Wasserwirtschaft gemeinsam an einer Kundenbilanz, die es dem Bürger ermöglichen soll, im Leistungsvergleich seinen Wasserver- und -entsorger einschätzen zu können.

Röstel: „Die Wasserwirtschaft hat keinen Grund, den Kopf einzuziehen, da sie auf eine sehr gute Leistung in den vergangenen Jahren zurückblicken kann. Zukünftig müssen Leistung und Preisbildung transparenter und verständlicher diskutiert werden. Dabei nützen keine blinden Preisvergleiche.“

„In Zusammenhang mit den in letzter Zeit verstärkt auftretenden Diskussionen um die angemessene Höhe der Wasserpreise war gelegentlich auch der Vorwurf zu hören, dass die Unternehmen Maßnahmen durchführen, für die kein unmittelbares Erfordernis vorlag“, stellte Dr.-Ing. Bernhard Hörsgen von der Gelsenwasser AG fest. Hier sei das DVGW-Regelwerk eine wichtige Richtschnur. Künftig werde es vermutlich erforderlich sein, Regeln strikter als bisher zu formulieren, um klare und justiziable Grundlagen für die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu definieren. Der Prüfung und Zertifizierung von Wasserversorgungsunternehmen komme ebenfalls zukünftig eine bedeutendere Rolle zu, werde hiermit doch bescheinigt, dass das zertifizierte Unternehmen das DVGW-Regelwerk ordnungsgemäß anwendet.

Wie Jörg Simon von den Berliner Wasserbetrieben erläuterte, stelle der stetige Rückgang des direkten Wassergebrauchs eine der größten Herausforderungen dar. Die Auswirkungen auf die Wasserversorger und Abwasserentsorger seien gravierend - insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Kosten der Unternehmen Fixkosten sind. Solange die bestehenden Tarifmodelle die Kostenstruktur der Branche nur in unzureichendem Maße abbildeten, werde der Handlungsrahmen der Unternehmen immer kleiner. Der Gesetzgeber müsse künftig mehr Flexibilität bieten. Des Weiteren habe der Gebrauchsrückgang direkte Auswirkungen auf die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Region. Beispielsweise stiegen Grundwasserstände wieder an und bedingt durch lange Aufenthaltszeiten im Netz würden die bestehenden Netze auf die Belastungsprobe gestellt. **DK**

DWA-Leistungsvergleich kommunaler Kläranlagen:

Stromverbrauch im Fokus

Immer mehr gerät der Stromverbrauch auf Kläranlagen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der 21. Leistungsvergleich kommunaler Kläranlagen der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) trug dieser Tatsache Rechnung.

In erster Linie sollen Kläranlagen das Abwasser reinigen – eine Aufgabe, die sie sehr erfolgreich erfüllen: Die Ablaufwerte liegen im Mittel meist deutlich unter den gesetzlichen Anforderungen. Der wirtschaftliche Betrieb ist ebenso ein wichtiges Thema. Aber Kläranlagen können auch einen Beitrag zum Energiesparen leisten.

Sowohl vor dem Hintergrund des Klimawandels als auch im Hinblick auf Kostenoptimierung werden Fragen der Steigerung der Energieeffizienz auch bei Betreibern von Kläranlagen zunehmend bedeutsam. So werden seit mehreren Jahren in einigen DWA-Landesverbänden regelmäßig Stromverbrauchsdaten der kommunalen Klärwerke erhoben. Erstmalig beinhaltet der Bundesleistungsvergleich der DWA Ergebnisse dieser Erhebungen.

Klare Einsparpotenziale

Grundlage für den Vergleich bildet der mittlere spezifische jährliche Stromverbrauch pro Einwohnerwert (EW). Generell sinkt mit zunehmender Anlagengröße der spezifische Stromverbrauch von 75 auf 30 kWh pro Einwohner und Jahr. Der Vergleich mit den empfohlenen Toleranzwerten zeigt, dass hier Einsparpotenziale von über zehn Prozent vorhanden sind. Die Jahresmittelwerte der Ablaufkonzentrationen für organische Schmutzstoffe, Stickstoff und Phosphor wurden statistisch ausgewertet und belegen, dass der Großteil der Anlagen deutlich besser ist, als die gesetzlichen Anforderungen verlangen. Auch kleinere Anlagen, für die noch keine Grenzwerte für Stickstoff und Phosphor im Ablauf vorgeschrieben sind, weisen zum Teil erstaunlich gute Ablaufwerte auf. Stickstoff wird zum Beispiel in Stabilisierungsanlagen mit intermittierender Belüftung recht effizient eliminiert.

Auswertungen nach Flussgebieten

Wie im vergangenen Jahr enthält auch der diesjährige Leistungsvergleich Auswertungen nach Flussgebieten. Diese wurden aber erstmals um Ergebnisse der internationalen Bodensee-Nachbarschaft ergänzt. Die Eliminationsleistung der betreffenden Kläranlagen bezogen auf die organischen Schmutzstoffe liegt im Vergleich am höchsten. Die höchsten Abbaugrade für Stickstoff werden im Flussgebiet Oder mit 91 Prozent erreicht.

Geringste Werte

Die geringsten Werte weist die Bodensee-Nachbarschaft auf, da die Stickstoffelimination nicht in allen Anrainerstaaten des Bodensees gesetzlich vorgeschrieben ist. Sie liegt bei rund 70 Prozent gegenüber 82 Prozent in den deutschen Nachbarschaften. Nur die Flussgebiete Rhein und Donau bleiben knapp unter 80 Prozent, alle anderen erreichen höhere Werte. Im Fall des Phosphors ist bemerkenswert, dass im Raum Bodensee die niedrigsten Ablaufkonzentrationen erzielt werden. **DK**

Umweltstaatssekretärin Huml:

Die Vils wird wieder naturnah und wild

An der Vils gehen Hochwasserschutz und der Erhalt von Bayerns Tier- und Pflanzenwelt Hand in Hand. Dies betonte Umweltstaatssekretärin Melanie Huml beim Spatenstich zum Renaturierungs-Projekt ‘Lebendige Vils‘ im niederbayerischen Vilshofen (Landkreis Passau).

„Die Vils wird wieder naturnah und wild“, erklärte Huml. Durch die Renaturierung wird die biologische Durchgängigkeit wieder hergestellt, Gewässer und Aue verzahnt und hochwertiger Lebensraum für Flora und Fauna geschaffen. Ein ökologisch intaktes Gewässernetz ist nach den Worten Humls das Rückgrat der biologischen Vielfalt in Bayern. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,2 Millionen Euro. Diese teilen sich Freistaat, Europäische Union und die Gemeinde Vilshofen.

In der Vergangenheit wurde die Vils begradigt und mit Deichen eingeengt, um die anliegenden Flächen nutzen zu können. Der Fluss hatte sich stark eingegraben und damit auch den Wasserabfluss beschleunigt. Dies hat die Hochwassersituation für die flussabwärts liegenden Gemeinden deutlich verschärft. Huml: „Durch die naturnahe Umgestaltung können die Hochwasserspitzen abgeschwächt und die Hochwassergefahr für die flussabwärts liegenden Siedlungsbereiche abgemildert werden“.

Das Projekt ist Teil des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020 des Freistaats Bayern mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2,3 Milliarden Euro. ❒

Qualität ist unsere Natur!
Sonnenwasser

Technische und naturnahe Kleinkläranlagen, modernste Technik
Naturbadeteiche, ein Stück Urlaub zu Hause
Trinkwasser-Ultrafiltration
Klares Wasser auf natürlichem Weg
Sonnenwasser® Oberland Sonnenwasser GmbH
Oberland Sonnenwasser GmbH
Hauptplatz 12 • 86971 Peiting
Fon 0 88 61 / 93 00 39-3 • Fax 93 00 39-9
info@sonnenwasser.de - www.sonnenwasser.de

Verband kommunaler Unternehmen:

Wasserpreise können nicht mit Energierechtsprechung bewertet werden

Berlin (ots) - Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main wartet mit weiteren Entscheidungen zur kartellrechtlichen Wasserpreiskontrolle, bis der Bundesgerichtshof dazu einige grundsätzliche Fragen geklärt hat. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt dieses Vorgehen.

Dies ermöglicht die grundsätzliche Überprüfung der bisherigen rechtlichen Einschätzung des OLG. Das OLG hat nämlich die im Energiebereich entwickelte Rechtsprechung bisher 1:1 auf die Wasserversorgung übertragen. Danach dürfen Versorger - und damit auch der durch sie erhobene Preis - grundsätzlich schon miteinander verglichen werden, wenn hinsichtlich Erzeugung und Beschaffung keine großen Unterschiede bestehen.

„Dieser Ansatz greift aber für die Wasserversorgung zu kurz. Unterschiede in der Verteilung, die im Wasserbereich eine große Rolle spielen, bleiben dabei unberücksichtigt“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Zu Recht wird sich deshalb nun der Bundesgerichtshof mit dieser Frage beschäftigen müssen. „Wir erwarten hier eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den besonderen Versorgungsbedingungen der Wasserwirtschaft“, so Reck.

Grundsätzlich sind unterschiedliche Wasserpreise erklärbar und nicht etwa ein Zeichen für Abzocke der Kunden. Der VKU tritt schon seit einiger Zeit für eine Versachlichung der Diskussion ein. Ein Gutachten der Universität Leipzig hat deshalb im Auftrag des VKU bereits 2008 die hohe Relevanz regionaler Einflussfaktoren, wie naturräumliche Gegebenheiten, Siedlungsdemografie und -dichte, Abnehmerstruktur und Größe des Versorgungsgebietes auf die Kostenstruktur von Wasserversorgungsunternehmen belegt. Ein stetiger lokaler Dialog mit den Verbrauchern zu Leistungsqualität, Kosten und Preisen ist hilfreich und notwendig. Ein zweites Gutachten der Universität Leipzig im Auftrag des VKU wird helfen, Kostenunterschiede in der Dienstleistungserbringung auf lokaler Ebene transparent abbilden zu können. Ergebnisse hierzu werden bereits in diesem Herbst vorliegen.

Zudem sind die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland mit ihrer Wasserversorgung äußerst zufrieden. Im Auftrag des VKU hat das Umfrageinstitut TNS Emnid in diesem Sommer eine repräsentative Haushaltskundenbefragung hierzu durchgeführt. Deutlich mehr als 90 Prozent sind mit der Qualität und mit der Versorgungssicherheit zufrieden. Fast 75 Prozent sehen außerdem den zu entrichtenden Preis als angemessen an. ❒

Wasserhaushalt:

Wenig Wasser in Bayerns Bächen

Speicher leisten Ausgleich

Das trockene Herbstwetter der letzten Wochen sorgt für wenig Wasser in Bayerns Flüssen und Seen: über die Hälfte aller Gewässer führt derzeit Niedrigwasser. Darauf hat das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) in seinem aktuellen Niedrigwasser-Lagebericht hingewiesen.

Auch an den bayerischen Seen sind die Wasserstände gesunken, weil es in Bayern in den letzten drei Monaten ein Viertel weniger geregnet hat als sonst in dieser Zeit üblich. Und zumindest für Südbayern sagen die Meteorologen auch in den nächsten Tagen keine Änderung voraus.

LfU-Präsident Albert Göttle sieht aktuell aber keinen Grund zur Besorgnis: „Bayerns Speicher wie der Sylvensteinspeicher sind gut gefüllt und können Engpässe noch längere Zeit ausgleichen, falls der Trend anhält.“ Der vor einem Jahr gestartete Niedrigwasser-Informationsdienst des LfU (www.nid.bayern.de) ist das „Gegenstück“ zum Hochwassernachrichtendienst. Der aktuelle Lagebericht ist dort eingestellt.

Für die Niedrigwasseraufhöhung im Maingebiet greift derzeit der „Plan B“: Weil die Donau momentan besonders wenig Wasser führt, sorgt seit drei Wochen nicht das Donauwasser, sondern das Wasser aus dem Brombachsee für den Ausgleich in Regnitz und Main. Das Überleitungssystem versorgt den wasserärmeren Norden Bayerns jährlich mit 150 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Süden. Das entspricht rund der halben Wassermenge des Tegernsees.

Im Niedrigwasser-Informationsdienst (NID) des LfU sind derzeit rund 200 Pegel bayerischer Bäche und Flüsse aufgenommen, an denen die Wasserstände kontinuierlich gemessen werden und online verfügbar sind. Ob und wo es aktuell Niedrigwasser gibt, kann auch der Nicht-Fachmann auf einen Blick an den Farbsymbolen erkennen. Aufgenommen in den neuen Dienst sind außerdem 14 Seen und 16 staatliche Speicher, die bei Trockenperioden zusätzlich Wasser abgeben können.

Erstmals sind im NID auch Grundwasserstände in Nordbayern und aus tiefer gelegenen Grundwasserstockwerken abrufbar, die ebenfalls mit Farbsymbolen bewertet sind. Bei anhaltendem Niedrigwasser wird außerdem ein Lagebericht mit der aktuellen Situation und der voraussichtlichen Entwicklung veröffentlicht.

Der Lagebericht ist verfügbar unter www.nid.bayern.de/lage/bayern/index.php ❒

Bad Füssing:

Thermalwasser mit legendärer Wirkung

Bad Füssing (obx) - Bad Füssing in Niederbayern ist das beliebteste Urlaubsreiseziel in Deutschland. Nach einer Untersuchung von HOTOUR, einem unabhängigen, auf Tourismus-Analysen spezialisierten Beratungsunternehmen, liegt Bad Füssing in der Hitparade der meistbesuchten Urlaubsorte auf Platz 1. Gefolgt von Heringsdorf an der Ostsee, Binz auf der Insel Rügen, Oberstdorf im Allgäu und Westerland auf der Insel Sylt. Bekannte Touristenmagnete wie Garmisch-Partenkirchen (Platz 13), Warnemünde (Platz 23) und Lindau am Bodensee (Platz 37) folgen mit deutlichem Abstand.

Maßstab für das Rating waren die Übernachtungszahlen in den Hotels und Pensionen mit mehr als 8 Gästebetten der jeweiligen Orte. Bad Füssing konnte in diesen Beherbergungsbetrieben im vergangenen Jahr 2,45 Millionen Übernachtungen verbuchen. Der Zweitplatzierte Heringsdorf 2,2 Millionen.

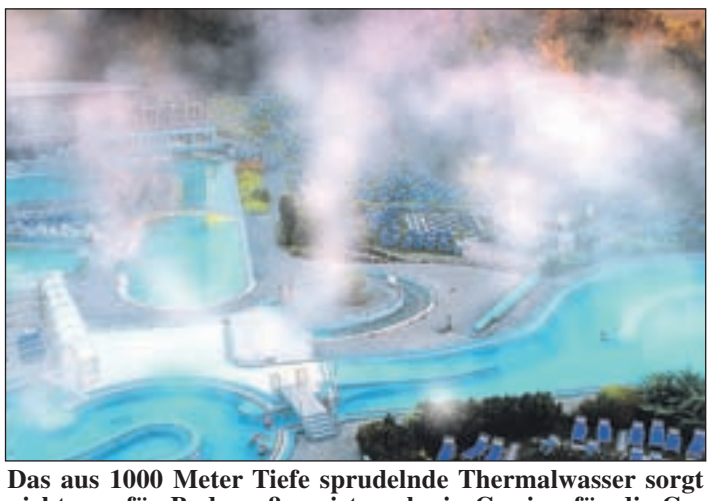
Auch im Krisenjahr 2009 bleibt Deutschlands beliebtestes Heilbad mit seinem legendären Heilwasser auf Erfolgskurs. Ungeachtet der Einbrüche in der Tourismusbranche stieg die Zahl der Gästeankünfte im ersten Halbjahr 2009 erneut um 1,7 Prozent auf 131.950, sagt Kurdirektor Rudolf Weinberger.

Bad Füssing baute damit seine Spitzenposition im Vergleich zu den anderen 320 deutschen und auch den bayerischen Heilbädern weiter aus. Auch im Vergleich zum Bayerischen Golf- und Thermenland konnte Bad Füssing deutlich gewinnen: Die anderen Kurorte des Bayerischen Golf- und Thermenlands mussten im ersten Halbjahr im Durchschnitt einen Rückgang der Gästeankünfte um fünf Prozent verkraften.

Auf Erfolgskurs

Allen Urlaubsdestinationen in Deutschland und auch Bad Füssing macht allerdings die immer kürzer werdende Aufenthaltsdauer zu schaffen. Die Bundesbürger fahren öfter in den Urlaub, bleiben dafür aber nicht mehr so lange. In Bad Füssing lag der durchschnittliche Aufenthalt bei 9,4 Tagen (2008: 9,7 Tage), im Bayerischen Golf- und Thermenland bei 7,5 Tagen, in Bayern insgesamt bei nur noch rund fünf Tagen.

Gründe für die Spitzenstellung Bad Füssings im deutschen Tourismus gibt es nach Ansicht des Bad Füssinger Kurdirektors Rudolf Weinberger viele: Bad Füssings Thermalwasser genießt als Heilwasser mit legendärer Wirkung bei Gelenk- und Rückenproblemen Weltruf. Wir verwöhnen unsere jährlich 1,6 Millionen Tages- und Übernachtungsgäste mit der Attraktivität von Europas weitläufigster Thermenlandschaft und Bad Füssing hat sich als Treffpunkt Gesundheit der Deutschen einen exzellenten Ruf erworben, sagt Weinberger. Bad Füssings besonderer Trumpf: Der Anteil der Stammgäste, die immer wieder kommen, liegt bei über 80 Prozent. Der Generalsekretär des europäischen Heilbäderverbands, Joachim Lieber, sieht deshalb in Bad Füssing nach eigenen Aussagen das Europäische Vorzeige-Bad. ❐



Das aus 1000 Meter Tiefe sprudelnde Thermalwasser sorgt nicht nur für Badespaß, es ist auch ein Gewinn für die Gesundheit: Die Heilwirkung der Bad Füssinger Thermen bei Rheuma, Rückenproblemen und schmerzenden Gelenken ist legendär und lockt jedes Jahr Millionen Besucher in das niederbayerische Badeparadies. ❐

Im Notfall muss geliefert werden

Trinkwasserversorgung in der Region Würzburg wird für den Zweckverband komplizierter

Würzburg. Die Trinkwasserversorgung in der Region stellt den Zweckverband Fernwasser Mittelmain (FWM) vor große Herausforderungen. Das Problem: Im Jahresmittel wird immer weniger Wasser bezogen. Aufgrund des Klimawandels werden gleichzeitig vermehrt hohe Spitzenverbräuche wahrscheinlich. Was für den FWM bedeutet, dass er bei sinkenden Einnahmen hoch leistungsfähig bleiben muss, um 237.000 Menschen in 25 Gemeinden auch im heißen Sommer mit ausreichend Wasser zu versorgen.

Über fünf Millionen Kubikmeter Trinkwasser verkaufte der FWM im Jahr 2003 in den Kreisen Main-Spessart und Würzburg. Von diesen Zahlen können die Verbandsräte heute nur noch träumen. Der Verbrauch geht Jahr für Jahr zurück. 2008 lag er bei nur noch 4,4 Millionen Kubikmeter. FWM-Geschäftsführer Walter Höfling: „Das ist die geringste Menge seit über zehn Jahren."

Einbruch beim Absatz

Zurückzuführen ist dies unter anderem auf die Wassersparappelle von Politik und Umweltschutzverbänden. Immer mehr Gemeinden entscheiden sich außerdem dafür, eine eigene Wassergewinnungsanlage aufzubauen. Der enorme Einbruch beim Wasserabsatz im vergangenen Jahr ist schließlich dem Abzug der Amerikaner aus dem Verbandsgebiet geschuldet. Die US-Soldaten zählten zu den Großkunden des Zweckverbands.

Beispiele

Bei den vom FWM versorgten Gemeinden brach der Wasserabsatz mit am stärksten in Karbach ein. 61.000 Kubikmeter nahm die Gemeinde 2008 ab. Das waren fast 20 Prozent weniger als im Jahr davor. Auch in Retzstadt wurde Wasser gespart. Der Absatz brach um deutlich mehr als zehn Prozent ein, nur noch 72.000 Kubikmeter flossen zur Kommune.

Vertraglich verpflichtet ist Retzstadt lediglich, knapp 65.000 Kubikmeter abzunehmen. In Karbach beträgt die Abnahmepflicht 55.000 Kubikmeter. Im gesamten Verbandsgebiet müssen den Verträgen zufolge pro Jahr nur 3,7 Kubikmeter gekauft werden. Wobei gleichzeitig vertraglich fixiert ist, dass der Zweckverband in Spitzenzeiten fähig sein muss, etwas die doppelte Menge des Mindestabsatzvolumens zu liefern. Seit Gründung des FWM 1966 hat der Verband dies laut Geschäftsführer Höfling auch immer geschafft.

Weil der Zweckverband weniger Wasser verkauft, gleichzeitig jedoch enorme Summen in seine Infrastruktur investieren muss, verbucht er seit 2005 jährlich ein Minus. 2007 betrug das Defizit rund 650.000, im vergangenen Jahr belief es sich auf 475.000 Euro. Auch für die kommenden Jahre werden Fehlbeträge prognostiziert, muss der Zweckverband doch erhebliche Summen in seine über 30 Jahre alten Anlagen investieren. Nur so kann er auch künftig der Verpflichtung nachkommen, ausreichend Trinkwasser in bester Qualität zu liefern.

Bis 2025 sind einer Studie der Koblenzer Firma „Björnsen beratende Ingenieure" zufolge mehr als 23 Millionen Euro zu investieren. Ab 2015 steht unter anderem die Sanierung besonders maroder Strecken des 124 Kilometer langen Leitungsnetzes an, informierte Christoph Schöpfer von Björnsen beratende Ingenieure bei der jüngsten Zweckverbandsversammlung in Würzburg. Dies wird den FWM vor eine kniffelige Aufgabe stellen, gilt es doch, die Wasserversorgung auch dann sicherzustellen, wenn eine Woche oder länger an einer Hauptleitung gearbeitet wird.

Mehrfache Absicherung

Damit er jederzeit genug Wasser an seine Abnehmer liefern kann, hat sich der FWM mehrfach abgesichert. So besteht seit dem Jahr 2007 ein Bezugsvertrag mit der „Trinkwasserversorgung Würzburg", die 2008 knapp 130.000 Kubikmeter Wasser an den FWM abgab. Außerdem bezieht der Verband Fernwasser vom benachbarten „Zweckverband Fernwasserversorgung Franken" (FWF). Mehr als zwei Millionen Kubikmeter flossen von der in Uffenheim angesiedelten Organisation 2008 in die Region Würzburg. Der Liefervertrag mit dem FWF läuft Ende nächsten Jahres aus. Wie aus der Studie der Koblenzer Ingenieure hervorgeht, besteht zu einer Vertragsverlängerung keine Alternative.

Der Wasserbezug vom FWF könnte reduziert werden, würden die Brunnen der Galerie Hofstetten an das FWM-Netz angeschlossen - wofür allerdings sehr viel Geld in die Hand genommen werden müsste. Schöpfer zufolge könnten jährlich 1,6 Millionen Kubikmeter Wasser aus Hofstetten ins FWM-Netz eingespeist werden.

Entscheidungen in Dekaden

Wann dem Zweckverband jedoch das beantragte Wasserrecht erteilt wird, ist nicht absehbar. Sicher wird es nicht bis Ende 2010, dem Auslaufen des Vertrags mit dem FWF, zur Erteilung kommen. Schöpfer: „Diese Entscheidungen werden in Dekaden, nicht in Jahren abgehandelt." **Pat Christ**

Kläranlage der Zukunft:

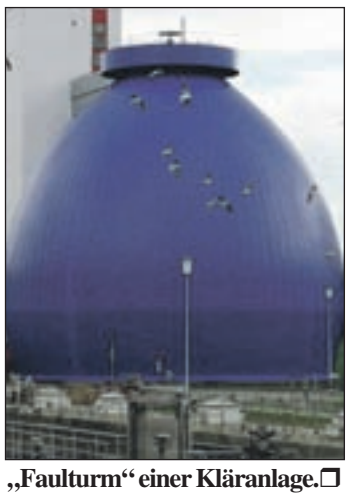
Forschungsprojekt der Hochschule Amberg-Weiden

Verbunden mit dem Klimawandel kommt der Einsparung von Energie und der besseren Nutzung von Ressourcen eine zunehmende Bedeutung zu. Auch bei kommunalen Abwasseranlagen, die rund ein Fünftel des gesamten Elektrizitätsverbrauchs der öffentlichen Gebäude und Anlagen der Kommunen beanspruchen, wird energetischen Gesichtspunkten künftig eine deutlich höhere Priorität eingeräumt werden müssen. Dies gilt zudem vor dem Hintergrund, dass es im Bundesumweltministerium Überlegungen gibt, bei der Novellierung der Abwasserverordnung künftig Energieaspekte verstärkt einzubeziehen.

Vor allem bei der Neuplanung, Nachrüstung und Sanierung von kommunalen Kläranlagen werden zukünftig Themen wie Energieverbrauch, Energieeffizienz und Emission von klimarelevanten Gasen eine wichtige Rolle spielen.

Grundsätze hinterfragen

Angesichts dieser Entwicklungen müssen die vorhandenen Grundsätze bei der Konzeption neuer kommunaler Kläranlagen oder bei deren Nachrüstung und Ertüchtigung kritisch hinterfragt werden. Es wird insbesondere darauf ankommen, bei zumindest gleich bleibender Reinigungsleistung das vorhandene Energiepotenzial des Abwassers bzw. des Klärschlamms nachhaltig zu nutzen und die Energieeffizienz der gesamten Anlage zu verbessern.



„Faulturm" einer Kläranlage. ❐

Im Rahmen des Forschungsvorhaben „Kläranlage der Zukunft" an der Hochschule Amberg-Weiden, das vom Bayerischen Landesamt für Umwelt gefördert wird, sollen daher vor allem die Möglichkeiten der Anaerobtechnik und deren verstärkte Anwendung in bisher nicht üblichen Einsatzbereichen untersucht werden.

Die Bearbeitung der Teilaspekte Faulgasproduktion, Anaerobtechnik und Deammonifikation erfolgen in enger Kooperation zwischen dem Lehrstuhl für Siedlungswasserwirtschaft der Technischen Universität München, der Professur für Siedlungswasser- und Abfallwirtschaft der Universität der Bundeswehr München und dem Labor für Angepasste Wassertechnologien an der Hochschule in Amberg unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Franz Bischof (Fakultät Maschinenbau/Umwelttechnik). ❐

BayernLabo und LfA Förderbank Bayern:

Verlässliche Partner …

… bei der Finanzierung kommunaler Investitionen Informationen auf der Kommunale in Nürnberg

Kommunale Gebietskörperschaften und kommunalen Zweckverbände sowie deren rechtlich unselbständiger Eigenbetrieb können für Kredite zu anstehenden Investitionen außerordentlich günstige Zinssätze erhalten. Für die Kommunen des Freistaats Bayern verbessert die Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) mit dem „Investkredit Kommunal Bayern" bereits zinsverbilligte KfW-Konditionen.

Den günstigeren Kommunalkredit können Kommunen beispielsweise für Investitionen im kommunalen Hochbau, wie für Rathäuser, Bau- oder Betriebshöfe, für Feuerwehrhäuser oder für den präventiven Katastrophenschutz, für die Stadt- und Dorfentwicklung, für kommunale und soziale Infrastrukturmaßnahmen, wie Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Sporthallen oder Senioren- und Pflegeheime, sowie für wohnwirtschaftliche Investitionen nutzen.

Vergünstigter Kredit

Der „Investkredit Kommunal Bayern" der BayernLabo ist wie das Programm „Infrakredit Kommunal" der LfA Förderbank Bayern ein mit bayerischen Mitteln vergünstigter „KfW-Investitionskredit Kommunen". Hinsichtlich der Investitionsschwerpunkte ergänzen sich die beiden bayerischen Programme, wie Peter Springer, Leiter der Abteilung Kommunalkredit Bayern (BayernLabo) und Robert Strobel, LfA Förderbank Bayern bei der Kommunale 2009 in Nürnberg im Rahmen des Aussteller-Forums „Infrastruktur" hervorhoben.

Wie Peter Springer ausführte, ist die vor 125 Jahren gegründete BayernLabo verlässlicher Partner bei der Finanzierung kommunaler Investitionen und Wohnbauprojekte. Eigentümer der BayernLabo sind über die Beteiligungen an der BayernLB der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband Bayern.

Förderprogramme

Förderprogramme des Freistaats Bayern der BayernLabo sind das Bayerische Wohnungsbauprogramm (Förderung von Miet- und Eigenwohnraum), das Bayerische Zinsverbilligungsprogramm (Förderung von Eigenwohnraum), das Bayerische Modernisierungsprogramm (Förderung von Mietwohnraum und Pflegeplätzen in stationären Altenpflegeeinrichtungen), Wohnungsfürsorgedarlehen des Freistaats Bayern (Förderung von Wohnraum für Staatsbedienstete) sowie sonstige Fördermaßnahmen wie Fördern von Wohnraum für Studierende, Hochwasserprogramm 2007, Förderung von Heimen für Menschen mit Behinderung und Förderung von Heimplätzen.

Förderprogramme der BayernLabo und der KfW sind der Investkredit Kommunal Bayern (Förderung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen) sowie das Bayerische Modernisierungsprogramm (Förderung von Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern und Pflegeplätzen in stationären Altenpflegeeinrichtungen).

Verbilligter Zinssatz

Der bei 30-jähriger Laufzeit für 10 Jahre festgeschriebene Zinssatz ist durch die BayernLabo gegenüber dem ohnehin schon günstigen Zinssatz im jeweiligen Programm der KfW um 0,75 % p.a. weiter verbilligt. Nach 10 Jahren wird Springer zufolge der Zinssatz mit erneuter Unterstützung durch die KfW an den Kapitalmarktzins angepasst. Die Kumulierung mit Fördermitteln aus anderen Programmen ist nach den KfW-Vorgaben teilweise bis zu 100 % der förderfähigen Gesamtkosten möglich. Der Antrag ist bei der örtlich zuständigen Bezirksregierung, der Landeshauptstadt München und den Städten Augsburg und Nürnberg (Bewilligungsstellen) zu stellen.

Auch mit dem Infrakredit Kommunal der LfA steht den Kommunen eine attraktive, langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung, wie Robert Strobel darstellte. Der Infrakredit Kommunal wird zinsgünstig von der KfW refinanziert und von der LfA Förderbank Bayern zinsverbilligt. Sie vergünstigt den Zinssatz des „KfW-Investitionskredit Kommunen" für die erste Zinsbindungsperiode, d. h. die ersten 10 Jahre, um 0,10 % pro Jahr.

Strobel nannte folgendes Finanzierungsbeispiel: Im Vermögenshaushalt einer Stadt mit 150.000 Einwohnern ist die Teilerneuerung der Wasserversorgung geplant. Insgesamt sind 4,0 Mio. Euro zu investieren. Vom Land Bayern wurde ein Zuschuss von 1 Mio. Euro zugesagt, der Restbetrag soll fremd finanziert werden. Der Finanzierungsbetrag beträgt somit 3 Mio. Euro. Die Lösung: Bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf der Investitionsmaßnahme von 2 Mio. Euro bis 4 Mio. Euro können jeweils maximal 2 Mio. Euro der förderfähigen Investitionskosten finanziert werden, der Restbetrag wird über ein Kreditinstitut nach Wahl aufgenommen. Die Stadt wählt eine Laufzeit von 20 Jahren bei 3 tilgungsfreien Anlaufjahren und einer Zinsbindung von 10 Jahren.

Tiefengeothermie

Strobel zufolge ermöglicht der Freistaat Bayern über die LfA mit dem Infrakredit Tiefengeothermie auch die günstige Finanzierung von Wärmenetzen, in die überwiegend Wärme aus Tiefengeothermieanlagen eingespeist wird. Hierbei ist sowohl die Neuerrichtung als auch die Erweiterung bereits bestehender Wärmenetze förderfähig. Gefördert werden gewerbliche und kommunale Unternehmen sowie kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände in Bayern. Neben den Investitionskosten für die Errichtung eines Wärmenetzes werden auch die Kosten für eine Erweiterung (Hauptanbindungsleitung, Hausübergabestation und Hausanschlussleitungen abzüglich Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge) finanziert.

Das Vorhaben muss in der Regel auch im Rahmen des KfW-Programms „Erneuerbare Energien" gefördert und für mindestens 7 Jahre zweckentsprechend genutzt werden. Förderfähig sind Anlagen, die durchschnittlich über das gesamte Netz einen Wärmeabsatz zwischen 0,5 und 3,0 MWh Wärme pro Jahr und Meter Trasse aufweisen. **DK**

V. l.: Dr. Uwe Brandl, Präsident Bayerischer Gemeindetag; Günther Tittel, Leiter des Geschäftsbereiches Sparkassengeschäft, Sparkassenverband Bayern; Joachim Herrmann, Bayerischer Innenminister; Tanja Mönkhoff, Leiterin Kommunales Kompetenz-Center, BayernLB; Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Bayerischer Gemeindetag. ❐

„Kompetenz aus einer Hand"

Gemeinsamer Messeauftritt von BayernLB und Sparkassenverband Bayern

„Kompetenz aus einer Hand." Unter diesem Motto stand der diesjährige gemeinsame Messeauftritt von BayernLB und Sparkassenverband Bayern auf der „Kommunale 2009". Als zusätzliche Aussteller waren zudem weitere Partner der Sparkassen-Finanzgruppe vertreten: BayernFM, BayernGrund, BHI Bad Homburger Inkasso, Deutsche Leasing, DKB Deutsche Kreditbank, DKC Deka Kommunal Consult sowie die LBS Bayern.

Zahlreiche Sparkassen nutzten auch in diesem Jahr die Gelegenheit, um sich mit ihren kommunalen Kunden auf dem Gemeinschaftsstand in ungezwungener Atmosphäre mit den anwesenden Experten der Sparkassen-Finanzgruppe auszutauschen.

Eines der zentralen Themen war dabei die Vorstellung des neuen Sparkassen-Finanzkonzepts „Kommunen und Institutionelle", das einen ganzheitlichen Ansatz in der Betreuung von kommunalen Kunden bietet. Dabei wird in enger Zusammenarbeit mit dem Kunden dessen individuelle Situation analysiert und ein gemeinsamer „Fahrplan" zur Lösung verschiedenster finanzieller Herausforderungen erarbeitet. Die Kundenbetreuer orientieren sich dabei an definierten Bedarfsfeldern der kommunalen Kunden, wie z.B. „Risiken absichern", „Immobilien und Liegenschaften entwickeln" oder auch „Anlagen optimieren" und binden die dazu erforderlichen Spezialisten der Sparkassen-Finanzgruppe mit ihren Produkten und Dienstleistungen in die Lösungen ein.

Neben der Umsetzung der mit dem Kunden vereinbarten Maßnahmen sieht das neue Konzept darüberhinausgehend auch vor, den weiteren finanziellen Planungsprozess der Kommune gemeinsam mit der Sparkassen-Finanzgruppe weiterzuentwickeln.

Über das Sparkassen-Finanzkonzept „Kommunen und Institutionelle" informierten im Rahmen eines Ausstellerforums Andrea Bastian, Sparkassenverband Bayern und Tanja Mönkhoff, BayernLB. ❐

Trotz positiv hoher Kaufkraft:

Die Zentralitätskennziffer steigt

Dass nur München und Erlangen - im Vergleich kreisfreier Städte Bayerns - in Sachen Kaufkraft ihrer Bürger mit der Stadt Landshut konkurrieren können, ist hinlänglich bekannt. Nun hat die Gesellschaft für Konsumgüterforschung (GfK) zudem die Attraktivität des städtischen Handels genauer unter die Lupe genommen.

Gemessen wird diese Anziehungskraft mit der sogenannten Zentralitätskennziffer. Laut GfK-Fazit ist dieser Index von 155 im Jahr 2007 auf 165 im Jahr 2009 sehr stark angestiegen. Die Kennziffer zeigt das Verhältnis aus Einzelhandels-Umsatz und der Einzelhandels-relevanten Kaufkraft. Werte über 100 weisen darauf hin, in welchem Umfang sich Käufer aus dem Umland vom Angebot einer Stadt anziehen lassen. Da die von der unabhängigen GfK ermittelten Werte bei gleichbleibender Kaufkraft überdurchschnittlich angestiegen sind, weist dies nach Lesart der GfK im Fall Landshut eindeutig darauf hin, dass die Stadt für Außenstehende immer attraktiver wird.

Damit honorieren die Gäste und Besucher der Stadt Landshut unter anderem die vielfältigen Aktivitäten im Stadtmarketing. Die Ausschöpfung des Veranstaltungspotenzials und die Präsenz auf unterschiedlichsten Zielgruppenplattformen leisten dazu Ihren Beitrag zur möglichen Steigerung und dem weiteren Ausbau als Einkaufs- und Erlebnisstadt.

Ebenfalls ermittelt wurde in der GfK-Studie 2009, welchen Anteil der Textilhandel am Gesamtumsatz einnimmt. Auch hier fällt die Stadt Landshut positiv aus dem Rahmen: Im Bundesdurchschnitt liegt dieser anteilige Umsatz bei 6,1 Prozent, für die Stadt Landshut wurde ein Anteil von 10,7 Prozent errechnet. Tendenz steigend. Darin enthalten sind die Fachhandelsumsätze für die Sortimente Damenoberbekleidung, Herrenoberbekleidung und Kinderoberbekleidung. Nicht berücksichtigt in den ausgewiesenen Umsätzen sind Direktverkäufe der Hersteller an den Verbraucher, Umsätze des Großhandels und das Kataloggeschäft.

OB Hans Rampf sieht darin erneut bestätigt, dass in den vergangenen Jahren die Weichen in die richtige Richtung gestellt wurden: „Wer heute wie vor 20 Jahren behauptet, in Landshut sei nichts los oder nichts zu holen, der hat die Entwicklung unserer Stadt schlichtweg verschlafen." Auf Erfolgen dürfe man sich allerdings nicht ausruhen, denn das nun gewohnt hohe Niveau zu halten bedürfe des Engagements aller. ❐

EP will strengere Regeln für Finanzmärkte

Mit breiter Mehrheit hat das Europäische Parlament strengere Regeln für die internationalen Finanzmärkte gefordert. Der Vorsitzende der CSU-Gruppe im EP, Markus Ferber, begrüßte die Entschließung. „Die Absichtsbekundungen des G20-Gipfels in Pittsburgh müssen jetzt möglichst schnell in gesetzliche Vorschriften und neue Regeln für die Finanzmärkte umgesetzt werden!", forderte Ferber. Besondere Dringlichkeit besitzt nach Ansicht Ferbers die Schaffung einer einheitlichen Finanzmarktaufsicht. „Eine umfassende und grenzüberschreitende Aufsicht über Banken, Versicherungen und Börsen ist eine der zentralen Lehren aus der Finanzkrise. Wenn die europäischen Finanzmärkte keine Grenzen kennen, darf auch die Aufsicht nicht am Grenzpfosten Halt machen."

Dagegen kritisierte Ferber Überlegungen hinsichtlich einer Steuer auf internationale Geldüberweisungen als „gefährliche Träumerei". Sie könnte zu einer Abwanderung von Banken hin zu nicht besteuerten Standorten führen, und so die europäischen Finanzmärkte insgesamt schwächen und Wirtschaftswachstum verhindern. ❐

RealisBench® Energiesparer 2009:

Erstmalige Preisverleihung

BayernFM zeichnete Sparkasse Karlsruhe und Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen aus

Als klimaneutrales und EMAS-zertifiziertes Unternehmen hat die Bayern Facility Management GmbH den aktiven Umweltschutz in der Unternehmensphilosophie tief verankert. Daher verlieh die BayernFM gemeinsam mit den Projektpartnern cgmunich GmbH und conject AG erstmalig auf der EXPO REAL 2009 in München, Europas größter Gewerbeimmobilienmesse, den Preis RealisBench® Energiesparer 2009. Dabei wurden jeweils eine Kommune und Sparkasse aus dem Projekt RealisBench® 2009 ausgezeichnet.

In die Bewertung flossen energierelevante Kriterien wie z.B. der Einsatz erneuerbarer Energien, Energieverbrauch, CO2-Ausstoß und baulich-technischer Zustand der Objekte ein. Als Sieger gingen die Sparkasse Karlsruhe und der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen hervor. Die Gewinner erhielten je eine RealisBench® - Teilnahme für ein weiteres Jahr und eine energetische Analyse für ein Objekt bis 5.000 m² BGF im Wert von 2.000 Euro. Die Geschäftsführer Stefan Kohlhepp (BayernFM) und Norbert Rupp (cgmunich Gmbh) überreichten die Preise. Seitens der Sparkasse Karlsruhe nahmen die Verantwortlichen für den Immobilienbereich Volker Herbster und Siegmund Göbbel die Urkunde entgegen. Bei der Kommune waren es Landrat Josef Niedermaier und René Beysel.

Der Landrat von Bad Tölz-Wolfratshausen Josef Niedermaier und René Beysel bekamen die Urkunde von Stefan Kohlhepp und Thomas Aumer (BayernFM) überreicht (von links). ❐

Bei den Sparkassen wurde das gesamte Institut (alle Geschäftsstellen, Hauptstellen, Verwaltungsgebäude) bewertet. Die Sparkasse Karlsruhe hatte mit 67 Geschäftsstellen (annähernd 50.000 m² Baugrundfläche) an RealisBench® teilgenommen und sich gegen 24 weitere Mitbewerber mit insgesamt über 1.100 Sparkassen-Immobilien durchgesetzt.

Im Vergleich zu den Mitbewerbern hat die Sparkasse Karlsruhe am wenigsten Energie (Heizung, Strom) verbraucht und damit CO2 produziert – und dies bei einem vergleichsweise hohen Anteil klimatisierter Gebäude. Außerdem gehörte die Bank zu den wenigen Instituten des Projektjahres, die regenerative Energien einsetzen. Der Energiesparer ist für die Sparkasse Karlsruhe ein Meilenstein im Bereich der ökologischen und ökonomischen Immobiliennutzung und Motivation auf dem Weg zu einer klimaneutralen Sparkasse.

Wichtiger Faktor

Immobilienkosten sind ein wichtiger Faktor für den Geschäftserfolg von Finanzinstituten. So ersetzt eine jährliche Kosteneinsparung von 100.000 Euro durch RealisBench® ein durchschnittliches Neugeschäft von rund 14 Mio. Euro pro Jahr.

Der weitere Sieger des Wettbewerbs, der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, beteiligte sich mit 12 Schulen und 3 Verwaltungsgebäuden an RealisBench® und setzte sich schließlich gegen 35 weitere Mitbewerber mit insgesamt 110 Verwaltungs-Gebäuden durch. Aufgrund der Unvergleichbarkeit der Portfolien bei den Kommunen lag der Fokus auf der Nutzungsart Verwaltung und folglich wurde das effizienteste Verwaltungsgebäude ausgewählt. Für Landrat Niedermaier dürfte dieser Preis mit einer gewissen Genugtuung einhergehen, war dessen Vorgänger doch während seiner Amtszeit eher durch „verblasene“ Steuermillionen in Erscheinung getreten.

Nutzungsart Verwaltung

Bad Tölz-Wolfratshausen gewann deshalb, weil das Verwaltungsobjekt (Größe: annähernd 15.000 m² Baugrundfläche, letzte Sanierung/Modernisierung 2001) des Landkreises im Vergleich mit Abstand am wenigsten Energie (Heizung, Strom) verbraucht und damit CO2 produziert hat - und dies noch dazu bei vergleichsweise hohen Gebäude-Nutzungszeiten von ca. 2500 Stunden im Jahr.

Der Landkreis verfolgt das Ziel, 2035 den gesamten Energieverbrauch aus regenerativen, möglichst regionalen Energiequellen zu decken. Ein effizienter Energieeinsatz im Immobilienbereich ist eine entscheidende Voraussetzung.

Potenziale ausschöpfen

Schon heute müssen Kommunen bis zu 20 % ihres Verwaltungshaushalts für die Immobilienbewirtschaftung aufbringen. Dieser Wert wird sich aufgrund drastisch steigender Energie- und sonstiger Sachkosten weiter erhöhen und die Handlungsfähigkeit vieler Nutzer weiter einschränken. Vor diesem Hintergrund gilt es, den Immobilienbestand effizient zu steuern und vorhandene Potenziale rechtzeitig auszuschöpfen.

Mit der Preisverleihung leistete die BayernFM ihren Beitrag, die Immobilie als zentralen Schlüsselfaktor auf dem Weg zu mehr ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit bei Immobiliennutzern und -eigentümern zu verankern. Und das aus gutem Grund: Bundesweit nutzen rund 12.000 Kommunen rund 175.000 Immobilien. Die bundesweit 438 Sparkassen nutzen über 13.400 Immobilien. Über 70 Prozent dieser Objekte sind älter als 20 Jahre. Das Deutsche Institut für Urbanistik geht zudem von einem Instandhaltungsrückstau von 71 Mrd. Euro bei den bundesweit rund 37.000 Schulen aus. Folglich hat jede Schule einen durchschnittlichen Instandhaltungsrückstau von rund 1,9 Mio. Euro.

Großer Kostenblock

Tatsache ist, dass die Energiekosten bereits heute nach den Haushaltsposten Personal und Soziales häufig den dritten großen Kostenblock darstellen. Die Senkung der Energiekosten um jährlich 20.000 Euro entspricht bei einer Gewinnmarge von 0,7 % einem Ertrag aus einem jährlichen Neugeschäft von annähernd 3 Mio. Euro.

Aus ihrer Erfahrung mit über 500 Sparkassen und Kommunen weiß die BayernFM, dass Einsparpotenziale von 30 bis 50% realisierbar sind. Dies zeigt, welchen Stellhebel die Immobilieneigner zur Optimierung ihres Gebäudebestandes in den Händen halten. Die aktuellen Ergebnisse von RealisBench® 2008 bestätigen, dass zahlreiche Sparkassen und Kommunen den Optimierungsprozess bereits aktiv und erfolgreich gestalten. **DK**

Bayerische Sparkassenstiftung:

Vielfältiges Engagement in Mainfranken

Schloss Grumbach in Rimpar war die Stätte einer „vorweihnachtlichen Bescherung“, zu der die Sparkassenstiftung und Würzburgs Landrat Eberhard Nuß 14 Kirchengemeinden, Sportvereine, Musikkapellen und Kulturorganisationen eingeladen hatten. Insgesamt wurden 28.000 Euro Stiftungsmittel vergeben.

Die Bayerische Sparkassenstiftung fördert eine Vielfalt gemeinnütziger Projekte mit deutlichen Schwerpunkten in den Bereichen Kunst und Kultur, Heimat- und Denkmalpflege sowie Soziales. Die bisher stark fördernd tätige Stiftung öffnet sich für die operative Stiftungsarbeit.

Der Vorsitzende der Sparkasse Mainfranken, Dr. Rudolf Fuchs, freute sich mit Landkreischef Nuß über die Unterstützung wichtiger Anliegen in den Landkreisgemeinden. Fuchs betonte, dass die Sparkassenstiftung dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die Verteilung der Gelder zeige dies in der Vielfalt der bedachten Vereine und Organisationen.

Für das evangelisch-lutherische Pfarramt Winterhausen wurden 2000 Euro für die Instandsetzung der St. Nikolaus-Kirche Winterhausen zur Verfügung gestellt. Die Diakonie Ochsenfurt konnte sich über 5000 Euro für die Umgestaltung des Außengeländes und der Ausstattung von Therapieräumen im Ökumenischen Jugendhilfezentrum Ochsenfurt, das gemeinsam von der Arge Caritas und Diakonie betrieben wird, freuen. 2000 Euro gab es für die Generalüberholung der Orgel in der Bekenntniskirche Rimpar. Ebenfalls nach Rimpar gingen 4000 Euro für den Kauf von Vitrinen für das neue Maurer- und Zimmerermuseum im Schloss Grumbach.

2000 Euro wurden für die Renovierung der Katholischen Filialkirche „Verklärung Christi“ in Uettingen bereit gestellt; der selbe Betrag ging an den Musikverein Unterpleichfeld für die Teilnahme des Symphonischen Blasorchesters an den Weltmeisterschaften in Kerkrade/Niederlande.

Gemeinnützige Projekte

Mit 1000 Euro unterstützt die Sparkassenstiftung den Fonds für Alleinerziehende im Landkreis Würzburg des Diakonischen Werks. Für die Innenrenovierung der katholischen Pfarrkirche in Greußenheim konnten 2000 Euro entgegengenommen werden. Die DLRG Ortsverein Gerbrunn kann sich über 1000 Euro für die Schwimmausbildung in der Jugendarbeit freuen. Das Spielmobil des Landkreises nahm 2000 Euro für die kommunale Jugendarbeit entgegen. Mit dem Geld werden drei Schlauchboote angeschafft. Die TSG Estenfeld hat einen neuen Rasenplatz für die Jugendmannschaften gebaut und wird hierin mit 5000 Euro unterstützt. Der Platz wird auch überörtlich genutzt. **DK**

Kreissparkasse Augsburg:

Erweiterte Öffnungszeiten, gebündelte Kompetenz

Augsburg – Mit erweiterten Öffnungszeiten und gebündelter Kompetenz in größeren Geschäftsstellen reagiert die Kreissparkasse Augsburg auf Kundenwünsche und richtet ab 1. Januar 2010 ihr Geschäftsstellennetz neu aus. Das kündigte das Kreditinstitut heute bei einem Pressegespräch an.

Zum Jahreswechsel wird die Kreissparkasse insgesamt elf kleine mit größeren Geschäftsstellen zusammenführen und vier davon als Selbstbedienungs-(SB-)Stellen weiter betreiben. Dieser Entscheidung gingen umfangreiche Kundenbefragungen und Kundenstromanalysen in den vergangenen zwei Jahren voraus.

Diese bestätigten, dass sich das Verbraucherverhalten verändert hat: Immer mehr Menschen orientieren sich für Schule, Beruf, Einkauf und Arztbesuche bevorzugt an größeren Mittelzentren. Damit verbinden sie in der Regel auch Geldgeschäfte in den dortigen Kreissparkassenfilialen. Besonders regen Zulauf aus dem weiteren Umfeld verzeichnet die Kreissparkasse in ihren Neubauten in Gersthofen, Diedorf, Königsbrunn und auf dem Lechfeld. Außerdem nutzen immer mehr Kunden Online-Banking sowie das Telefonteam des Kundenservicecenters und zahlen bargeldlos mit der EC-Karte. Gleichzeitig, so die Erhebungen, erwarten die Kunden bei komfortablen Öffnungszeiten eine qualitativ hochwertige und ganzheitliche Beratung – auch durch Spezialisten. Positive Resonanz verzeichnen die mobilen Berater der Kreissparkasse, die seit einigen Monaten im Landkreis unterwegs sind.

„Wir nehmen die Ergebnisse der Analysen sehr ernst und werden deshalb unsere Kompetenz in größeren Einheiten bündeln und die Öffnungszeiten pro Geschäftsstelle unterm Strich deutlich um fünfeinhalb bzw. drei Stunden pro Woche erweitern“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse. Ab Januar 2010 öffnet die Kreissparkasse morgens bereits um 8:30 Uhr, eine halbe Stunde früher als bisher. Montags verlängert sie die Öffnungszeiten von 16 auf 18 Uhr und führt damit neben dem Donnerstag einen zweiten Dienstleistungsabend ein. In hoch frequentierten Zentren wie Bobingen, Diedorf, Gersthofen, Göggingen, Haunstetten, Königsbrunn, Meitingen, Neusäß-Schmutterpark und Schwabmünchen ist zusätzlich am Mittwochnachmittag geöffnet. In Neusäß-Schmutterpark hält die Kreissparkasse außerdem an den bewährten Öffnungszeiten am Samstag von 9 bis 13 Uhr fest. Die Öffnungszeiten des Kundenzentrums am Martin-Luther-Platz in Augsburg bleiben unverändert Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr. Die ganzheitliche Beratung inklusive Spezialisten für Privat- und Firmenkunden sowie Immobiliengeschäft und Baufinanzierung ist künftig an allen Standorten abrufbar.

Mit benachbarten größeren Standorten zusammengelegt werden die Geschäftsstellen in Gersthofen-Stiftersiedlung, Göggingen-Ost (Oskar-von-Miller-Straße 42 ½), Haunstetten-Nord (Leisenmahd 1) und Haunstetten-Süd (Dr.-Troeltsch-Straße 13) , Mittelneufnach, Inningen und Stettenhofen. Als SB-Stellen aufrechterhalten bleiben Bobingen-Siedlung, Lagerlechfeld, Nordendorf und Westheim. Die dortigen Service- und Beraterteams sind ab 1. Januar 2010 in benachbarten Geschäftsstellen tätig.

Als Folge des sich verändernden Verbraucherverhaltens verzeichnete die Kreissparkasse in diesen kleinen Geschäftsstellen eine sinkende Kundenfrequenz, die es nicht länger erlaube, diese Standorte wirtschaftlich zu betreiben, bedauert Fank, der gleichzeitig betonte: „Mit 36 Geschäftsstellen und 13 SB-Standorten mit insgesamt 145 Servicegeräten ist und bleibt die Kreissparkasse das Finanzinstitut mit der dichtesten Präsenz im Landkreis Augsburg.“ ❐

SGZ DatenService:

Kosten sparen bei der Informationsverarbeitung

Tochtergesellschaft des Sparkassenverbandes Bayern mit neuem laufenden Dienstleistungsangebot erfolgreich

Bereits ein Jahr nach Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebes hat sich die SGZ DatenService GmbH – eine 100%-ige Dienstleistungsgesellschaft des bayerischen Sparkassenverbandes – innerhalb der Sparkassenorganisation einen guten Namen gemacht und überzeugt die Sparkassen mit permanenten und laufenden Dienst- und Unterstützungsleistungen vorwiegend rund um die IT-Technik.

Im Vordergrund stehen die Themen Kostenoptimierung in der Informationstechnologie und der Bankentechnik. Das Kernprodukt ist die IT-Kostenanalyse (Kooperationspartner UDM) mit den Ergänzungen IT-Rechnungsanalyse sowie SB-Analyse. Als Ergebnis erhalten die Sparkassen genaue Angaben darüber, wie es mit dem zweitgrößten Kostenblock neben den Personalkosten bestellt ist und wo sich Ansatzpunkte für Optimierungen finden.

Da im Grunde jede Sparkasse Bedarf für diese Leistung hat, bietet die SGZ DatenService deshalb ein spezielles Angebot an: drei Analysen in fünf Jahren zum Paketpreis. Nahezu alle Aufträge wurden für dieses Modell erteilt. Gerade über einen gewissen Zeithorizont hinweg, kann die Sparkasse die Kostenentwicklung genau beobachten und entsprechend handeln. Die Ergebnisse werden in einer Dokumentation zusammengefasst und bei den Kunden präsentiert. Bisher hat jede Sparkasse von der Analyse wirtschaftlich profitiert. Aktuell werden 10 Analysen abgeschlossen. Die aufgezeigten jährlichen Einsparungspotenziale lagen in allen Fällen um ein mehrfaches über den Kosten der Dienstleistung, so dass sich die Investition bereits im gleichen Jahr amortisiert. Die SGZ DatenService legt Wert darauf, die Analysen objektiv und fortlaufend vorzunehmen. Aus diesem Grunde hat sich der Sparkassenverband Bayern dafür entschieden, diese Leistung in einer eigenen Serviceeinheit anzubieten. Sie ist in der operativen Ebene mit Diplom-Kaufmann Sigmund Zierer kompetent besetzt und kann gute Referenzen nachweisen.

Rechnungsanalyse

Neben der umfänglichen IT-Kostenanalyse bietet die SGZ DatenService auch die IT-Rechnungsanalyse an. Monatlich werden die Rechnungen der FI ausgewertet, einem Leistungsvergleich mit anderen Sparkassen unterzogen und die Optimierungspositionen aufgezeigt. Bereits im ersten Jahr nahmen mehr als 50 % der bayerischen Sparkassen dieses Angebot an, teilweise sogar gesamte bayerische Bezirksregionen. Zu der permanenten Dienstleistung werden auf Wunsch auch Workshops zur Einführung und zum Erfahrungsaustausch zwischen den Kunden durchgeführt. Die Analyse ist so angelegt, dass sich der monatliche Aufwand für die Sparkasse auf ein Minimum beschränkt. Neben der eigentlichen Analyse erhalten die Kunden zusätzlich Vergleichsmöglichkeiten mit ausgewählten Sparkassen.

Ergänzend zur IT-Kostenanalyse, wird zusätzlich eine Analyse aller SB-Geräte der Sparkasse hinsichtlich Auslastung und Wirtschaftlichkeit angeboten. Die SB-Analyse ist eine Ergänzung zur IT-Kostenanalyse, kann aber auch gesondert beauftragt werden. Das Angebot kann die Sparkasse auch bei der Lokalisierung und Bewertung neuer Standorte für SB-Geräte und den Einsatz neuer Technologien wie Recycler unterstützen. Die Optimierungen lassen sich dann durch die Aktualisierung der Analyse überprüfen.

Ferner wird zur Zeit mit einer Sparkasse die Möglichkeit der permanenten Kostenkalkulation für Kundenkonten pilotiert.

Das kleine Team um Sigmund Zierer verfügt über umfangreiches Know-how aus dem Banken- und Sparkassenbereich und möchte dieses auch weiterhin den Kunden laufend, transparent und objektiv zur Verfügung stellen. Der Sitz der Gesellschaft und der Geschäftsführung ist am Karolinenplatz 5 in München. Ein weiterer Büroraum hat die SGZ DatenService in der Sparkassenakademie in Landshut angemietet. Geschäftsführer der Gesellschaft ist im Nebenamt der Bereichsleiter Rechnungswesen & Controlling des SVB, Herr Dipl. Kfm. Wolfgang Schulz. ❐

Wechsel in der Führung

Ab 1. Oktober 2009 wird die Sparkassenakademie Bayern von Dr. Franz Inderst (Bildmitte) geleitet. Der 51-jährige Personalentwickler und ehemalige Geschäftsführer der HVB Akademie folgt Dr. Dieter Winkelmann (63), der nach 22 Jahren erfolgreicher Leitung in den Vorruhestand tritt.

Im Rahmen einer feierlichen Verabschiedung in der Sparkassenakademie Bayern in Landshut würdigte Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, die Verdienste von Dr. Dieter Winkelmann: „In den vielen Jahren Ihrer beruflichen Aktivität haben Sie Ihre ganze Energie und Schaffenskraft dem Aufbau der damals noch jungen Akademie, ihrer festen Verankerung in der bayerischen Sparkassenlandschaft und schließlich ihrer ständigen Weiterentwicklung gewidmet." Dem promovierten Wirtschaftspädagogen sei es gelungen, „…mit viel Sachverstand und Fingerspitzengefühl die oft unterschiedlichen Interessen der Sparkassen auszugleichen und ein Bildungsangebot zu schaffen, das den Bedürfnissen moderner Kreditinstitute gerecht wird."

Der Nachfolger, Dr. Franz Inderst, hat Wirtschaftspädagogik und Personalwirtschaftslehre studiert und in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist er professionell auf den Feldern Personal- und Organisationsentwicklung tätig, u. a. als Geschäftsführer der HypoVereinsbank Akademie. ❐

Moderner Staat in Berlin:

Von Erfahrung profitieren

DATEV unterstützt Kommunen rund um das kaufmännische Rechnungswesen

Das Finanzmanagement in Kommunen und kommunalen Unternehmen ist das Schwerpunktthema des Auftritts der Nürnberger DATEV eG auf der Messe Moderner Staat in Berlin am 24. und 25. November. Auf dem Stand 610 in Halle 2 des Messegeländes präsentiert der IT-Dienstleister sein komplettes Produkt- und Leistungsspektrum für den Public Sector.

Kern des Angebots ist das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen. Unterstrichen wird die Kompetenz im Doppik-Umfeld auch durch einen Fachvortrag aus der Praxis, der den Besuchern am Messe-Dienstag angeboten wird.

Die Referenten sind Horst Schmittdiel, Bürgermeister der Gemeinde Sulzbach am Taunus und Sabine Anderko, Fachbereichsleiterin Finanzen und Personal in der Gemeinde. Sie können inzwischen auf nahezu zwei Jahre Erfahrung mit dem doppischen Rechnungslegungssystem zurückblicken.

Im Rahmen des Best Practice Forums II in Halle 2 erläutern sie, warum die Umstellung, die Sulzbach mit Unterstützung der DATEV vollzog, insgesamt zügig und erfolgreich verlief. Darüber hinaus schildern sie, welche Auswirkungen der Umstieg auf die Doppik sowohl für die Politik als auch für die Verwaltung mit sich bringt.

Da fundierte Beratung ein Kernaspekt erfolgreicher Doppik-Umstellungen ist, nimmt das Consulting innerhalb des DATEV-Angebots einen besonderen Stellenwert ein. Je nach Bedarf stehen umfassend ausgebildete Consultants des Unternehmens zur Verfügung, um ein solches Projekt zu begleiten oder aber das Projektmanagement zu übernehmen und individuelle Schulungskonzepte zu erarbeiten. Sie greifen auf Erfahrungen aus zahlreichen Doppik-Umstellungen in Städten und Gemeinden aus verschiedenen Bundesländern zurück. Zum Einsatz kommen dabei auch die speziellen Softwarelösungen der DATEV rund um das kommunale Finanzwesen. Diese beinhalten die jeweils bundeslandspezifischen Besonderheiten und lassen sich zudem individuell an die Bedürfnisse der kommunalen Verwaltung anpassen. ❐

Sozialhilfezahlen 2008:

Höhere Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt

Strukturelle Verbesserung der Kreisfinanzen unerlässlich

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat anlässlich der veröffentlichten Sozialhilfezahlen eine dringende strukturelle Verbesserung der Kreisfinanzen angemahnt. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „2008 haben die kommunalen Sozialhilfeträger für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 888 Mio. Euro ausgegeben. Das entspricht einer Kostensteigerung von gut 16 % in diesem Bereich. Auch in anderen Bereichen wie Jugendhilfe, Behindertenhilfe und der Grundsicherung im Alter werden die Kommunen mit deutlichen Kostensteigerungen konfrontiert. Bei den Wohnkosten für Langzeitarbeitslose will der Bund sogar paradoxerweise seine Beteiligung senken. Werden nicht bald Maßnahmen zur besseren Finanzausstattung der Kreise ergriffen, drohen uns die Sozialausgaben zu erdrücken."

Mit der Beteiligung der Kreise an der Umsatzsteuer liege hier ein Vorschlag auf dem Tisch, der ernsthaft diskutiert werden sollte.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhielten zum Jahresende 2008 in Deutschland rund 325.000 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe. Dies waren 4 % mehr Hilfebezieher als im Vorjahr. Bundesweit kamen dadurch – wie auch in den beiden Vorjahren – rund 4 Hilfebezieher auf 1.000 Einwohner. Duppré kommentierte diese Entwicklung wie folgt: „Die Sozialausgaben laufen insgesamt aus dem Ruder. Schon jetzt machen sie mit 40 % einen Großteil der Haushalte der Landkreise aus, Tendenz steigend. Daher schlagen Ausgabensteigerungen wie in der Sozialhilfe besonders zu Buche. Davor dürfen Bund und Länder nicht die Augen verschließen, sondern müssen strukturell gegensteuern."

Abgesehen davon, dass soziale Ausgaben auch beispielsweise in der Jugendhilfe, für Behinderte oder für die Grundsicherung im Alter weiter anwüchsen, würden vor allem Zusatzbelastungen bei den von den Kreisen zu tragenden Wohnkosten für Hartz IV-Empfänger und ihre Familien befürchtet. „Auch vor diesem Hintergrund fordere ich den Bund dringend auf, die Berechnungsgrundlage für seine Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose zu berichtigen. Die fehlerhafte Berechnungsformel führt paradoxerweise dazu, dass trotz steigender Unterkunftskosten der Bundesanteil an diesen Ausgaben sinkt. Dieser untragbare Zustand muss schleunigst korrigiert werden", machte Duppré deutlich.

Weiterhin gab er zu bedenken, dass es im kommenden Jahr für die Kommunalhaushalte besonders ernst werden würde. „Die Steuereinnahmen werden wie nie zuvor wegbrechen, parallel dazu werden die Kreise gerade im nächsten Jahr die volle Wucht der Konjunkturkrise mit deutlich steigenden Soziallasten zu spüren bekommen. Diese Entwicklung wird die Kreishaushalte zerreißen," befürchtet Duppré. Daher „führt nichts daran vorbei, die Einnahmebasis der Kreise zu stärken und unabhängiger von Eingriffen der Länder und der konjunkturellen Entwicklung zu machen. Die Kreise sollten deshalb direkt an der Umsatzsteuer beteiligt werden. Dies würde die Eigenfinanzierungsbasis gerade der hoch belasteten Kreishaushalte kräftigen, die kreisangehörigen Gemeinden entlasten und die Abhängigkeit von Landeszuweisungen verringern", warb Duppré. ❐

Münchener Hypothekenbank:

Auch im dritten Quartal 2009 im Plan

Die Münchener Hypothekenbank eG erzielte auch bis einschließlich des dritten Quartals 2009 in einem weiterhin schwierigen Marktumfeld für Immobilienfinanzierungen ein positives Ergebnis. Die Ertragslage konnte nicht zuletzt aufgrund der Entspannung an den Kapitalmärkten stabil gehalten werden.

Der Schwerpunkt der Ausleihungen lag weiterhin auf dem privaten Immobilienfinanzierungsgeschäft in Deutschland. Insgesamt hat die MünchenerHyp bis 30. September 2009 Darlehen in einem Volumen von 1,4 Mrd. Euro zugesagt. Damit liegt das Neugeschäft der Bank in der privaten Immobilienfinanzierung auf Vorjahresniveau. In der gewerblichen Immobilienfinanzierung ist die Rezession und die Finanzmarktkrise sowohl in Deutschland als auch international deutlich zu spüren. So ist am deutschen Gewerbeimmobilienmarkt das Transaktionsvolumen im ersten Halbjahr 2009 im Jahresvergleich um 75 Prozent eingebrochen. Die Auszahlungen der MünchenerHyp in der gewerblichen Immobilienfinanzierung beliefen sich bis zum 30. September 2009 auf 270 Mio. Euro, wobei es sich hier größtenteils um Nachlaufeffekte aus dem Jahr 2008 handelt.

Zuverlässiger Partner

„Aufgrund der unübersichtlichen Kapitalmarktsituation in den ersten neun Monaten haben wir unseren Wachstumskurs bewusst zurückgefahren und uns auf die Unwägbarkeiten des Marktes eingestellt. Dadurch konnten wir die Folgen der Finanzmarktkrise und der globalen Rezession vergleichsweise gut meistern", erläuterte Erich Rödel, Vorstandsvorsitzender der Münchener Hypothekenbank, die Strategie der Bank für das laufende Jahr. Der Bank kommt es insbesondere im Geschäft mit dem genossenschaftlichen FinanzVerbund darauf an, als zuverlässiger Partner zur Verfügung zu stehen.

Der Zinsüberschuss zum 30.09.09 bewegte sich mit 91,9 Mio. Euro auf Vorjahresniveau. Die Provisionszahlungen haben sich von 20,1 Mio. Euro auf 21,2 Mio. Euro erhöht, weil das Geschäft mit Forwarddarlehen weiterhin gut verlaufen ist. Aufgrund der gestiegenen Provisionsaufwendungen fällt das Zins- und Provisionsergebnis mit 70,7 Mio. Euro um 1,5 Mio. Euro niedriger aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Risikovorsorge konnte stabil gehalten werden. Die Hypothekarbestände weisen eine breite regionale Streuung und moderate Ausläufe auf. Auch im gewerblichen Bereich agiert die Bank weitestgehend im erstrangigen Finanzierungsbereich. Sie verfügt somit über ein gut diversifiziertes Portfolio. Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge beläuft sich auf 20,1 Mio. Euro, gegenüber 22,3 Mio. Euro im Vorjahr. Der Rückgang wurde auch durch das geringere Neugeschäft und die höheren Refinanzierungsaufschläge verursacht.

Die Bilanzsumme reduzierte sich gegenüber dem Jahresende 2008 von 36,1 Mrd. Euro auf 35,3 Mrd. Euro. Dies beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang der Ausleihungen an Staaten und Banken, die sich um rund 0,7 Mrd. Euro verringerten, und der Rückzahlung eines Jumbo-Pfandbriefes, der im September 2009 fällig war. Die Bestände an Hypotheken- und sonstigen Darlehen konnten dagegen um rund 0,5 Mrd. Euro auf 16,5 Mrd. Euro ausgeweitet werden.

Trotz einer gewissen Erholung der Konjunktur und der Finanzmärkte werden die Folgen der Finanzmarktkrise auch das letzte Quartal des Jahres 2009 und im Weiteren das Jahr 2010 beeinflussen. Vor diesem Hintergrund bleibt es das Ziel der MünchenerHyp, die Kundenbasis stabil zu halten sowie die Kundenzufriedenheit zu bewahren und weiter zu erhöhen. Unverändert wird ein Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau angestrebt. ❐

Krankenversicherer der Versicherungskammer Bayern:

Neugeschäft steigt um 12 Prozent

Bayerische Beamtenkrankenkasse und Union Krankenversicherung knüpfen an Vorjahreserfolg an

Die beiden Krankenversicherer des Konzerns Versicherungskammer Bayern, Bayerische Beamtenkrankenkasse AG und Union Krankenversicherung AG, verzeichnen von Januar bis Juli 2009, wie im Vorjahr, erneut sehr gute Geschäftsergebnisse. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum steigern sie ihr Neugeschäft insgesamt um knapp 12 Prozent.

In der Krankheitskosten-Vollversicherung erzielen die beiden privaten Krankenversicherer bei den Monatsbeiträgen im Neugeschäft sogar einen Zuwachs von über 24 Prozent. Ebenfalls erhöht sich die Anzahl der voll- und zusatzversicherten Kunden; sie steigt um knapp 85.000 (Vorjahr: 80.000) auf 2,71 Millionen versicherte Personen (Vorjahr: 2,55 Millionen) – das entspricht einem Plus von 3 Prozent.

Wesentliche Wachstumsimpulse im Zusatzversicherungsgeschäft liegen in der Pflegeversicherung. Insbesondere der Mitte 2008 eingeführte Zusatztarif „PflegePREMIUM" wird von den Kunden sehr gut angenommen. Er leistet in allen drei Pflegestufen und erhielt von Finanztest bereits das Qualitätsurteil „gut".

Axel Kampmann, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Beamtenkrankenkasse und der Union Krankenversicherung, zieht Zwischenbilanz: „Auch nach dem vollständigen Inkrafttreten der letzten Gesundheitsreform sehen die Bürger in der PKV die bessere Alternative. In soweit bin ich zuversichtlich was die Stabilität des Modells der privaten Krankenversicherung als solches und das Wachstum in unserem Haus im Besonderen anbelangt." ❐

Öffentliche Verschwendung in Bayern:

Die Spitze des Eisbergs im Schwarzbuch 2009

Der Bund der Steuerzahler hat in seinem soeben vorgelegten 37. Schwarzbuch wieder als „Spitze des Eisbergs" der öffentlichen Verschwendung zehn bayerische Fälle aufgenommen. Insgesamt werden im diesjährigen Schwarzbuch bundesweit 128 gravierende oder repräsentative Fälle dokumentiert. Auch das Schwarzbuch 2009 beweist, dass die Verschwendung von Steuergeldern nicht abnimmt. Im Rahmen einer Pressekonferenz in München wurden die ausgewählten großen und kleinen Musterbeispiele für öffentliche Verschwendung und öffentliches Fehlverhalten vorgestellt.

Als „Fass ohne Boden" wurde zunächst das Projekt „zweistöckige Straßenbahnunterführung am Augsburger Hauptbahnhof" tituliert. Im November 2006 ist man nach Darstellung des BdSt von einer Planungsvereinbarung von Kosten in Höhe von rund 70 Mio. Euro für das Projekt ausgegangen. Ende 2008 lagen die Kosten laut Angabe der Stadtwerke Augsburg GmbH bereits bei 94,5 Mio. Euro.

Augsburger Hauptbahnhof

Trotz dieser bereits jetzt entstandenen Kostensteigerungen und erheblicher Kritik aus Fachkreisen sowie des Bundes der Steuerzahler wurden kostengünstigere Varianten bei Verzicht auf die zweistöckige Untertunnelung nicht ernsthaft geprüft.

Kein Licht am Ende des Tunnels

Auch wenn die Stadt Augsburg darauf hinweist, dass ihr Eigenanteil an den bisherigen Kostenschätzungen bei nur 3 Mio. Euro liegen würde, so summieren sich doch die geplanten Anteile der stadteigenen Tochter Stadtwerke Augsburg GmbH auf weitere 23,4 Mio. Euro. Der Rest würde dann neben einem Anteil der Deutschen Bundesbahn von 16,7 Mio. Euro über öffentliche Zuschüsse finanziert.

Nachdem sich die Realisierung dieses Projektes noch bis zum Jahr 2016 hinziehen soll, sehen die Steuerzahler in Anbetracht der bisherigen Kostensteigerungen gleichsam noch kein Licht am Ende des Tunnels. Der Bund der Steuerzahler befürchtet, dass zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Projektes weit über 100 Mio. Euro im Tunnel verschwunden sein werden.

Freisinger Gymnasium

Müssen Bauvorhaben der öffentlichen Hand mit Kostensteigerungen verbunden sein? Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls bei der G8-Erweiterung einschließlich Pausenhalle des Josef-Hofmiller-Gymnasiums in Freising.

Was der traditionsreichen Bildungsanstalt bisher noch gefehlt hat, war ein zentraler Mittelpunkt. Mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums erhielt die Schule nun ihr Zentrum, das auf Grund seiner architektonischen Form bereits als das „Ei des Joho" bezeichnet wird. Während man im September 2005 noch von Kosten für das „Pausenhallenprojekt" in Höhe von rund 3.000.000 Euro ausging, war man im Dezember 2005 schon bei rund 3.435.000 Euro angelangt.

Im März 2009 lautete die Kostenprognose 3.865.000 Euro. Ursächlich für die Kostensteigerung waren u. a. Mehrkosten infolge allgemeiner Baupreissteigerungen, nicht vorhersehbare Maßnahmen bezüglich der Anbindung an die Altbausubstanz, zusätzliche Leistungen wie zum Beispiel Keller- und Brandschutzfenster sowie zusätzliche Wünsche der Schulleitung wie Medientechnik, Sonnenschutz und Verdunklungsanlage.

Münchner Olympiahalle

Eine erhebliche finanzielle Belastung wird auf die Landeshauptstadt München beim Neubau der sog. Kleinen Olympiahalle zukommen. Dabei steht die Erforderlichkeit einer umfangreichen Modernisierung der 37 Jahre alten Olympiahalle außer Frage, sollte doch die Olympiahalle gegenüber anderen Großhallen nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

Die Generalsanierung der Olympiahalle setzt sich aus drei Teilprojekten zusammen: Dem Neubau der „Kleinen Olympiahalle", dem Umbau der bestehenden Olympiahalle und den sog. Muss-Maßnahmen. Beim Teilprojekt „Kleine Olympiahalle" sind der Stadt München die Kosten gleichsam davon gelaufen. Während man für diesen Neubau noch vor einigen Jahren von einer Kostenschätzung in Höhe von 16,9 Mio. Euro ausgegangen ist, war man Ende 2008 nach zum größten Teil erfolgter submittierter Ausschreibung schon bei einer Projektsumme in Höhe von 30,28 Mio. Euro angelangt - eine Kostensteigerung von satten rund 80 %. Insgesamt wird die Generalsanierung der Olympiahalle mit knapp 100 Mio. Euro zu Buche stehen.

Ein weiterer Fall: Die Bundesagentur für Arbeit (BA) deckt sich derzeit trotz gigantischer Defizite mit neuen Hochleistungscomputern ein. Im Zuge der Auftragsvergabe werden bis zu 170.000 neue Computer, 100.000 Mäuse und bis zu 15.000 Tastaturen beschafft, obwohl der Geschäftsbereich der BA nur rund 160.000 Mitarbeiter zählt. Laut Ausschreibung forderte die BA derart hohe technische Anforderungen an die neuen Rechner, dass lediglich ein Chiphersteller in der Lage war, eine entsprechende Prozessorleistung zu bieten. Ein fairer Wettbewerb wurde dadurch unnötig verhindert.

Bundesagentur für Arbeit

Der Bund der Steuerzahler schätzt das gesamte Auftragsvolumen auf mindestens rund 70 Mio. Euro, wenn die BA sämtliche 170.000 Computer bestellen sollte. Doch damit nicht genug: Durch die hohe PC-Leistung und des dadurch fehlenden Wettbewerbs zwischen den Prozessorherstellern muss der Bürger noch tiefer in die Tasche greifen und auch für entgangene Preisnachlässe aufkommen. Mit etwas geringeren PC-Anforderungen hätte die BA alle ihre gewünschten PC-Anwendungen ebenso laufen lassen können. Andere Chiphersteller hätten dann auch im Vergaberennen sein können. Bis zu 3,5 Mio. Euro, so die Schätzung des Bundes der Steuerzahler, kostet der fehlende Wettbewerb die BA zusätzlich.

Amt für Ländliche Entwicklung

Ein äußerst umstrittenes Vorhaben ist auch die Verlagerung des Amtes für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz von Regensburg nach Tirschenreuth. Um die nördliche Oberpfalz strukturpolitisch zu stärken, soll das Amt für Ländliche Entwicklung, zu dessen typischen Aufgaben die Flurneuordnung und Dorferneuerung zählen, umziehen. Zweifel erheben sich aber nicht nur wegen den hohen Kosten in Höhe von mindestens rund 18 Mio. Euro für das Verlagerungsprojekt, auch der strukturpolitische Nutzen wird infrage gestellt.

Soziale Härten

Wegen der äußerst hohen Verlagerungskosten und längeren Wege zu Außendienstorten sind zudem keinerlei Verbesserungen für die Struktur und Effizienz des ALE zu erwarten. Wo bleiben hier die Ziele der Verwaltungsreform? Wie sind die immens hohen Kosten der Behördenverlagerung noch zu rechtfertigen, wenn hierdurch neben Nachteilen für die betroffenen ländlichen Gemeinden auch soziale Härten für das Amtspersonal entstehen?, fragt sich der BdSt.

Wenn auch nach Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „die Behördenverlagerung als strukturpolitische Maßnahme nicht ausschließlich unter Kosten-Nutzen-Aspekten betrachtet werden kann", bleibe zu hoffen, dass der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags, dem letztlich die Entscheidung zur Durchführung der Verlagerung des ALE von Regensburg nach Tirschenreuth obliegt, seine Entscheidung nicht auch noch zu Lasten der Steuerzahler trifft. ❐

Deutscher Kämmerertag in Würzburg:

Finanzkrise als roter Faden

„Die Erfahrungen der internationalen Wirtschaftskrise zeigen, dass mehr denn je das Leitbild des umsichtigen und vorsorgenden Kämmerers im Zentrum der Diskussion um ein modernes Finanzmanagement stehen muss. Die kommenden Jahre werden Jahre der Ausgabendisziplin. Eine umsichtige und vorsorgende Haushaltspolitik ist wichtiger denn je. Langfristiges Denken, das sich nicht nach dem riskanten kurzfristigen Vorteil richtet, ist gefragt. Dies ist Dreh- und Angelpunkt jeden modernen Finanzmanagements. Hierfür brauchen wir starke Kämmerer!", stellte Finanzminister Georg Fahrenschon auf dem 5. Deutschen Kämmerertag in Würzburg fest.

Modernes Finanzmanagement müsse den Mut haben, immer wieder den Zeitgeist kritisch zu hinterfragen. Dies gelte für die grundlegenden finanzpolitischen Entscheidungen genauso wie für die Anwendung der neuen Steuerungsmodelle im Haushalts- und Rechnungswesen.

Rolle der Kommunen

„Wir müssen uns davor hüten, jetzt in einen Wettbewerb um die düsterste Lageeinschätzung einzutreten. Zum einen wirkt inzwischen eine Reihe von begünstigenden ökonomischen Faktoren. Zum anderen wurden politisch richtige und mutige Entscheidungen gefällt, die ihre Wirkungen nicht verfehlt haben", betonte Fahrenschon. Den Kommunen komme dabei eine ganz herausragende Rolle bei der Bewältigung der Krise zu, auch weil die kommunale Ebene über 60 Prozent der gesamten öffentlichen Investitionsleistungen erbringe. Kreise, Städte und Gemeinden stünden daher zu Recht im Mittelpunkt des Investitionsprogramms aus dem Konjunkturpaket des Bundes.

Fahrenschon: „In Bayern wird dies zusätzlich durch eine deutliche Schwerpunktsetzung bei den kommunalen Investitionsmitteln im kommunalen Finanzausgleich begleitet. Denn die Nachfrageflaute kann durch staatliche Mittel abgemildert werden. Und wir schaffen mit den Investitionen die Grundlagen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen."

Bewährungsprobe

Staat und Kommunen müssten sich gemeinsam mit aller Kraft gegen einen Konjunkturabschwung stemmen. Hierbei würden allerdings überzogene Forderungen nicht weiter helfen, hob Fahrenschon hervor. Die Bewältigung dieser Herausforderungen sei eine harte Bewährungsprobe für alle öffentlichen Haushalte. „Aber derjenige wird sie bestehen, der in der Vergangenheit solide gewirtschaftet hat und weiter solide wirtschaften wird.", betonte Fahrenschon.

Überzeugung statt Zwang

Mit Blick auf das Haushalts- und Rechnungswesen stellte Fahrenschon fest, dass nach eingehenden Prüfungen Bayern zu dem Schluss gekommen sei, dass die Kommunen ihren Rechnungsstil selbst wählen können. „Beinahe täglich ist davon die Rede, den staatlichen Einfluss zurückzufahren und den Kommunen neue Handlungsspielräume zu eröffnen. Dazu würde es nicht passen, gerade hier den Kommunen neue Verpflichtungen aufzuerlegen. Überzeugung statt Zwang ist der richtige Weg. Wir müssen allerdings die nächsten Jahre beobachten, ob die aus den unterschiedlichen Buchführungen gewonnenen Statistikdaten, die theoretisch vergleichbar sein sollen, diesem Anspruch auch in der Praxis gerecht werden. Denn die Zahlen der Finanzstatistik müssen verlässlich miteinander vergleichbar bleiben, weil sie eine entscheidende Bedeutung für viele Verteilungsfragen innerhalb der kommunalen Familie haben - zum Beispiel beim kommunalen Finanzausgleich." so Fahrenschon.

Rechnungswesen

Eine Umstellung des Rechnungswesens stelle jedoch keine automatische Voraussetzung für eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik dar. Vielmehr könne die Konsolidierung des Staatshaushalts auch unter „kameralen" Bedingungen stattfinden. Das Rechnungswesen allein garantiere noch keinen wirtschaftlichen Erfolg. „Wir dürfen niemals außer Acht lassen: Das System ist immer bloßes Werkzeug. Über Erfolg oder Misserfolg seines Einsatzes bestimmen immer die Anwender. Auch dies haben uns die Erfahrungen der letzten Monate gezeigt.", bemerkte Fahrenschon.

Bei einer nicht repräsentativen Blitzumfrage am Rande des Kämmerertages konnten lediglich drei von rund 150 anwesenden Kämmerer mit Sicherheit sagen, dass sie den Haushaltsausgleich 2010 schaffen. Grund hierfür ist die Finanzkrise, die sich wie ein roter Leitfaden durch die Veranstaltung zog.

Verstärktes Schuldenmachen als Weg aus der Krise

Für den Würzburger Volkswirtschaftler Prof. Peter Bofinger ist verstärktes Schuldenmachen des Staates angesichts eines niedrigen privaten Konsums und einer hohen Sparquote ein Weg, um schneller aus der Krise zu kommen. Die Staatsquote in Deutschland sei bereits im internationalen Vergleich sehr niedrig. Ganz anders der neoliberale Mitherausgeber der FAZ und verantwortliche Chefredakteur für den Finanzteil, Holger Steltzner für den der Weg zu Konsolidierung nur über das Sparen geht. Der Chefvolkswirt der Bank of America, Dr. Holger Schmieding sieht mit einem Wachstum von mehr als 1,5 % in 2010 bereits optimistischer als die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in die Zukunft. Auch bei diesem positiven Szenario drohen den Kämmerern Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer, die insbesondere in den Jahren 2010 bis 2013 anfallen werden.

Hohe Belastungen

Würzburgs Stadtkämmerer Christian Schuchardt, der seine Kollegen nach Würzburg eingeladen hatte, fordert daher eine verstärkte Finanzausstattung der Kommunen gerade in diesen Krisenzeiten. Die Kämmerer teilten insbesondere Schuchardts Forderung nach einer Reform des Kommunalen Finanzausgleichs. Hier kommt es immer wieder zu kaum verkraftbaren Belastungen, wenn die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen sich z. B. für 2010 reduzieren, weil die Bemessungsgrundlage immer zwei Jahre zurück liegt, also 2008.

Selbstindikation im System

Schuchardt forderte in seiner Eröffnungsrede ein System, das eine Selbstindikation über den erwarteten Bedarf beinhaltet. Auf diesem Weg zuviel erlangte Schlüsselzuweisungen müssten gegebenenfalls wie ein Darlehen später zurück an das Land gezahlt werden. Der Deutsche Kämmerertag ist das Top-Event der Finanzverantwortlichen in der Republik. ❐

KfW-Info-Tour „Konjunktur auf Tour"

Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten für Augsburg und Königsbrunn, Dr. Christian Ruck, hielt die KfW-Info-Tour „Konjunktur auf Tour" nun außerplanmäßig auch in Augsburg. Hochkarätige Berater der KfW Bankengruppe sowie der LfA Bayern stellten die neuen „Rettungsschirme", Mittelstandsfinanzierungen und Energie-Förderung im Betrieb vor.

Die zahlreichen Fragen der knapp 120 Teilnehmer moderierte RA Thorsten Große, Vorsitzender der Mittelstandsunion, Bezirksverband Augsburg. Dabei zeigte sich den Unternehmern, dass alle Anfragen - letztlich oder gleich zu Beginn ihrer Investitionsplanung - mit der Hausbank zu klären sind. Das sog. Hausbankprinzip, so Ruck, habe Vor- und Nachteile, letztlich kommen Mittelständler auch über ihre Hausbanken an die günstigen Konditionen der Förderbanken.

Die beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung umfassen zahlreiche Fördermaßnahmen durch die KfW Bankengruppe. Für die Jahre 2009 und 2010 sind allein 40 Mrd. Euro für Unternehmen und Freiberufler reserviert.

Positive Impulse für Innovationen

Vorrangiges Ziel ist es, gesunden Unternehmen, die in Folge der Finanzkrise in Finanzierungsengpässe gekommen sind, langfristige Mittel für Investitionen und Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sollen positive Impulse für Innovationen und Energieeffizienz von Unternehmen gesetzt und die Programme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren auf hohem Niveau fortgesetzt werden. ❐

Mit TETRA funkt's besser

Motorola macht den Unterschied zwischen analogem und digitalem Funk deutlich

Verständnis und Akzeptanz für den Digitalfunk zu wecken, der bis Ende 2011 deutschlandweit eingeführt werden soll, steht im Vordergrund der Deutschlandtour von Motorola. Beim Halt des Trucks an der Landesfeuerwehrschule in Lappersdorf bei Regensburg demonstrierten Mitarbeiter Interessierten von Feuerwehr, Polizei, THW und aus dem Rettungswesen die neue Technologie, die ein Milliardenprojekt darstellt.

Verständlicherweise nutzten vor allem Feuerwehrleute diese Möglichkeit, sich in dem hochmodernen Truck umfassend über die TETRA-Digitalfunktechnologie zu informieren, die zukünftig deutschlandweit bei allen Behörden zum Einsatz kommen wird. Vom führenden Anbieter mit mehr als einer Million verkauften Endgeräten gab es von Motorola auch die neuesten Produkte und Lösungen zu sehen. Laut Matthias Nitschke, Leiter der TETRA-Geschäftsentwicklung Deutschland, kommen Infrastrukturlösungen, Applikationen und Services von Motorola mittlerweile in über 85 Ländern zum Einsatz. Als Vorteile der Technologie sieht er nicht nur den schnellen Verbindungsaufbau, die Sprachqualität und die Verschlüsselung und damit Abhörsicherheit, sondern auch die Möglichkeiten der Sprach- und Datenkommunikation oder die GPS-Unterstützung.

Hohe Netzkapazität

„Sämtliche Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben werden laut Beschluss von Bund und Ländern in nächster Zeit von analoger auf digitale Funktechnologie umsteigen", sagt Nitschke. Deshalb sei es ihm und seinen Kollegen auch ein wichtiges Anliegen auf dieser Roadshow, die Unterschiede zwischen analogem und digitalem Funk näher zu beleuchten. Mit den Besuchern diskutieren sie auch, wie Mitarbeiter geschult werden sollten oder worauf bei der Beschaffung von TETRA-Lösungen im Vorfeld zu achten ist.

Technischer Hintergrund

TETRA (Terrestrial Trunked Radio) ist der einzige offene europäische Digitalfunkstandard, der vom Europäischen Institut für Telekommunikation und Standardisierung zertifiziert und mit Herstellern gemeinsam entwickelt wurde. Mit Eigenschaften wie hoher Netzkapazität, Direktmodus, Übermittlung und Verschlüsselung von Sprache und Daten bietet TETRA ein Höchstmaß an Zuverlässigkeit für Kommunikationsnetze, die auch in kritischen Situationen absolut funktionsfähig sein müssen. Neben den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben setzen auch professionelle Nutzer aus der Privatwirtschaft wie Energieversorger, Verkehrsbetriebe und Flughäfen die Technologie ein. **osr**

Mobile Datenübertragung auf dem Vormarsch

Möglichkeiten für Außendienstler gehen weit über mobilen E-Mail-Zugang hinaus

Die Trendzahlen der Mobilfunkbranche offenbaren einen klaren Wachstumstreiber: Die mobilen Datendienste treten langsam aber sicher aus dem Schatten der klassischen Handy-Sprachtelefonie heraus. Intelligente und benutzerfreundliche Endgeräte - die sogenannten Smartphones - und attraktive Kundentarife haben den mobilen Datendiensten den Zugang zum Massenmarkt ermöglicht. Die E-Plus Gruppe und ihr Partner GFI Informationsdesign bieten dabei exemplarische Lösungen an, die über den fast schon etablierten mobilen E-Mail-Zugang weit hinausgehen. Jüngstes Beispiel sind mobile Lösungen für Schulzahnärzte von Gesundheitsämtern, um eine Vielzahl von Patientendaten im Außendienst zu erfassen, zu bearbeiten und papierlos in hoher Qualität in ein zentrales Datenbanksystem der Behörden zu übertragen.

Land auf Land ab schleppen sich die meisten Mitarbeiter im Außendienst noch immer mit Papierbergen ab. Nicht anders ergeht es den Schulzahnärzten, die ihre kleinen Patienten im Auftrag der örtlichen Gesundheitsämter besuchen. Meist werden dafür ganz klassisch Namenslisten auf Papier verteilt, Untersuchungsergebnisse in Formularen erfasst, an die Behörden geschickt und dort schließlich ausgewertet. Der dafür notwendige Verwaltungsaufwand geht ganz klar auf Kosten des eigentlichen Ziels: Dem Monitoring der Zahngesundheit der ABC-Schützen.

Großes Einsparpotential

Hier schafft die mobile Datenübertragung per Funk Abhilfe: So bietet die E-Plus Gruppe den Behörden für ihre Schulzahnärzte jeweils ein modernes Smartphone an, das durch den Professional-Partner GFI Informationsdesign direkt an das Informationssystem des Gesundheitsamtes (oftmals „ISGA", InformationsSystemGesundheits-Amt) angebunden wird.

Die Vorteile gegenüber dem klassischen Verfahren sind klar ersichtlich:

- Druck und Versand der Schülerlisten und der Formulare entfällt.
- Personalkosten und Fehlerquellen beim Übertragen der Daten in die EDV entfallen.
- Vor- und Nachbearbeitung von Papier entfällt.
- Automatisierte Plausibilitätsprüfung bei der Eingabe ist möglich.
- Formularanpassungen und andere zentrale Aktualisierungen werden aktiv auf die Smartphones der Nutzer übertragen.
- Keine zusätzliche Infrastruktur notwendig, es wird das bestehende Mobilfunknetz von E-Plus genutzt.

Schneller Zugriff

Das Beispiel zeigt exemplarisch, das sich der Nutzen des Mobilfunks ausgehend von der Sprachtelefonie immer weiter auffächert. Infolge der Entwicklung intuitiv bedienbarer Smartphones und attraktiver Kundentarife steigt nun die Nachfrage bei den Mitarbeitern im Außendienst von Behörden und Unternehmen: Der Außendienst ist es, der wichtige Informationen vor Ort benötigt, bearbeitet, erfasst und weiterleitet. Inhaltlich könnten dies statt der erwähnten Patientendaten ebenso gut auch Bestellungen, Besuchsberichte, Fragebögen, Störungsmeldungen, Lagerbestände etc. sein. Ebenso wie einst das Telefonieren mit dem Handy seinen elitären Charakter verloren hat, darf prognostiziert werden, dass aufgrund der beschriebenen Entwicklung der breite Einsatz der mobilen Datendienste unmittelbar bevorsteht. ❐

Innenminister Herrmann zum Digitalfunk:

„Aufbau ist in vollem Gange"

„Der Aufbau des Digitalfunknetzes in Bayern ist in vollem Gange. Die Kosten für den Aufbau des Netzes trägt vollständig der Freistaat Bayern. Die Frage, wer ab dem Jahr 2013 die Betriebskosten für den Feuerwehrfunk trägt, ist noch offen." Das sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in Berlin.

Für den gesamten Probebetrieb sei bis Ende des Jahres 2012 ohnehin festgelegt, dass der Freistaat auch die Betriebskosten übernimmt. Es sei auch völlig unstrittig, dass es eine vernünftige Einigung mit den Verbänden geben muss, wie ab dem Jahr 2013 nach Abschluss des Probebetriebs die Betriebskosten des Digitalfunknetzes für alle nicht-staatlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) verteilt werden und welche Unterstützung der Freistaat Bayern gibt. „Die Frage der staatlichen Beteiligung an den Betriebskosten der Feuerwehren werden wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden am 30. November im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen klären. Ich sage klar: Hier gibt es keine Vorfestlegung."

Master-Roll-Out-Plan bis 2012

Herrmann sagte, es sei wichtig, dass sich möglichst auch alle nichtstaatlichen BOS wie zum Beispiel die Feuerwehren von Anfang an am Digitalfunk beteiligen. Die Entscheidung treffen die Verbände aber selbst.

Gemäß dem zwischen Bund und Ländern abgestimmten ''Master-Roll-Out-Plan" soll das Netz bayern- und auch bundesweit bis Ende 2012 aufgebaut sein. Soweit möglich soll bereits parallel mit der Einrichtung der Leitstellen und Beschaffung der Endgeräte begonnen werden, so dass im Laufe des Jahres 2013 bayernweit digital gefunkt werden könnte. Derzeit laufen schon operative Tests im ersten bayerischen Netzabschnitt (München und Oberbayern).

Insgesamt 772,6 Mio. Euro

Der Freistaat Bayern stellt für Aufbau und Betrieb des Digitalfunknetzes bis Ende 2021 insgesamt 772,6 Millionen Euro zur Verfügung. Davon sind gemäß Haushaltsplan 2009 65 Millionen Euro und 2010 75 Millionen Euro verfügbar. ❐

Motorola-Repräsentant Matthias Nitschke (l.) informierte Feuerwehrleute an der Landesfeuerwehrschule in Lappersdorf rund ums Thema Digitalfunk. Foto: osr

Schnitzeljagd mit ILBI und SMS

FH-Studenten erkunden Rosenheim per Handy

Auf Entdeckungsreise durch Rosenheim machten sich rund 20 Erstsemestler der Fakultät für Informatik der Fachhochschule. Ziel der Studenten war es - ausgestattet mit einem RFID-Tag (einem Umhängechip, der Signale sendet) und Handy bei einer elektronischer Schnitzeljagd vom FH-Campus aus über altes Holztechnikum, Nepomukbrunnen und Rathaus schnellstmöglich zum Erstsemestertreffen in den Mailkeller zu gelangen. An jeder Station, an der der Chip von speziellen Antennen geortet wurde, bekamen die Teams, die sich mit einer Handy-Nummer angemeldet hatten, neue Wegbeschreibungen per SMS und mussten zudem eine Aufgabe lösen.

„Bei der letzten Station im Mailkeller lautete die Aufgabe: Bringen Sie 3 verschiedene Blätter und 1 Lebewesen mit in den Saal. Die Blätter waren kein Problem. Die ersten zwei Gruppen brachten als Lebewesen je eine Ameise, die nächste Gruppe trug eine der Studentinnen auf dem Arm in den Saal.", freute sich Informatikprofessor Roland Feindor über den Einfallsreichtum der jungen Leute.

Die Informationen über den Aufenthaltsort der Studenten wurden bei dieser fachbereichsnahen Schnitzeljagd nicht via GPS ermittelt, sondern mit Hilfe von ILBI, der „intelligent local based information" Station. „Die Vorteile von ILBI liegen auf der Hand: es ist genauer als GPS und funktioniert auch in geschlossenen Räumen", so Dr. Feindor, der seine neuen Studenten gemeinsam mit Franz Josef Schmitt, Informatikdozent und Techniker an der FH, bei der Schnitzeljagd begleitete. Die neuartige RFID-(Radio Frequence Identification) Technik wurde von den Rosenheimer Diplom-Informatikern Jochen Kuhn und Michael Linnerer in Zusammenarbeit mit der Uni-Innsbruck und der Rosenheimer Fachhochschule speziell für den Tourismus- und Freizeitbereich weiterentwickelt.

Verwendbarkeit für Stadtführungen

Im Rahmen des EU-geförderten Projektes wurden zum Beispiel in Innsbruck im Rahmen der Fußball-EM 2008 viele Gäste kostenlos mit einem RFID-Tag ausgestattet und konnten an 25 Stationen in der Innenstadt gezielte und ausführliche Informationen über Kultur, Gaststätten etc. abrufen. Federführend war dabei die Uni Innsbruck mit Prof. Dr. Kurt Promberger und Mag. Felix Piazolo, die auch die Systeme für die Rosenheimer Schnitzeljagd bereit stellten. In Rosenheim wird das System mit kleinen Multimediaführern seit kurzem auch für Stadtführungen getestet - unter anderem in der Nikolauskirche. ❐

Wirtschaftsminister Zeil zum Breitbandausbau:

„Förderung wirkt"

Schnelles Internet für mehr als 100 bayerische Gemeinden

Das Bayerische Breitbandförderprogramm ist erfolgreich. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Die Verbesserungen des Programms und die Verdoppelung der Förderbeträge haben den Breitbandausbau in Bayern stark beschleunigt. Die Gemeinde Kleinaitingen im Landkreis Augsburg hat den einhundertsten Förderbescheid erhalten. Sie kann mit einem Zuschuss von 100 000 Euro eine alternative Breitband-lösung ausbauen." Zudem wurden insgesamt Planungsarbeiten in über 650 Gemeinden gefördert.

„Dank der bayerischen Breitbandoffensive verschwinden die weißen Flecken von der Landkarte. Über 7,2 Millionen Euro Zuschüsse wurden für den Breitbandausbau im Freistaat bereits bewilligt", so Zeil. Bayern sei damit in der bundesweiten Spitzengruppe. Die geförderten Planungen und Machbarkeitsstudien seien Teil der langfristigen Strategie der Breitbandinitiative Bayern, mit der die ländlichen Regionen an Internet mit hohen Bitraten angebunden werden sollen.

Machbarkeitsstudien

Zeil: „Mit der Förderung von Machbarkeitsstudien schaffen wir heute die planerischen Voraussetzungen, dass die ländlichen Gemeinden künftig Zugang zu den Hochgeschwindigkeitsnetzen der nächsten Generation erhalten." Es käme jetzt darauf an, weiter am Ball zu bleiben. Dazu sei es notwendig, alle Kräfte auf die praktische Umsetzung des bestehenden Fördersystems zu konzentrieren und fruchtlose Grundsatzdiskussionen zu vermeiden.

Gute Rahmenbedingungen für den Ausbau

Wirtschaftsminister Zeil habe in den Koalitionsverhandlungen erreicht, dass die neue Bundesregierung dem zügigen Breitbandausbau endlich den Stellenwert beimisst, den er verdient. „Die Fortschritte beim Breitbandausbau in Deutschland hängen wesentlich von den bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen ab. Wir brauchen dringend bessere nationale und europäische Regelungen, die Investitionen und Innovationen optimal fördern. Der Bund muss sich effektiver mit den Ländern abstimmen."

1.500 Beratungen bei 770 Gemeinden durchgeführt

Das Bayerische Wirtschaftsministerium unterstützt die Kommunen mit dem Breitbandförderprogramm, die bisher von schnellen Internetzugängen abgeschnitten sind. 47 Millionen Euro Fördermittel stehen dafür zur Verfügung. Die Breitbandberater des Wirtschaftsministeriums haben bereits 1.500 Beratungen bei 770 Gemeinden und Landkreisen vor Ort durchgeführt. ❐

Streit über Kosten des Digitalfunks:

Kritik von SPD und FDP

Einen Skandal nannten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker das Platzen des vom ehemaligen Staatssekretär Weiß ausgehandelten Kompromisses zwischen Staat und Kommunen. Dieser Kompromiss sah vor, dass die Feuerwehren und damit die Kommunen die Hardware, also die Geräte beschaffen und der Staat bis 2021 die Betriebskosten des Einsatzsystems in Höhe von rund 450 Mio. € übernimmt.

Wie der Landesvorsitzende der SGK Bayern, der Memminger OB Dr. Ivo Holzinger ausführte, ist der Digitalfunk Sache des staatlichen Katastrophenschutzes und müsse daher in einer Sonderfinanzierung vernünftig geregelt werden. Die Kommunen seien dabei bereit, einen Anteil mitzutragen. Zwischen Staat und Kommunen aber solle stets ein gewisses Maß an Treue und gegenseitiger Verlässlichkeit beachtet werden, was hier aber offensichtlich fehlte.

Die FDP hält derweil an der inhaltlichen Linie von Ex-Innenstaatssekretär Weiß beim Thema Digitalfunk fest. „Der mit den Kommunen gefundene Finanzierungskompromiss muss erhalten bleiben. Daran wird nicht gerüttelt. Alles andere geht auf Kosten der inneren Sicherheit und ist politisch unverantwortlich", so Dr. Andreas Fischer aus Abensberg, der Innenpolitische Sprecher der Landtagsliberalen . ❐

Druck und Verlag Ellwanger:

Leistungsstark mit regionaler Literatur

Im hart umkämpften Druckgewerbe hat die Ellwanger Druck und Verlag GmbH in Bayreuth sich großes Ansehen in Oberfranken, aber auch weit darüber hinaus erworben. Seinen Kunden bietet das mittelständische Unternehmen einen umfassenden Betreuungsservice auf hohem technologischen Stand an. Neben „klassischen" Druckerzeugnissen widmet sich Ellwanger unter anderem dem Druck und Verlag von Büchern, Kalendern und Kunstdrucken. Bei Unternehmen, Verbänden und Einrichtungen aus der Region und ganz Deutschland genießt die Produktpalette höchste Anerkennung.

Täglich stellt Ellwanger seine Druckkompetenz unter Beweis. Dabei spielt das Segment regionale Literatur eine gewichtige Rolle. Hierfür sind die oberfränkischen Heimatkalender 2009 und 2010, farbig gestaltete Anekdoten- und Rätselsammler, „Eine Stadt wird entnazifiziert - Die Gauhauptstadt Bayreuth vor der Spruchkammer", „Memoiren einer preußischen Königstochter - Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth", „Nichts Neues aus Bayreuth - Briefe der Markgräfin Wilhelmine an Friedrich II. und Voltaire" sowie attraktive Luftbildporträts des Fichtelgebirges, der Fränkischen Schweiz und des Obermains eindrucksvolle Belege.

Rezeptsammlungen wie z.B. „Kiechla, Kleeß und Krautsalot - Und wos a Bareither noch gern moch", ein stadtgeographischer Exkursionsführer mit dem Titel „Bayreuth - neu entdeckt", „Bayreuth à la Carte - Ein Jahrhundert auf Ansichtskarten" sowie Malerei, Grafik, Keramik und Gedichte des Bayreuther Künstlers Fritz Föttinger runden das vielfältige Angebot ab.

Lange Tradition

Dass sich die Tradition des Hauses Ellwanger bis ins Jahr 1666 zurückverfolgen lässt, erfüllt die Verantwortlichen mit Stolz, macht es doch deutlich, dass ein gleichermaßen erfahrenes wie flexibles Unternehmen auch langfristig Erfolg haben kann.

Da Ellwanger zufolge „der Kunde von uns mehr verlangt als Qualität", setzt das Unternehmen schon seit längerem auf ein ganzheitliches, direktes und persönliches Betreuungskonzept, mit dem es möglich ist, den Kunden von Arbeiten zu entlasten, die ihn von seinen Kernaufgaben abhalten. Das Unternehmen ist Teil eines stetig wachsenden Netzwerks von Kommunikationsfachleuten, Dienstleistern und Agenturen aus der Region.

Kurze Reaktionszeiten

Im Verbund mit Spezialisten unterschiedlichster Fachrichtungen sorgt Ellwanger dafür, dass Wünsche Realität werden - innerhalb der vorgegebenen Zeit und im Rahmen des genehmigten Budgets. Flache Hierarchien und das „Wir"-Gefühl eines mittelständischen Unternehmens erleichtern hierbei schnelle Entscheidungen und ermöglichen kurze Reaktionszeiten. Das Zauberwort heißt individuelle Beratung und Unterstützung der Kunden. **DK**

Schleicher und Bühler im Rehm Verlag:

Bayerisches Personalvertretungsgesetz

Wer mit dem Bayerischen Personalvertretungsgesetz arbeitet, dem wird die handliche Textausgabe aus dem Rehm Verlag nicht fremd sein. Auflage um Auflage - mittlerweile zum 20. Mal - bietet sie zuverlässigen Zugriff auf die aktuellen Vorschriften, die für die rechtssichere Umsetzung des BayPVG erforderlich sind, einschließlich der Wahlordnung sowie relevanter Verwaltungserlasse.

Kompakt, vollständig, mit hilfreichen Erläuterungen und leicht verständlichen Beispielen ermöglicht das Werk den schnellen Einstieg in das Thema. Aber auch, wer konkreten Fragen und Problemen nachgehen möchte, findet sich mit dem umfangreichen Stichwortverzeichnis rasch zurecht.

Praktische Arbeitshilfe für die Verwaltungspraxis

Die Neuauflage befindet sich auf dem Rechtsstand vom 1.8.2009, wobei die Hauptänderungen sich aus dem Beamtenstatusgesetz und dem neuen Bayerischen Beamtengesetz ergeben, die seit April 2009 in Kraft sind. Zusätzlich wurde ein neuer Art. 80a mit dem Anhörungsrecht der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte (im Folgenden: ARGE-HPR) in das Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) eingefügt. Dadurch wird die bisher als einfacher Zusammenschluss der Hauptpersonalräte der Ressorts gebildete ARGE der Hauptpersonalräte als eigenes, personalvertretungsrechtliches Gebilde anerkannt und aufgewertet. Daneben wurden aktuelle Rechtsprechung und neuere Verwaltungserlasse berücksichtigt. Neben der inhaltlichen Überarbeitung wurde der Band auch gestalterisch im Sinne einer noch besseren Übersicht leicht verändert. Damit liegt wieder eine praktische Arbeitshilfe vor, für die Personalratsarbeit ebenso wie für die Vertreter in Dienststellen, Gewerkschaften und Berufsverbänden.

Bayerisches Personalvertretungsgesetz mit Wahlordnung. Textausgabe mit Erläuterungen zum BayPVG. Von Dr. Hans-Werner Schleicher und Thomas Bühler. 20. Auflage 2009. XXIII, 452 Seiten. Kartoniert. € 34,95. ISBN 978-3-8073-0023-8. Rehm, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm. ❐

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Sozialhilfeträger muss Kosten der Bestattung des Gatten einer Hilfebedürftigen übernehmen

Zu BSG, Entscheidung vom 29.09.2009 - B 8 SO 23/08 R

Muss eine Empfängerin von Leistungen nach dem SGB II für die Bestattung ihres verstorbenen Ehemannes sorgen, so muss der Sozialhilfeträger die Kosten der Bestattung übernehmen und darf die Hilfebedürftige nicht auf unsichere Ausgleichsansprüche gegen Dritte verweisen. Dies gilt nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 29.09.2009 zumindest dann, wenn die Hilfebedürftige zum Zeitpunkt, in dem die Kosten für die Bestattung angefallen sind, und gegenwärtig noch bedürftig im Sinne des Sozialhilferechts beziehungsweise des SGB II war beziehungsweise ist (Az.: B 8 SO 23/08 R).

Der Ehemann der Klägerin verstarb im Jahre 2007 im Alter von 58 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt bezog die Klägerin Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Auf Grund einer landesrechtlichen Regelung war sie, obwohl sie wie die Mutter des Verstorbenen das Erbe ausgeschlagen hatte, verpflichtet, für die Bestattung des Verstorbenen zu sorgen. Daher gab sie die Bestattung in Auftrag. Diese kostete insgesamt rund 1.400 Euro, die Kosten der Einäscherung eingeschlossen. Der beklagte Sozialhilfeträger lehnte die Übernahme dieser Kosten ab. Er führte an, der Klägerin stünden vorrangige Ausgleichsansprüche gegen die über 80-jährige Mutter des Verstorbenen zu. Diese sei dem Verstorbenen zum Todeszeitpunkt unterhaltsverpflichtet gewesen. Deswegen müsse sie die Bestattungskosten tragen. Sozialgericht und Landessozialgericht haben der Klage stattgegeben, weil es sich bei dem Ausgleichsanspruch der Klägerin gegen die nicht zahlungsbereite Schwiegermutter nicht um eine präsente Hilfemöglichkeit handele.

Zumutbarkeit

Das BSG entschied, dass die Klägerin als nach Landesrecht zur Bestattung Verpflichtete nicht zumutbar auf einen Ausgleichsanspruch gegen ihre Schwiegermutter verwiesen werden könne, wenn sie zum Zeitpunkt, in dem die Kosten für die Bestattung angefallen seien, und gegenwärtig noch bedürftig im Sinne des Sozialhilferechts beziehungsweise des SGB II (gewesen) sei. Sie müsse dann nicht vorrangig einen unsicheren Ausgleichsanspruch gegen ihre Schwiegermutter, die sich geweigert habe, die Kosten zu übernehmen, beziehungsweise gegen das Land als möglichen Erben durchzusetzen versuchen.

Ob das Land überhaupt bei Ausschlagung des Erbes durch alle sonstigen in Betracht kommenden Erben (§ 1936 BGB) für die Erstattungskosten hafte (§ 1968 BGB), erachtet das BSG als zweifelhaft. Gleiches gelte für die Haftung der Mutter des Verstorbenen nach § 1615 Abs. 2 BGB, die eine Unterhaltspflicht zum Zeitpunkt des Todes trotz des Alters des Verstorbenen voraussetzen würde. Eine solche sei zwar rechtlich nicht ausgeschlossen, jedoch nach den Umständen des Falles eher unwahrscheinlich. Bei dieser Sachlage hat der Sozialhilfeträger nach Ansicht des BSG - jedenfalls bei durchgehender Bedürftigkeit der Klägerin - dieser die Kosten für die Bestattung zu zahlen (§ 74 SGB XII). Etwaige Ausgleichsansprüche gegen Dritte könne er auf sich überleiten. Wegen fehlender Feststellungen zur Einkommens- und Vermögenssituation schon zum Zeitpunkt des Anfalls der Kosten hat das BSG die Sache an das LSG zurückverwiesen.

Weitere Informationen unter: www.beck-online.de ❐

Informationspflicht der Ratsmitglieder

Wenn gegen eine Gemeinde wegen einer Entscheidung des Rates ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht wird, kommt es darauf an, ob der Gemeinderat mit der erforderlichen Sorgfalt entschieden hat. Mit einem solchen Sachverhalt hat sich das Landgericht Münster im Urteil vom 17.4.2009 – 011 O 167/08 – befasst. Es ging um einen Bebauungsplan für Windkraftanlagen. Dabei hatte sich der Gemeinderat durch ein Planungsbüro beraten lassen.

Wenn wegen des Gemeinderatsbeschlusses Schadensersatz verlangt wurde, konnte nicht einfach geltend gemacht werden, die Gemeinderatsmitglieder hätten sich nicht auf die Richtigkeit der Ausführungen und Entwürfe des Planungsbüros verlassen dürfen. Gerade die Beteiligung von außenstehenden Personen mit planerischem Sachverstand sprach nämlich für eine sorgfältige Beschlussfassung.

Fachliche Beratung

Objektive Anhaltspunkte, die aus Sicht eines Gemeinderatsmitgliedes mit durchschnittlichen Kenntnissen und Fähigkeiten zum Zeitpunkt der Entscheidung Zweifel an der Richtigkeit der von dem Planungsbüro gefertigten Entwürfe und Begründungen hätten begründen müssen, waren nicht ersichtlich. Es hatte keine Veranlassung bestanden, von den Vorschlägen des Planungsbüros abzuweichen. Eine solche Abweichung wäre den Gemeinderatsmitgliedern im Hinblick auf die Komplexität einer Bauleitplanung nur aufgrund fachlicher Beratung möglich gewesen. Es hätte bei einer Abweichung durch die Gemeinderatsmitglieder ohne Grundlage einer fachlichen Beratung erst recht die Gefahr einer schuldhaften Amtspflichtverletzung bestanden, denn das Abweichen von fachlichen Empfehlungen hätte für das durchschnittliche Gemeinderatsmitglied ohne landschaftsplanerische Vorkenntnisse und ohne entsprechende fachliche Beratung nicht auf einer sorgfältigen Vorbereitung beruht. **Dr. O.**

Kommunalaufsicht für Überwachung der Gesetzmäßigkeit der Kommunalverwaltung

Nach dem Kommunalrecht ist die Kommunalaufsicht allgemein verpflichtet, Beschlüsse und Anordnungen der Gemeinden, die das Gesetz verletzen, zu beanstanden und zu verlangen, dass sie von der Gemeinde binnen einer angemessenen Frist aufgehoben oder abgeändert werden. Dieses Beanstandungsrecht wegen eines Gesetzesverstoßes dient als Maßnahme der Kommunalaufsicht der Überwachung der Gesetzmäßigkeit der Kommunalverwaltung.

Für die Kommunalaufsicht gilt aber auch, dass sie die Rechte der Kommunen zu schützen und deren Entschlusskraft und Verantwortungsfreude zu fördern hat. Die Kommunalaufsicht darf sich deshalb nicht zu einer „Einmischungsaufsicht" entwickeln. Im Hinblick auf den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung ist die Kommunalaufsicht auf die Sicherung der Bindung der Gemeinde an die Gesetze begrenzt.

Kommunale Selbstverwaltung bestätigt

Dabei hat die Kommunalaufsicht zu beachten, dass das Recht der Gemeinde, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung im Rahmen der Gesetze zu regeln, nicht beliebig gesetzlich ausgestaltet und geformt werden kann. Die verfassungsrechtlich gewährleistete kommunale Selbstverwaltung enthält ein Aufgabenverteilungsprinzip hinsichtlich der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft: Hat die Aufgabe einen örtlichen Bezug, so ist sie an sich der kommunalen Selbstverwaltung zuzuordnen; eine Beschränkung oder ein Entzug durch eine gesetzliche Regelung ist nur zulässig, wenn Gründe vorliegen, die das mit der kommunalen Selbstverwaltung zum Ausdruck gebrachte Aufgabenverteilungsprinzip zugunsten der örtlichen Gemeinschaft überwiegen.

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Bautzen im Urteil vom 26.5.2009 – 4 A 486/08 – vertreten. **Dr. O.**

Anspruch auf Erstattung von Verdienstausfall des Ratsmitglieds

Grundsätzlich haben ehrenamtlich Tätige für ihre Inanspruchnahme durch ihre Mitwirkung im Gemeinderat einen Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls. Dieser Anspruch setzt jedoch zwingend voraus, dass tatsächlich ein Verdienstausfall eingetreten ist und dies gegenüber der Gemeinde auch konkret nachgewiesen wird. Eine Ausnahme vom Nachweis kommt meistens nur für Hausfrauen in Frage.

Das Verwaltungsgericht in Frankfurt/Main hat sich im Urteil vom 18.2.2009 - 7 K 458/08 - mit einem Sachverhalt befasst, wo das Ratsmitglied nicht den Nachweis erbrachte, dass ihm durch die Wahrnehmung seines Mandats tatsächlich ein Verdienstausfall entstanden war. Eine entsprechende Bestätigung seines Arbeitgebers hatte er nicht vorgelegt und konnte dies auch nicht, da ihm aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung seines Arbeitsverhältnisses die Möglichkeit einer sehr flexiblen individuellen Arbeitszeitgestaltung eingeräumt worden war.

Allein der Umstand, dass er in Zeiten, in denen er seinen mandatsbedingten Verpflichtungen nachgekommen war, ansonsten hätte arbeiten und sein Arbeitszeitkonto auffüllen können, rechtfertigte es nicht, ihm einen Anspruch auf Erstattung des Verdienstausfalls zuzusprechen. Dies scheiterte bereits daran, dass das Ratsmitglied nicht zwingend verpflichtet war, seinen arbeitsvertraglichen Leistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt nachzukommen. Für ihn war es nicht ausgeschlossen, die entsprechende Zeit auch für Freizeitaktivitäten zu nutzen.

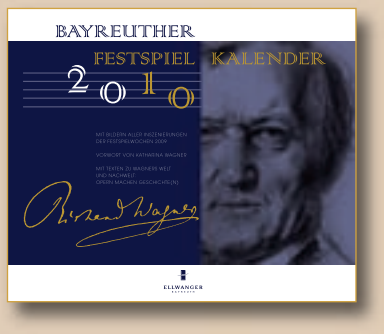
Aufgrund der dem Ratsmitglied arbeitsvertraglich eingeräumten Möglichkeit zu äußerst flexiblen Gestaltung seiner Arbeitszeit stand es ihm frei zu entscheiden, wann er konkret seine dem Arbeitgeber geschuldete Arbeitsleistung erbrachte. Da er über seine Arbeitszeit weitgehend selbst verfügen konnte, war es ihm auch möglich, durch seine Mandatsausübung möglicherweise eintretende Arbeitszeit- und gegebenenfalls auch eintretende Einkommensverluste auszugleichen. **Dr. O.**

Highlights aus Bayreuth

Memoiren einer preußischen Königstochter

Wilhelmine schreibt höchst unterhaltsam über Bayreuth, ihre Familie, Intrigen und Skandale. Neue Übersetzung. **22,90 €**

Der Bayreuther Festspielkalender 2010



Ein Sammlerstück mit großformatigen Szenenbildern der aktuellen Inszenierungen, abgerundet von informativen Zwischenblättern rund um Wagners Opern. **29,90 €**

Kiechla, Kleeß und Krautsalot

Wos a Fränkin kochn kenna muss. Der oberfränkische Klassiker, aa für Zugreista geeignet. Und günstich is es aa. **12,90 €**

ELLWANGER BAYREUTH

Erhältlich beim Verlag, Maximilianstraße 58/60, Telefon 0921/500-206, Fax 0921/500-110, www.ellwanger-online.de, e.meyer@ellwanger-online.de, in den Geschäftsstellen des Nordbayerischen Kuriers Bayreuth, Pegnitz und Bischofsgrün sowie im Buchhandel.

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Mittelfranken:

Keine Experimente zu Lasten der Kommunen!

Die Botschaft war eindeutig: Bei der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags in Ansbach wiesen die Bezirksvorsitzenden, Erster Bürgermeister Alfons Brandl, Herrieden, und Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, darauf hin, dass die wichtigste Quelle der kommunalen Einnahmen weiter bestehen muss. Im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern und Deutschland bleibe der Bayerische Städtetag bei seiner Forderung: „Hände weg von der Gewerbesteuer!“

Die Gewerbesteuer dürfe weder ausgehöhlt noch untergraben werden, auch wenn Wirtschaftsverbände und Lobbyisten dies forderten. Wie OB Jung betonte, „werden die marktradikalen Trommler nicht müde – und nach der Bundestagswahl spüren sie Aufwind“. Doch hätten gerade die vergangenen Jahre bestätigt, wie wichtig die Gewerbesteuer für die Kommunen ist. Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Gewerbesteuer mit der Unternehmensteuerreform 2008 hätten gegriffen und dürften jetzt nicht wieder aufgeweicht werden.

Notwendige Stabilität

„Die Kommunen brauchen weiterhin eine solide Steuergrundlage. Wir appellieren an CDU, CSU und FDP: Vergesst die Kommunen nicht. Die Kommunen brauchen Stabilität bei den Steuern. Sie fürchten vorschnelle Entscheidungen und unsolide Berechnungen. Die Kommunen warnen vor einer Aushöhlung der Gewerbesteuer. Unsere Forderung bleibt: Keine Experimente zu Lasten der Kommunen!“, so Jung. Die Kommunen dürften in der Debatte um mögliche Steuersenkungen nicht im Regen stehen gelassen werden. Der Bayerische Städtetag appelliere deshalb an die Unionsparteien, bei ihrem Versprechen zu bleiben, dass an der Gewerbesteuer nicht gerüttelt wird. Auch die Bemessungsgrundlage (also etwa die Hinzurechnung von Mieten, Zinsen und Pachten) der Gewerbesteuer solle erhalten bleiben.

Gewerbesteuer

Jung zufolge baut der Bayerische Städtetag „auf die traditionelle Standfestigkeit der CSU“. Ob Stoiber, Beckstein oder Seehofer: Bayerns Ministerpräsidenten hätten sich stets eindeutig zur Gewerbesteuer bekannt. Die Gewerbesteuer sollte unbestritten sein, zumal Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Deutschen Städtetag in Bochum im Sommer 2009 ihr Bekenntnis zur Gewerbesteuer abgelegt habe. Nun gehe es darum, dass die Unionsparteien diesem Bekenntnis treu bleiben.

Kinderkrippen

Stichwort Kinderkrippen: Der Appell von Familienministerin Christine Haderthauer an die Kommunen, „weiter Gas zu geben“ und „in die Puschen zu kommen“ stieß bei der Bezirksversammlung auf Verärgerung. Bayern sei zwar über Jahre hinweg das Schlusslicht bei der Kinderbetreuung gewesen, doch habe der Freistaat inzwischen deutlich aufgeholt und sich an die Spitze der alten Bundesländer gesetzt: 2006 betrug der Versorgungsgrad landesweit noch 7 Prozent, lag 2008 schon bei 15 Prozent und liegt seit Anfang 2009 bei 19 Prozent.

„Die Kommunen haben innerhalb von drei Jahren das Angebot für Kinder unter drei Jahren fast verdreifacht. Bei diesen Leistungen brauchen wir keine Belehrungen der Sozialministerin. Insbesondere dann nicht, wenn die Kommunen bis jetzt immer den Großteil der Kosten aus eigener Kraft zu tragen haben. Bei den Investitionskosten hat uns zwar der Staat geholfen. Bei den Betriebskosten aber hat er uns bislang völlig im Regen stehen lassen. Ohne die Kommunen wäre gar nichts geschehen“, stellte Reiner Knäusl, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, klar. Anders als die Ministerin behauptet, stünden die Großstädte keineswegs schlecht da: So liege die Versorgungsquote in München beispielsweise schon immer weit über dem Landesdurchschnitt. München stelle sogar die Hälfte aller Betreuungsplätze in Bayern.

Investitionskostenförderung

Knäusl zufolge gibt es erst seit 2008 die vom Bund verbesserte Investitionskostenförderung. Die bayerischen Kommunen haben innerhalb von knapp zwei Jahren fast 200 Millionen Euro aus dem 340 Millionen Euro schweren Bundesprogramm abgerufen. Damit liegen sie deutlich über dem Plan. Lediglich der Abruf der Mittel erscheint mit 48 Millionen Euro relativ niedrig. Dabei müsse man aber bedenken, dass der Mittelabfluss mit den Planungen und dem Baufortschritt von Kinderkrippen zusammenhängt. Selbst wenn alle Kommunen 2008 bereits den Bau von Krippen geplant haben, werde es einige Jahre dauern, bis alle Krippen fertig gebaut sind.

Betriebskosten

„Bei der Betriebskostenförderung fließt die zusätzliche Bundesförderung erst seit September dieses Jahres an die Kommunen. Bisher mussten die Kommunen also auch hier den Großteil alleine finanzieren. Der Freistaat hat sich bei den Betriebskosten bislang vornehm zurück gehalten. Er reicht lediglich die Bundesmittel weiter“, machte der Geschäftsführer deutlich.

Talsohle noch nicht erreicht

Was die kommunalen Steuereinnahmen anbelangt, so ist hier nach Auffassung des Bayerischen Städtetags die Talsohle noch nicht erreicht. Die schlechten Prognosen hätten sich bestätigt. Im Vergleich zum Vorjahr seien im ersten Halbjahr 2009 die Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen um 8 Prozent auf 5 Milliarden Euro weiter deutlich gesunken. Die Ursache liege vor allem im Aufkommen der Gewerbesteuer, das um knapp 15 Prozent auf 2,78 Milliarden Euro bayernweit gesunken ist.

Der gemeindliche Anteil an der Einkommensteuer sei nahezu unverändert geblieben, er liege bei derzeit insgesamt 1,31 Milliarden Euro. „Das Niveau der Steuereinnahmen von 2008 wird voraussichtlich frühestens 2013 wieder erreicht. Den Kommunen steht also eine lange Durststrecke bevor“, erläuterte Bezirksvorsitzender Alfons Brandl.

Die Einbußen bei der Gewerbesteuer träfen die bayerischen Städte unterschiedlich. Für das 2. Halbjahr 2009 sei keine Besserung in Sicht. Dies zeigten die aktuellen Zahlen des bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung. Die Prognosen der Steuerschätzung verhießen für die Kommunen nichts Gutes: Sie sehen weitere Einbrüche bei der Gewerbesteuer bis zu minus 15 Prozent voraus; bei der Einkommensteuer müssen sich die Gemeinden auf Rückgänge um bis zu 10 Prozent einstellen.

Die Gründe für den Einbruch der Gewerbesteuer erklären sich laut Brandl durch die Wirtschaftslage; besonders vom Einbruch betroffen seien Kommunen, in denen zum Beispiel exportorientierte Betriebe, Maschinenbau, Automobilindustrie und die zugehörigen Zulieferbetriebe angesiedelt sind.

Krise der kommunalen Kassen

Brandl: „Die Wirtschaftskrise reißt in die Kommunalhaushalte tiefe Löcher. Doch nicht nur das Steueraufkommen bringt die städtischen Kassen in Bedrängnis, die Städte werden von hoher Arbeitslosigkeit bedroht. Die steigende Arbeitslosigkeit wird die Sozialausgaben wachsen lassen. Die Verschnaufpause für die Kommunen war zu kurz. Die Wirtschaftskrise löst eine Krise der kommunalen Kassen aus.“

Wie Ansbachs Oberbürgermeisterin Carla Seidel hinzufügte, „trifft dies die Bürger und schadet der Infrastruktur“. Damit die Kommunen nicht weiter in die Verschuldung getrieben werden und noch Investitionen tätigen können, gebe es nur eine Lösung: „Der Freistaat muss im Finanzausgleich 2010 die Schlüsselmasse erhöhen. Das ist auch im eigenen Interesse des Staates, weil die Kommunen sonst nicht mehr investieren können und dann die Ziele des Konjunkturpakets II nicht erreicht werden.“

Die Kommunen als Hauptinvestoren der öffentlichen Hand trügen dazu bei, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzumildern. Städte und Gemeinden investierten auch in Zeiten der Finanznot und helfen damit der örtlichen Wirtschaft: Insgesamt investieren Bayerns Kommunen jährlich 6 Milliarden Euro, davon 3,6 Milliarden Euro alleine für Baumaßnahmen. Mit dem Konjunkturpaket II stehen in Bayern 1,42 Milliarden Euro Bundesmittel zur Verfügung, davon rund 1 Milliarde Euro für kommunale Vorhaben. Hinzu kommen rund 350 Millionen Euro Landesmittel.

Nullsummenspiel

Seidel: „Das Konjunkturpaket lindert zwar Probleme, aber es löst nicht die kommunale Finanzkrise. Allein schon die vielfache Überzeichnung des Konjunkturpakets zeigt den enormen Investitionsbedarf in den bayerischen Kommunen. Insgesamt bringt das Konjunkturpaket keinen Geldsegen, sondern erweist sich als Nullsummenspiel: Das, was die Kommunen aus dem Konjunkturpaket erhalten, reicht nicht einmal aus, um das Einnahmen-Minus auszugleichen.“ **DK**

Landrat Harald Leitherer (r.) mit Bürgermeister Hans Fischer.❐

Stets bürgernah und sachkundig

Ehrenurkunde für Schwebheims Bürgermeister Hans Fischer

In der jüngsten Sitzung des Kreistags hat Landrat Harald Leitherer Schwebheims Bürgermeister Hans Fischer die Ehrenurkunde des Landkreises Schweinfurt verliehen.

Der Geehrte war von 1972 bis 1990 Mitglied im Gemeinderat Schwebheim, seit 1990 ist er dort Bürgermeister. „Seit 37 Jahren, davon seit 19 Jahren als erster Bürgermeister, fördert Hans Fischer sachkundig und bürgernah die positive Entwicklung Schwebheims. Durch zahlreiche Maßnahmen wie etwa der Erweiterung der Wohngebiete und der Ausweisung von Gewerbegebieten, hat er die Entwicklung der Gemeinde entscheidend beeinflusst“, sagte Landrat Leitherer, der u. a. die Entwicklung des Gewerbegebietes „Etzberg“ nannte: Ein hervorragendes Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit gemeinsam mit der Gemeinde Röthlein.

Bei allen notwendigen Initiativen ist es Bürgermeister Fischer ein besonderes Anliegen, die Belange des Naturschutzes nicht außer Acht zu lassen. Die „ökologische Flurbereinigung“, begonnen in den 80er Jahren unter Altbürgermeister Fritz Roßteuscher, wurde mit Hans Fischer „nicht nur fortgesetzt, sondern durch ihn mit eigenen Akzenten versehen. Sie ist bis heute Vorbild für andere Gemeinden in Bayern“, betonte Leitherer.

Zeichen der Anerkennung

Die Ehrenurkunde, die quasi einer „Ehrenbürgerschaft“ des Landkreises entspricht, ist Zeichen der Anerkennung für hervorragende Dienste um den Landkreis Schweinfurt. Gemäß Satzung werden maximal 100 lebende Landkreisbürger mit den Ehrenurkunden ausgezeichnet. ❐

Chiemsee-Alpenland Tourismus Verband gegründet:

Unerwünschte Kirchturmpolitik

Ab 1. Januar 2010 will der neu gegründete Chiemsee-Alpenland Tourismus Verband den Fremdenverkehr in Stadt und Landkreis Rosenheim Erfolg versprechend vermarkten. Der vor kurzem im Landratsamt Rosenheim aus der Taufe gehobene Verband besteht aus 46 Gemeinden des Landkreises Rosenheim (darunter 23 Landkreisgemeinden, die bisher touristisch nicht organisiert waren), dem Landkreis sowie der Stadt Rosenheim.

Auslöser für die Neugründung war die anhaltende Talfahrt des bedeutenden Wirtschaftszweigs. 10.000 versicherungspflichtige Arbeitnehmer sind im Landkreis im Tourismus beschäftigt. Doch Kurkrise, Billigflieger und starke Konkurrenz jenseits der Grenze haben kräftige Spuren hinterlassen. Seit 1990 sinken die Zahlen ständig. 2008 wurden noch knapp vier Millionen Übernachtungen gezählt. Jetzt soll der neue Verband mit einer gemeinsamen Marke die Trendwende einleiten.

Auf Augenhöhe

Wie Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, die laut Satzung den zweiten Vorsitz innehat, erläuterte, könne man es sich nicht mehr leisten, mit den Konzepten von gestern auf die Herausforderungen der Zukunft zu reagieren. Aus diesem Grunde kämen auf den Tourismusverband große Anstrengungen zu. Bauer sieht die Region auf Augenhöhe mit Tirol und dem Salzburger Land. Deshalb schaue sie hoffnungsvoll in die Zukunft: „Wir können nicht verlieren, nur gewinnen“, meinte die Rathauschefin. „Eine zukunftsweisende Entscheidung“ nannte den Beschluss Rosenheims stellvertretender Landrat Josef Huber, der den ersten Vorsitzenden, Landrat Josef Neiderhell, vertrat.

„Wir sind finanziell gut aufgestellt“, erklärte Huber, „wichtig wären nun gute Mittelklasse-Hotels.“ Um hier Abhilfe zu schaffen, erstellte im vergangenen Jahr eine Beratungsgesellschaft einen Hotel-Master-Plan. Experten aus Kärnten prüften aber nicht nur 32 mögliche Hotelstandorte in 17 Gemeinden im Landkreis sowie in der Stadt Rosenheim, sie zeigten darüber hinaus Defizite, Risiken und Chancen auf. Im Beherbergungsbereich sei die Angebotsstruktur nicht mehr ganz zeitgemäß, hieß es in dem Gutachten, zu wenige Betriebe seien international marktfähig. Kritisiert wurden auch die fehlende Dachmarke und die Zersplitterung der Kräfte auf viele Vermarktungsorganisationen.

Kompetenz im Gesundheitsbereich

Positiv wurde vermerkt, dass das Gesundheitsangebot mit Thermen und Kliniken über internationales Niveau verfügt und die Kompetenz im Gesundheitsbereich ein starkes Entwicklungspotential darstellt. Als hervorragend wurde der Bereich Natur mit Bergen, Seen und natürlichen Heilmitteln wie Thermalwasser oder Moor eingeschätzt. Auch das Angebot der Stadt Rosenheim im Ausstellungs- und Eventbereich wurde als ein starkes Verkaufsargument bezeichnet.

Stärken der Region

Generell werden die Orte bei der Tourismuswerbung künftig nicht mehr im Vordergrund stehen. Die Stärken der Region, die das Gutachten ebenfalls aufführt, sollen unter den Themenbereichen Wasser, Alpen, Gesundheit und Kultur/Kongresse vermarktet werden. Dafür wird jeweils ein zuständiger Manager Produkte entwickeln und vertreiben. Sitz des neuen Verbandes wird das Chiemsee-Infocenter in Bernau-Felden sein, wo bislang der Chiemsee-Verband angesiedelt ist.

Weitergehende Pläne

Die Pläne für den Chiemsee-Alpenland-Verband gehen aber noch weiter. 2012 soll auch der Chiemgau-Tourismusverband, der die touristischen Interessen der 35 Gemeinden im Nachbarlandkreis Traunstein bündelt, integriert werden. Zwischen den beiden Verbänden gibt es freilich noch Unstimmigkeiten. Erst Anfang September hat der Chiemgau-Verband ein neues Logo vorgestellt, das unter dem Motto „Chiemgau - Bayerns Lächeln“ dem Fremdenverkehr im Landkreis Traunstein neuen Auftrieb geben soll. Es gibt also noch viel zu erörtern - Ausgang ungewiss. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Jakob Döring
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 01.01.2009
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern:

Erfolgreiche „Sprachoffensive“

Mitgliederversammlung in Rehau

Bei der Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern in Rehau setzte sich die Präsidentin, Marktredwitz' Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder, engagiert dafür ein, die Nachbarschaft zwischen Bayern, Sachsen/Thüringen und Böhmen weiter zu beleben. Bis 2013, berichtete sie, stünden für grenzüberschreitende Projekte im gesamten bayerisch-tschechischen Grenzraum insgesamt 115,5 Mio. Euro aus dem Interreg IV-Programm zur Verfügung.

Wie Seelbinder in ihrem Rechenschaftsbericht darlegte, werden von bayerischer Seite aus für Kleinprojekte jährlich 300.000 Euro bereitgestellt. Angesichts des enormen Interesses an der Förderung – der Fördersatz wurde in Bayern von bisher 50 % auf nunmehr 70 % erhöht – riet die Euregio-Präsidentin potenziellen Antragstellern, sich in der Marktredwitzer Geschäftsstelle beraten zu lassen, um den erhöhten Qualitätsansprüchen an europäische Projekte genügen zu können.

Sprachoffensive

Zu den herausragenden Erfolgen in der Arbeit der Euregio Egrensis zählt in Seelbinders Bilanz die von der bayerischen Euregio 2006 auf den Weg gebrachte „Sprachoffensive“ zur Verbesserung der Sprachkompetenz in Tschechisch. Ihre Angebote würden inzwischen von so gut wie allen Schularten im gesamten Euregio-Gebiet wahrgenommen. Auch Vertreter aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik forderten Seelbinder zufolge immer öfter eine stärkere Auseinandersetzung mit der Sprache und Kultur des Nachbarlandes, allen voran Ministerpräsident Horst Seehofer. Dieser habe in der Prager Zeitung betont, dass „mit der engeren wirtschaftlichen Verflechtung Tschechisch-Kenntnisse auch beruflich immer wichtiger werden“. Die bayerische Euregio-Präsidentin bedauerte freilich, dass das Thema Tschechisch an bayerischen Schulen „in München nicht so offensiv vorangetrieben wird, wie wir uns das wünschen würden“.

Gastschuljahr

Teil der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Euregio Egrensis ist neben der Vergabe des Euregio-Egrensis-Preises auch das bayerisch-tschechische Gastschuljahr, wie Birgit Seelbinder darstellte. Das Gastschuljahr werde weiterhin finanziell großzügig von der Bayerischen Staatskanzlei und dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds unterstützt. Im Schuljahr 2008/2009 seien insgesamt 24 tschechische Gymnasiasten für ein Jahr – in Ausnahmefällen nur für ein halbes Jahr – an einem Gymnasium im bayerischen Euregio-Gebiet gewesen. Im nunmehr begonnenen Schuljahr 2009/10 werden 23 tschechische Schüler und Schülerinnen ein bayerisches Gymnasium besuchen.

Modellprojekt „MORO“

Seit 2007 engagiert sich die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern in Rahmen eines zweijährigen Aktionsprogramms „Modellprojekt der Raumordnung“ – Kurzform „MORO“ – gemeinsam mit der Metropolregion Nürnberg. Beispielhaft soll dabei Seelbinder zufolge herausgearbeitet werden, wie ländliche Räume durch die Kooperation im Netzwerk der Metropolregion profitieren können.

Unter der Federführung der Metropolregion wurden im Rahmen von MORO konkrete Projekte in drei Handlungsfeldern angestoßen und umgesetzt: „Regionale Wirtschaftskreisläufe“, „Cluster in ländlichen Räumen“ und „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“. Für dieses letztgenannte Thema ist die Euregio Egrensis als Projektpartner zuständig. Im Rahmen des Wissenschaftstages der Metropolregion Nürnberg im Mai unter dem Motto „Grenzenlos wissen – Von der Region in die Welt“ im Amberger Congress Centrum hatte die Euregio namentlich durch Landrat Simon Wittmann das Podium „Gateway-Funktion“ mitgestaltet. Außerdem fand im Rahmen von MORO eine Erhebung von Forschungs- und Universitätskooperationen zwischen Einrichtungen aus der Metropolregion und der Tschechischen Republik statt.

Gesundheitswesen

Wie die Präsidentin hervorhob, hat die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern ganz aktuell ein weiteres dringliches Thema auf die Agenda gesetzt. Es geht dabei um den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Konkret wird sich die Euregio mit weiteren Partnern in der Grenzregion (einzelnen Kommunen und Kliniken) damit beschäftigen, die Notfallrettung und die stationäre Versorgung durch grenzüberschreitende Kooperationen sicherzustellen und zu verbessern. „Uns liegt hierzu bislang eine kleine Stoff- und Themensammlung vor, die bereits aufzeigt, dass es insbesondere in der Notfallrettung und in der stationären Versorgung große Potenziale für eine Zusammenarbeit gibt“, so Seelbinder.

Interreg-Großprojekt

Gleichzeitig seien aber in diesen Bereichen auch zahlreiche Regelungen zu beachten und Vereinbarungen zu treffen. Deshalb werde die Euregio als Lead-Partner in einem Interreg-Großprojekt nun die Durchführung eines Gutachtens beauftragen, in dem es darum geht, das Informationsdefizit in diesen beiden Bereichen abzubauen, erste Pilotprojekte anzustoßen und dadurch eine bessere Versorgung der Bevölkerung im Grenzraum zu erreichen. „Wir hoffen, für dieses Projekt eine Förderung aus Ziel 3 zu erhalten, einen entsprechenden Antrag haben wir gemeinsam mit der Stadt Eger/Cheb eingereicht“, bemerkte die Präsidentin.

Neue Mitglieder

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde schließlich auch die Aufnahme neuer konstituierender Mitglieder beschlossen. Dazu gehören die Gemeinde Immenreuth (Landkreis Tirschenreuth) sowie die Märkte Waldthurn und Waidhaus (beide Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab). Als neue kooperierende Mitglieder traten der bayerischen Euregio-Arbeitsgemeinschaft unter anderem das Partnerschaftskomitee Schwandorf-Sokolov sowie die Volkshochschule Vohenstrauß bei. Als Gast referierte der Journalist Hans-Jörg Schmidt aus Prag zum Thema „20 Jahre Grenzöffnung aus journalistischer Sicht“. Dabei lieferte er ebenso hintergründige wie authentische Einblicke in deutsch-tschechische Befindlichkeiten. **DK**

Geotourismus-Seminar in Nördlingen

Besucher aus der gesamten Bundesrepublik und aus Luxemburg nahmen kürzlich am Seminar „Geotourismus: mit Dinos, Edelsteinen und Bergwerken zu neuen Gästen“ in Nördlingen teil. Die dreitägige Veranstaltung wurde vom Deutschen Seminar für Tourismus Berlin (DSFT) abgehalten.

Erstmalig fand ein DSFT-Seminar im Ferienland Donau-Ries beziehungsweise im noch jungen Geopark Ries statt. Geopark-Ries-Geschäftsführer Günther Zwerger war von Rolf Schrader, Leiter des DSFT, als Referent geladen.

Zielgruppen und Produkte

Unter dem Motto: „Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte und Angebote mit dem Geopark“ informierte Zwerger über die Zielgruppen im Geotourismus, über Geotourismus-Produkte und schließlich über Vertrieb und Vermarktung aus der Sicht des Nationalen Geopark Ries. Als Zielgruppen wurden dabei die Interessen der Natur- und Outdoor-Urlauber, der unkonventionellen Entdecker, der anspruchsvollen Kulturreisenden und der Kinder- und Familienorientierten näher beschrieben.

Ausgezeichnetes Netzwerk

Als Produkte im Geopark Ries konnte Günther Zwerger unter anderem die Geopark-Wanderwege, Schäferweg und Schwedenweg, das gut ausgebaute Radwegenetz und verschiedene Geopark-Führungen vorstellen. Neben dem fachlichen Inhalt kam bei den Teilnehmern besonders gut an, dass der Geopark Ries bereits über ein sehr gutes Netzwerk verfügt. Neben weiteren Vorträgen von Geologen und Geographen, Touristikern und Reiseunternehmern wurde im Rahmen des Seminars das Rieskrater-Museum Nördlingen besucht. Zudem stand eine Fachexkursion in den Geopark Ries unter der Leitung von Heike Burkhardt, der stv. Geschäftsführerin Geopark Ries, unterstützt von den frisch ausgebildeten Geopark-Führern Ronald Hummel und Johanna Gneck-Bosch auf dem Programm.

Kulinarischer Höhepunkt

Wichtiges Thema beim Geotourismus-Seminar war auch, dass ohne die Einbindung von touristischen Dienstleistern die herausragendsten Produkte nicht zu vermarkten sind. Passend dazu gab es einen kulinarischen Höhepunkt, ein gemeinsames Abendessen, bei dem Köstlichkeiten aus der Küche von „Geopark Ries kulinarisch“ auf den Tisch kamen. Aufgekocht haben die Nördlinger Partner Joachim Kaiser vom Restaurant Meyer´s Keller und Erich Stelzig, der Wirt vom Gasthaus Roter Ochse.

Das Geopark-Ries-Kulinarisch-Team, eine Vereinigung von insgesamt sechs Gastronomen und drei Erzeugern aus dem Geopark Ries, hat sich vorgenommen, die geologischen und klimatischen Besonderheiten hervorzuheben und die Produkte wieder zu entdecken, die das einmalige Ries zu produzieren in der Lage ist. ❐

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Mit Regelverstößen richtig umgehen

„Belohnung statt Strafe für Schulschwänzer – hört sich gut an. Aber wird diese Belohnung nicht zur Strafe für alle, die schon jetzt regelmäßig zur Schule gehen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, geriet in höchst dialektische Gedankengänge, als er von einem Projekt erfuhr, das an einer Handvoll französischer Problemberufsschulen gestartet wurde.

Die Franzosen, die wohl manchmal genauso hilflos vor dem Phänomen unmotivierter und undisziplinierter Schüler stehen, haben besondere Sorgen in den Pariser Vorstädten. Hoher Migrantenanteil, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Kriminalität, massive Verrohungstendenzen, vor allem unter Jugendlichen. Zu dem ganzen Szenario gehört auch, dass sich viele Migrantenkinder durch hartnäckiges Verweigern des Berufsschulbesuchs ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz selbst zunichte machen und damit der Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität nie durchbrochen wird.

Jetzt hat sich die nationale Schulbehörde folgendes ausgedacht: Der Schulbesuch wird an ein paar Schulen, an denen es besonders schlimm ist, durch Geldprämien belohnt. Wer zum Unterricht kommt und mitarbeitet, erwirbt damit ein „Guthaben“ für die Klasse. Aufs Jahr kann auf diese Weise bis zu 1.000 Euro zusammen kommen, die die Klasse für sich verwenden kann – entweder für einen schönen Ausflug, für Gerätschaften oder Sportequipment. Das ganze soll zum einen den individuellen Anreiz schaffen, zur Schule zu gehen und sich dort anzustrengen, zum anderen aber auch Verantwortung für die Gruppe lehren, weil ja alle auf das Mittun jedes Einzelnen angewiesen sind, wollen sie die Belohnung auf maximale Höhen treiben. Ein pädagogisches Perpetuum mobile!

Wären da nicht die Pferdefüße. Zum einen ist es sauteuer, und dann gehört zum Lernen nicht nur die Gier nach ordentlich Schotter für die Klassenfahrt, sondern vor allem Einsicht, Freude und Motivation. Sonst kommt die Botschaft des Lehrers im linken Ohr rein, zum rechten Ohr raus und dazwischen stößt sie nur auf Desinteresse und Null-Bock-Feeling. Vor allem: Wie wirkt sich die milde Gabe auf die aus, die schon jetzt fleißig, bemüht und unter den Anstrengungen, die das Lernen nun mal mit sich bringt, zur Schule gehen, ihre Prüfungen vorbereiten und sich für den Beruf fit machen? Kommt das bei denen nicht so an, dass den Rabauken und Freaks ihre no-school-to-hell-with-teachers-Haltung in klingender Münze zugute kommt? Während sie die A-Karte gezogen haben, weil ihnen niemand die Abschlussfahrt sponsert.

Nein, wir haben verlernt, mit Regelverstößen richtig umzugehen. Nicht nur in Frankreich, auch in Deutschland gibt es da merkwürdige Diskussionen. Man denke nur an den Aufschrei, den es gibt, wenn Arbeitsgerichte Kündigungen wegen Diebstahls bestätigen. Wenn es „nur“ um Pfandbons oder wie jüngst um sechs Maultaschen geht, dreht die Empörungsindustrie auf, als würden wir in einen Moloch der sozialen Ungerechtigkeit stürzen, wenn mangelnder Respekt vor fremden Eigentum in unserer Gesellschaft sanktioniert wird. Gut, man selbst würde bei geringwertigem Diebesgut vielleicht doch anders reagieren, als mit einer Kündigung. Aber wenn der Arbeitgeber diese Konsequenz zieht, gibt es nichts zu empören, sondern dann ist das in Ordnung.

Mein Chef, der Bürgermeister, erinnert sich noch daran, wie New York, ehemals die kriminalitätsverseuchteste Stadt der USA, ihre Probleme in den Griff bekommen hat: Null Toleranz. Mit harten Strafen für die allerkleinsten Regelverstöße und nicht mit Belohnungen für diejenigen, die sich nur gegen eine fette Gage herablassen, die Regeln einzuhalten. Man muss zwar 100 Dollar zahlen, wenn man in „Big Apple“ einen Apfelbutzen auf die Strafe wirft, dafür kann man aber nachts wieder U-Bahn fahren. Ein erfolgreiches Konzept. Für den Umgang mit Schülern sollten sich die Franzosen übrigens eher an den Schweizer Philosophen Henri-Frédéric Amiel halten, der auf dem heutigen Kalenderblatt verewigt ist: „Zu wissen, wie man anregt, ist die Kunst des Lehrens.“

Ihre Sabrina

Kreisversammlung des Bayerischen Gemeindetags Nürnberger Land:

Ehrenamt im Blickpunkt

Kreisverbandsvorsitzender Konrad Rupprecht lud die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Nürnberger Land zu einer Informationsveranstaltung zum Thema ehrenamtliches Engagement in das Mehrgenerationenhaus des Landkreises Nürnberger Land in Röthenbach a. d. Pegnitz ein.

Das Mehrgenerationenhaus Nürnberger Land steht in der Trägerschaft des Caritasverbandes Nürnberger Land und der Stadt Röthenbach a. d. Pegnitz.

Nach Vorstellung der Einrichtung durch die Leiterin der Einrichtung, Mechthild Scholz informierte Regina Triebs über ein besonderes Projekt des Hauses, das freiwilligen sozialen Schuljahres nach dem sogenannten „Neustädter Modell“. Interessierte Schülerinnen und Schüler der 8. bis 11. Jahrgangsstufen verschiedener Schulen engagieren sich freiwillig während eines Schuljahres außerhalb der Unterrichtszeit zwei Stunden wöchentlich, z. B. in Altenheimen, Kindergärten, Tierheimen, Büchereien und Museen.

Qualifiziertes Zeugnis

Am Ende des Schuljahres erhalten diese Schüler ein qualifiziertes Zeugnis über ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Dieses Projekt, das im Landkreis Nürnberger Land im Schuljahr 2008 / 2009 begonnen wurde, soll bereits im laufenden Schuljahr wesentlich erweitert werden. Die große Zahl der Interessenten zeigt den Erfolg dieses Projektes.

Dr. Thomas Röbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement referierte neben Isabel Krings, von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen / Freiwilligen-Zentren in Bayern zum Thema.

Konkrete Handlungsfelder

Dr. Röbke erläuterte den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landkreises Nürnberger Land die Veränderungen und die Herausforderungen an eine kommunale Infrastruktur zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. Er zeigte die konkreten Handlungsfelder kommunalen Tätigwerdens auf. So sieht er die Aufgabe der Kommunen vor allem darin, gewachsene Strukturen zu stärken, das Innovationspotential des Bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen, kommunale Rahmenbedingungen zu prüfen und nachzubessern, sowie die Synergien einer interkommunalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu nutzen. Der Referent wies vor allem darauf hin, dass die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und die Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements zwingend verbessert werden müsse.

Isabel Krings informierte die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die Organisation der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen/Freiwilligen-Zentren. Sie verwies darauf, dass in Bayern ab dem Jahr 2010 die Gründung einer Freiwilligen-Agentur pro Landkreis mit staatlicher Anschubfinanzierung gefördert werden soll und rief dazu auf, diese Möglichkeiten zu nutzen. ❐

Stadt Würzburg führt Sozialticket ein

Einen monatlichen Zuschuss zu Monats- und Jahreskarten für den öffentlichen Nahverkehr in Würzburg gewährt die Stadt Würzburg als freiwillige Leistung. Mit dem Zuschuss soll unter anderem die Mobilität von SGB II-Empfängern gefördert werden. „Wir wollen damit Alleinerziehende unterstützen und Empfänger von Arbeitslosengeld II bei der Fortbildung und der Integration durch Sprachkurse unterstützen“, so Würzburgs OB Georg Rosenthal.

Anspruchsberechtigt sind generell Alleinerziehende mit einem Anspruch auf Arbeitslosengeld II und Kindern unter drei Jahren, wie auch Teilnehmer an beruflichen Fördermaßnahmen und Sprachkursen die ebenfalls einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, jedoch bislang keine Fahrtkosten erstattet bekommen. Der Zuschuss kann bei der ARGE Arbeit und Grundsicherung Würzburg beantragt werden, die den Antrag prüft. Der Zuschuss wird durch das Sozialreferat der Stadt Würzburg ausgezahlt, seine Höhe ist abhängig von den Kosten einer personengebundenen Monats oder Jahreskarte. ❐

Preise der Oberfrankenstiftung 2009:

Investitionen in die Zukunft

Auszeichnung in den Kategorien „Soziales“, „Kultur“ und „Denkmalpflege“

Auch in diesem Jahr verlieh die Oberfrankenstiftung in Arzberg ihre Preise in den Kategorien „Soziales“, „Kultur“ und „Denkmalpflege“. Sie sind je Kategorie mit 15.000 Euro dotiert. Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler und Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold laudierten die Preisträger in den verschiedenen Kategorien.

Während das Bamberger Freiwilligenzentrum CariThek und das Freiwilligen Zentrum Bayreuth den Sozialpreis erhielten, wurde der Kulturpreis zu gleichen Teilen an die Lyrikerin Nora Gomringer, Bamberg und den Dichter, Journalisten und Übersetzer Nevfel Cumart, Stegaurach, verliehen. Der Denkmalpflegepreis ging an Judith und Robert Endres (saniertes Objekt in Bamberg), die Jungen Altstadtfreunde im Heimatverein Forchheim e.V. und an die Gemeinschaft Stadtbild Coburg e.V.

Gesellschaftliches Miteinander

Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler würdigte in seiner Laudatio die Verdienste der Sozialpreisträger. Sowohl das Bamberger Freiwilligenzentrum CariThek als auch das Freiwilligen Zentrum Bayreuth hätten es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, und gemeinnützige Organisationen, die auf freiwillige Mitarbeit angewiesen sind, zusammenzubringen. Diese Vermittlungstätigkeit würdigte der Bezirkstagspräsident als ein Engagement, das „großen Einfluss auf das gesellschaftliche Miteinander in Oberfranken hat.“

Spitzenstellung unter den Regierungsbezirken

Denzler zufolge ist in Oberfranken bereits die Hälfte der Bevölkerung ehrenamtlich engagiert. Dies sei die Spitzenstellung unter den bayerischen Regierungsbezirken. Weitere 30 Prozent seien zu einem Einsatz bereit, wenn sie eine Möglichkeit wüssten. Diese Bereitschaft hätten die Freiwilligenzentren erkannt und zeigten daher interessierten Bürgern Wege zum Ehrenamt auf. Dazu kooperierten das Freiwilligen Zentrum Bayreuth mit 164 und die CariThek mit 300 Einrichtungen und Organisationen in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet. Alle Bereiche bürgerschaftlichen Engagements würden abgedeckt: vom Sozialen über Kultur und Umweltschutz bis zum Sport.

Als „wirklich zukunftsweisendes Projekt“ der beiden Zentren bezeichnete Denzler das „Freiwillige Soziale Schuljahr“, bei dem Jugendliche durch einen zweistündigen Einsatz pro Woche Erfahrungen im Ehrenamt sammeln. Auf diese Weise junge Menschen an das Ehrenamt heranzuführen, sei „eine echte Investition in die Zukunft“. Wer sich schon als Schüler einbringe, werde sich auch als Erwachsener engagieren.

„PC-Welt für alle“ und Internet-Ehrenamtsbörse

Von den Aktivitäten der beiden Zentren bezeichnete Denzler zudem die Schülerpaten, die Jugendliche auf den Weg ins Berufsleben begleiten, als sehr sinnvoll. Erfolg wünschte er dem neuen Bayreuther Projekt „PC-Welt für alle“, das behinderte Menschen an den Computer heranführen will. Als noch junges Projekt der CariThek erwähnte er den Freiwilligendienst aller Generationen. Als „hervorragende Plattform“ lobte er die Internet-Ehrenamtsbörse www.freiwilligennet.de.

Stadtbild Coburg

Der Verein Stadtbild Coburg, ausgezeichnet mit dem Denkmalpflegepreis 2009 der Oberfrankenstiftung, ist nach den Worten von Regierungspräsident Wilhelm Wenning im selben Jahr entstanden wie das Bayerische Denkmalschutzgesetz, nämlich 1973. Viele historische Bauten seien in Coburg vorschnell der Abrissbirne zum Opfer gefallen, sagte Wenning. Die Bauten aus der Residenzzeit Coburgs hätten damals wenig gegolten, wenn ein Investor einen Neubau errichten wollte und Kunsthistoriker sowie hauptberufliche Denkmalpfleger hätten Baudenkmäler gering geschätzt. Das vielfache Gegeneinander von Stadt und Stadtbild sei längst einem Miteinander zum Wohle Coburgs gewichen und mit der Fassadenprämierung durch den Verein würden beispielhafte Sanierungen gewürdigt.

Junge Altstadtfreunde

Wo immer seit 2006 in Forchheim für Denkmalpflege im Allgemeinen und für den Erhalt eines konkreten Denkmals geworben wird, sind die Jungen Altstadtfreunde mit von der Partie, so Wenning in einer weiteren Laudatio. Sie berieten Denkmaleigentümer, sie wirkten als Kuratoren tatkräftig mit an der Verleihung des Forchheimer Fassadenpreises und sie setzten sich mit dem Stadtheimatpfleger für die Unter-Schutz-Stellung des gesamten Altstadtensembles und des Kellerbergs ein.

Erfolgreich sei ihr Engagement für die sog. Hornschuchvilla, einer einst prächtigen Fabrikantenvilla aus dem späten 19. Jahrhundert, die dem Untergang geweiht schien. Die Stadt Forchheim nahm Notsicherungen vor, ein Fernseh-Magazin berichtete, und schließlich habe sich ein Investor gefunden, der mittlerweile dem Gebäude neuen Glanz verliehen hat.

Verständnis für Denkmalpflege gefördert

„Ich wünsche den Jungen Altstadtfreunden einen so langen Atem für ihr verdienstvolles Wirken, wie ihn die Gemeinschaft Stadtbild Coburg bereits bewiesen hat. Beide Preisträger haben Gebäude erhalten, sie haben Verständnis für die Denkmalpflege gefördert, sie haben Bewusstsein für die Wichtigkeit unseres gebauten Erbes geschaffen. Beide Gruppierungen haben sich damit um den Denkmalschutz in Oberfranken verdient gemacht“, betonte Wenning zum Abschluss seiner Ausführungen. **DK**

Die Sieger der Kategorie „Soziales“ gemeinsam mit Regierungspräsident Wilhelm Wenning (4. v. l.) und Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler (3. v. r.). ❐

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 5. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Krankenhäuser, Pflegeheime**
- **Gerontotechnik, Rehabilitation**
- **Schulen, Kindergärten, Horte**

IHK unterstützt Münchner Olympiabewerbung 2018

Aktion „Freunde der Bewerbung“ soll Mittelstand beteiligen

Mit der Aktion „Freunde der Bewerbung“ will die IHK für München und Oberbayern kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit geben, die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2018 zu fördern. Das gemeinsam mit der Olympia-Bewerbungsgesellschaft erarbeitete Konzept sieht vor, dass 50 Unternehmen mit jeweils 30.000 Euro Sponsoring-Einsatz gemeinsam den Platz eines nationalen Förderers einnehmen.

„Mittelständische Betriebe haben keine Millionen-Budgets für das Sport-Sponsoring“, betont IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen. „Durch diese Aktion können sie nun mit einem überschaubaren Beitrag das eindeutige Signal senden, dass sie hinter Olympischen Winterspielen 2018 in Oberbayern stehen“, so Driessen weiter.

Die Wirtschaft profitiert

Bereits in der Bewerbungsphase profitiere die Wirtschaft. Entscheidende Infrastrukturprojekte für die Region werden vorangetrieben, wie der Ausbau der Verkehrswege zwischen München und Garmisch-Partenkirchen per Straße und Schiene.

Positive Effekte

Falls München, Garmisch-Partenkirchen und Schönau am Königssee den Zuschlag erhielten, ergäben sich zusätzlich enorme positive Effekte: In der gesamten Region würden Einkommen und Beschäftigung wachsen. Das Image von Oberbayern und München würde, wie bei den erfolgreichen Sommerspielen 1972, weltweit gestärkt.

Die „Freunde der Bewerbung“ werden von der Bewerbungsgesellschaft bei öffentlichen Auftritten eingebunden und in offiziellen Broschüren genannt.

Mehr Informationen zum Konzept gibt es unter www.muenchen.ihk.de. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil ..... bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de
smart in solutions

Weihnachtsbeleuchtung